

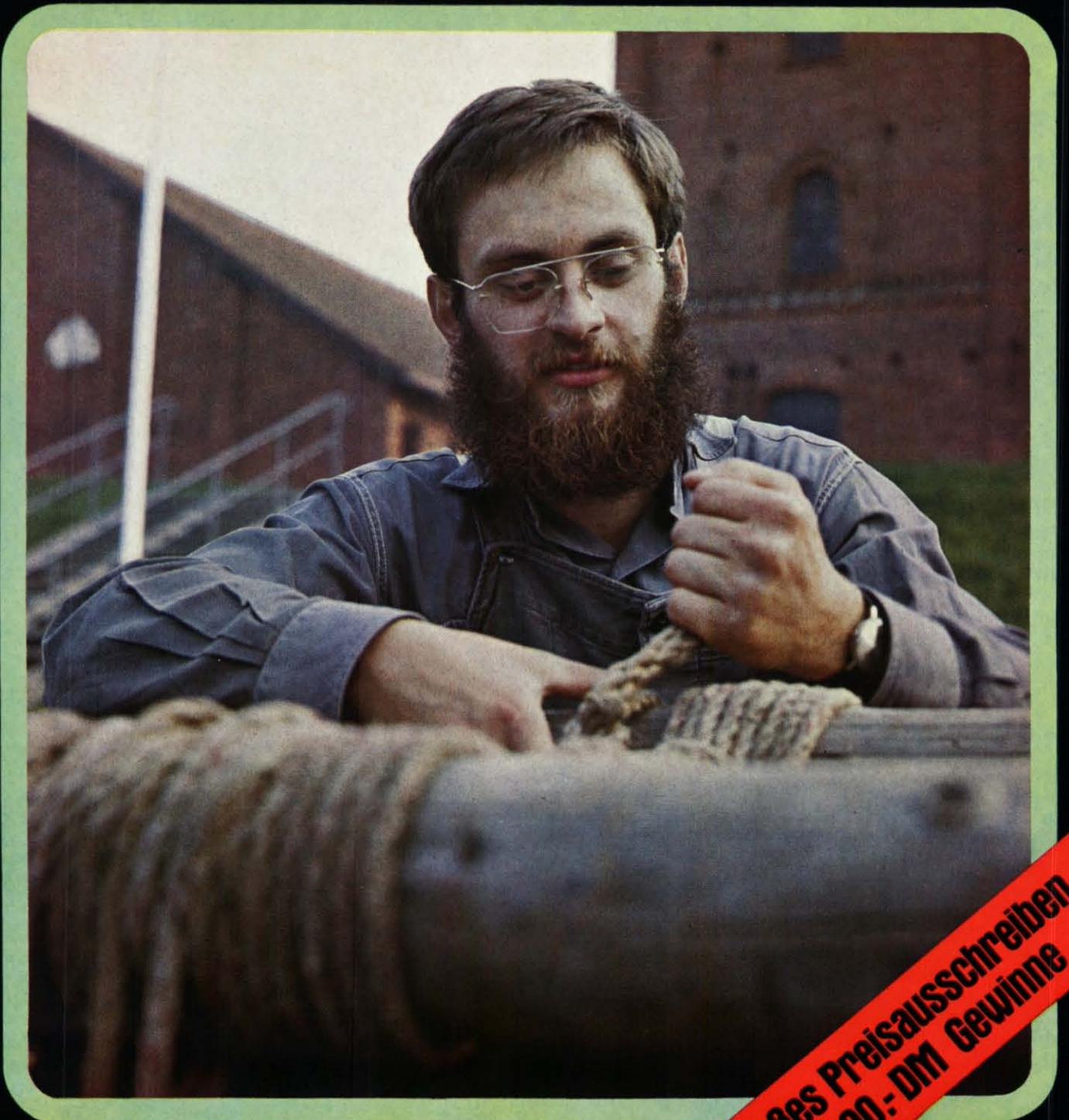
G 2766 EX



MAGAZIN

ZEITSCHRIFT FÜR ZIVILSCHUTZ, KATASTROPHENSCHUTZ UND SELBSTSCHUTZ

2'75 FEBRUAR



**Großes Preisausschreiben
6.000,- DM Gewinne**

Kleine Anfrage im Deutschen Bundestag

Auto-Feuerlöscher und Brecheisen

Gesetzliche Vorschrift nicht vorgesehen

Die Bundesregierung hat nicht die Absicht, eine gesetzliche Vorschrift zum Mitführen von Feuerlöschern in Personenkraftwagen einzuführen. Eine Unterweisung in den Gebrauch und die Anwendung von Feuerlöschgeräten während der Führerscheinausbildung ist nicht vorgesehen. Es ist auch nicht daran gedacht, das Mitführen eines Brecheisens zum Aufbrechen von verunglückten Fahrzeugen als Bestandteil des „Bordwerkzeuges“ in PKW vorzuschreiben. Dies teilte der Bundesminister für Verkehr in seiner Antwort auf eine Anfrage von Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit.

Bei größeren Bränden wertlos

In dem Schreiben des Verkehrsministers heißt es u. a.:

Der Umfang der Löschwirkung eines Feuerlöschers hängt u. a. wesentlich von seiner Größe ab, und selbst mehrere kleine Feuerlöscher (1 kg) nutzen wenig, wenn bei einem Unfall der Tank zerstört wird, der auslaufende Kraftstoff sich entzündet und das Fahrzeug in Flammen steht. Sie sind in der Hauptsache geeignet, kleine Brände, wie Kabelbrände, oder die heute nur noch äußerst seltenen Vergaserbrände zu bekämpfen. In diesen Fällen haben die Insassen in der Regel die Möglichkeit, das Fahrzeug zu verlassen, um sich aus dem Gefahrenbereich zu begeben. Der Einsatz eines Feuerlöschers hat dann vor allem den Zweck, das Eigentum vor weiteren Beschädigungen durch Ausbreiten des Brandes zu schützen. Welche Maßnahmen zum Schutze des Eigentums ergriffen werden, muß aber dem Einzelnen überlassen bleiben und kann nicht gesetzlich vorgeschrieben werden.

Im Falle größerer Brände durch ausgelaufenen Kraftstoff sind 1-kg-Löscher praktisch wertlos. Versuche haben gezeigt, daß zum Löschen eines im Anfangsstadium befindlichen Heck- oder Bugbrandes unter sachkundiger Bedienung mindestens fünf bis sechs 2-kg-Löscher erforderlich sind. Eine erfolgreiche Eindämmung eines

solchen Brandes ist aber auch dann nur möglich, wenn mehrere (mind. 2-kg-) Löscher schlagartig gleichzeitig eingesetzt werden. Ob ein derart gezielter und konzentrierter Einsatz unter weiterer Berücksichtigung der an der Unfallstelle herrschenden Erregung von einer Anzahl beliebiger Kraftfahrzeugführer, die pflichtgemäß einen Feuerlöscher mitführen, erwartet werden kann, muß für den Regelfall in Frage gestellt werden. Wird die Brandbekämpfung jedoch nicht in der beschriebenen Weise durchgeführt, werden die Löscher z. B. nacheinander geleert, leben die Flammen anschließend sofort wieder auf, und die eingesetzte Löschmittelmengemenge ist ungenutzt verloren. Ein weiterer Verlust an Wirksamkeit ist zu erwarten, wenn die Betriebsanleitung des Löschers nicht einwandfrei beachtet wird. Z. B. ist es bei den meisten Geräten erforderlich, sie beim Löschvorgang möglichst genau senkrecht zu halten, da sonst das Löschpulver nicht restlos verbraucht wird.

Anbringen im PKW schwierig

Neben seiner Größe hängt die Wirksamkeit eines Feuerlöschers ferner von seiner Qualität ab. Ein Versuch des ADAC mit Feuerlöschern von 10 verschiedenen Herstellern hat gezeigt, daß nur 4 Geräte den Vorstellungen von einem guten Autolöscher nahe kamen; diese Geräte lagen auch in einer höheren Preisklasse. Wer sich freiwillig entschließt, einen Feuerlöscher mitzuführen, wird ein naheliegendes Interesse daran haben, sowohl einen geeigneten Feuerlöscher zu beschaffen, ohne auf etwaige Mehrkosten Rücksicht zu nehmen, als auch diesen Feuerlöscher ständig in gebrauchsfähigem Zustand zu erhalten. Ein derartiges Interesse kann in der Regel nicht unterstellt werden, wenn das Mitführen eines Feuerlöschers allein aufgrund einer gesetzlichen Vorschrift erfolgt. Es ist zu befürchten, daß eine Vielzahl von Fahrzeughaltern die billigsten Feuerlöscher kauft, nur um der gesetzlichen Ausrüstungsvorschrift zu genügen.

Aus Gründen des schnellen Einsatzes müßten die Feuerlöscher ferner nicht versteckt unter Sitzen oder im Kofferraum, sondern augenfällig und leicht erreichbar untergebracht sein. Andererseits muß unter allen Umständen verhindert werden, daß sich die Insassen bei Unfällen an den in PKW angebrachten Feuerlöschern verletzen können. Dadurch stößt selbst die Unterbringung kleiner Löscher in Personenkraftwagen zum Teil auf erhebliche Schwierigkeiten.

Regelmäßige Überprüfung

Darüber hinaus käme im Falle einer gesetzlichen Vorschrift der regelmäßigen Überprüfung der Feuerlöscher größte Bedeutung zu. Abgesehen von den oben bereits beschriebenen Einschränkungen ist die erwünschte Wirksamkeit von Feuerlöschern selbstverständlich nur gegeben, wenn eine Überwachung der damit erforderlichen regelmäßigen Kontrolle der Funktionsbereitschaft sichergestellt ist. Eine solche Überwachung wäre nur mit erheblichem Aufwand zu verwirklichen und kann durch Reglementierung durch den Gesetzgeber nicht ohne weiteres sichergestellt werden.

Eine Überwachung im Rahmen der regelmäßigen Untersuchung der PKW nach § 29 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung wäre nicht ausreichend, da die Wartungsfristen für Feuerlöscher in kürzeren Zeitabständen erforderlich sind.

Feuersicherheit verbessern

Im Hinblick auf das oben Gesagte muß es zweifelhaft erscheinen, ob das angestrebte Ziel mit einer gesetzlichen Ausrüstungsvorschrift für Personenkraftwagen mit Feuerlöschern wirkungsvoll erreicht werden kann. Eine wirksamere Maßnahme gegen Fahrzeugbrände sehe ich darin, auf ihre Ursachen durch Verwendung feuerhemmenden Materials und entsprechende Gestaltung der Kraftstoffbehälter, Kraftstoffleitungen und Kraftstoffbehälterverschlüsse Einfluß zu nehmen.

MAGAZIN 2'75



Umschlagseite 2:

„Auto-Feuerlöscher und Brecheisen“ — Kleine Anfrage im Deutschen Bundestag. Gesetzliche Vorschrift nicht vorgesehen.

Seite 5:

„Preis Ausschreiben“

Seite 9:

„Alles unter einem Dach“ — Katastrophenschutz-Zentrum Köln eröffnet. Kosten: 6,3 Mio DM.

Seite 15:

„11 Hubschrauber im Einsatz“ — Bilanz und Ausblick nach dreijährigem Aufbau des Hubschrauber-netzes im Katastrophenschutz und Rettungsdienst.

Seite 17:

„Alarmstart zum Auftakt“ — Bundesinnenminister Prof. Maihofer stellte in Lünen den 11. Hubschrauber in Dienst.

Seite 18:

„Jeder dritte ist Flüchtling“ — Deutsche humanitäre Hilfe für Zypern. Delegation aus der Bundesrepublik erlebte die Not an Ort und Stelle.

Seite 20:

„Stichwort: Koordination“ — In Mettmann (NW) arbeiten Polizei, Feuerwehr und Hilfsdienste in einer gemeinsamen Leitstelle zusammen. Eine bisher einmalige Anlage.

Seite 25:

„Übungsschauplatz: Der Rhein“ — Hochwasser-Alarmzug des THW Rheinland-Pfalz.

Seite 27:

„Abflug: 3. Januar, 3 Uhr“ — Soforthilfe für Pakistan. Nahrung, Bekleidung, Zelte und Sanitätsmaterial ins Erdbebengebiet geflogen.

Seite 29:

„Wir müssen vorsorgen“ — Niedersachsen fördert den Selbstschutz. Innenminister Rötger Groß sprach in Hameln vor Mitarbeitern des BVS.

Seite 64:

„Achtung, Flächenkorrosion“ — Die Technischen Regeln für Druckgase haben sich in wesentlichen Punkten geändert.

Umschlagseite 3:

„Handbuch des Rettungswesens“ — Erste Hilfe, Rettungsdienst und Krankentransport.

Impressum

Herausgegeben im Auftrage des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz 5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 49 50 71

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-Magazin“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder
Alfred Kirchner
Dr. Werner Schiefel

Anschrift der Redaktion:

5 Köln 41, Eupener Straße 74
Postfach: 450 247, Ruf (02 21) 49 50 71

Grafik und Layout:

Wolfgang Wilczek
im Mönch-Verlag Bonn

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Verlag P. A. Santz,
599 Al t e n a, Postfach 137
Tel.: (0 23 52) 28 21, Telex: 08 229 311

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40, jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.



Tatsächlich verbreitete Auflage: 106.100 Exemplare IVW-geprüft.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.



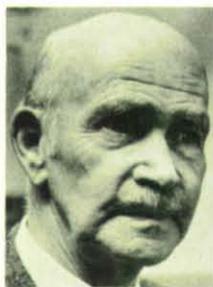
UMSCHAU

Zentrale „Schaltstation“ für Bremer Rettungsdienst

Seit dem 1. Januar 1975 wird in Bremen der Rettungsdienst von einer Stelle aus zentral geleitet. „Schaltstation“ ist die mit allen Neuerungen ausgestattete Einsatzzentrale der Feuerwehr Bremen in der Feuerwache 1, Am Wandrahm. An diese Einsatzzentrale sind alle am Krankentransport- und Rettungsdienst beteiligten Organisationen angeschlossen: Feuerwehr, Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst. Die Einsatzzentrale ist über die Rufnummer 3 03 02 erreichbar; daneben kann wie bisher bei Unfall oder eiligen Notfalltransporten der Notruf 1 12 benutzt werden.

Erich Hampe 85

Der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Hubschrauber-Verwendung und Luftrettungsdienst e.V., Erich Hampe, wurde 85 Jahre alt. Hampe war sein ganzes Leben lang ein engagierter



Staatsbürger, im Ersten Weltkrieg als Offizier, später als Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Technischen Nothilfe, im Zweiten Weltkrieg als Generalmajor der Technischen Truppen. Im Bundesministerium des Innern war er als Referent für das Technische Hilfswerk zuständig. Von 1954 bis 1956 leitete er die Bundesanstalt für zivilen Luftschutz, die Vorläuferin des heutigen Bundesamtes für Zivilschutz. Seither gilt sein Hauptinteresse der Einsatzmöglichkeit

von Hubschraubern im Rettungsdienst. Erich Hampe hat damit bewiesen, daß er sich auch nach

seiner Pensionierung der Aufgabe der humanitären Hilfe verpflichtet fühlt.

Lawinenunglücke in den Alpen

In diesem Winter häufen sich Meldungen von Lawinenunglücken in den Alpen. Vielfach wird in diesem Zusammenhang Kritik daran laut, daß unter dem Eindruck steigender Touristenzahlen leichtfertig Skigebiete erschlossen werden, ohne daß immer für ausreichende Sicherheitsvorkehrungen gesorgt ist. Andererseits mißachten leichtsinnige Skifahrer oftmals Verbote und Warnungen und bringen

dabei den Abbruch eines Schneebrettes verursacht. Bei der Suche nach den Verschütteten waren mehrere hundert Männer eingesetzt, die zum Teil mit Hubschraubern von Innsbruck her eingeflogen wurden. Der zentrale Pistenrettungsdienst, der hier ständig mit 26 Mann patrouilliert, war schon fünf Minuten nach dem Unglück zur Stelle gewesen. Auch während der Nacht



Bei der Lawinenübung wird ein „Schwerverletzter“ mit der Rettungswinde in den Hubschrauber gehievt.

dadurch sich und andere in Lebensgefahr.

Neun Skifahrer kamen bei einem Lawinenunglück in der Nähe von Kitzbühel (Tirol) ums Leben. Wahrscheinlich hatte ein Skiläufer ein gesperrtes Gebiet befahren und

bei starkem Scheinwerferlicht suchten die Rettungsmannschaften mit Hilfe von Sonden und Lawinhunden nach Menschen, die in dem bis zu zehn Meter hohen Schnee begraben waren.

Ebenfalls bei Kitzbühel wurde einige



Mit langen Sonden suchen die Helfer in den Schneemassen nach Verschütteten.

Tage später ein Mann beim Niedergang einer Lawine getötet. Im Ski-gebiet von Silvretta Nova (Vorarlberg) kamen bei einem Lawinenabgang zwölf Deutsche ums Leben. Bergrettung, Alpingendarmerie und viele freiwillige Helfer suchten in fieberhaftem Einsatz in den Schneemassen nach Überlebenden.

Eine große Lawinenübung, an der 100 Rettungsmänner und vier Hubschrauber der Bundeswehr teilnahmen, fand vor wenigen Wochen am Fuß der Alpspitze im Zugspitzmassiv statt. Die ständig bereitstehenden Hubschrauber sorgen in lebensbedrohlichen Fällen für schnellen Transport verunglückter Skifahrer.

400 Kilometer Deiche zu verstärken

Der ab 1975 für den Küstenschutz erforderliche Gesamtaufwand wird auf 1,8 Milliarden DM geschätzt. Technisch sind die notwendigen Bauten in etwa zehn Jahren zu realisieren. Das teilte Bundesernährungsminister Josef Ertl in einem in Bonn vorgelegten Bericht mit. Während in Hamburg und Bremen die Küstenschutzbauten bis auf einige Sperrwerke und ergänzende Arbeiten im wesentlichen fertiggestellt sind, müssen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein noch rund 400 Kilometer Deiche auf die zur Abwehr von Sturmfluten erforderliche Höhe und Stärke gebracht werden.

Küstenschutz ist in der Bundesrepublik Deutschland Aufgabe der Küstenländer Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen. Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung. Von 1948 bis 1973 haben Bund und Länder für die Sicherung des Küstenraumes rund drei Milliarden DM aufgewandt, davon allein der Bund 1,98 Milliarden DM. Mit diesen Mitteln wurden Deiche an den Küsten, den Inseln und entlang den tidebeeinflussten Wasserläufen verstärkt und erhöht, die notwendigen Befestigungsarbeiten im Vorland durchgeführt sowie Deichverteidigungswege und Sperrwerke an den Mündungen größerer Wasserläufe angelegt.

Seit 1973 erstattet der Bund den Küstenländern im Rahmen der Bundesländer-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ 70 Prozent der Kosten für die Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit an den Küsten der Nord- und Ostsee sowie

an den fließenden oberirdischen Gewässern im Tidegebiet. Vor der Sturmflut von 1962 lagen die Deichkronen an den deutschen Küsten zwischen 5,0 und 6,5 Meter und in Hamburg bis zu 7,5 Meter über Normalnull (NN). Die neuen Deiche haben je nach Lage eine

Höhe zwischen 7,0 und 8,5 Meter über NN; an besonderen Gefahrenstellen in Hamburg erreichen sie sogar 9 Meter. Durch die Sturmflut von 1962 wurden insgesamt 145 Kilometer Deiche so stark beschädigt, daß die Reparatur fast einem Neubau gleichkam.



Diese Rettungsschere durchschneidet selbst dickstes Autoblech. Eingeklemmte Unfallopfer können mit ihrer Hilfe in Sekundenschnelle aus ihren Fahrzeugen befreit werden.

DLRG will im Katastrophenschutz mitwirken

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) ist grundsätzlich bereit, im Erweiterten Katastrophenschutz mitzuwirken. DLRG-Präsident Prof. Dr. Josef N. Schmitz hat dies nach Bevollmächtigung durch den Präsidialrat dem Bundesamt für Zivilschutz angezeigt. Zugleich bittet er, die allgemeine Eignung der Organisation festzustellen. In dem Schreiben an das Bundesamt heißt es u. a.: „Nach § 2, Absatz 2 der Satzung der DLRG ist es u. a. deren Aufgabe, bei Abwendung und Bekämpfung von Katastrophenfällen mitzuwirken. Dementsprechend ist die DLRG seit jeher in den örtlichen

und auch in den überörtlichen Katastrophenschutz mit ihren Rettungszügen eingegliedert, die in der Regel aus einem Zugfahrzeug mit Bootsanhänger zum Transport eines leistungsstarken Motorrettungsbootes und einem Mannschaftsfahrzeug — auch für die Taucher — bestehen. Ähnliche Einheiten können im Rahmen des Erweiterten Katastrophenschutzes im Fachdienst Bergungsdienst zum Bergungsdienst bei Wassergefahren eingesetzt werden.

Es ist anzunehmen, daß nach Feststellung der allgemeinen Eignung der DLRG zahlreiche Untergliederungen die Bereitschaftserklärung vor dem Hauptverwaltungsbeamten der Stadt- und Landkreise abgegeben werden, im Fachdienst Bergungsdienst mitzuwirken.“



Zu 90 Prozent zerstört wurde die australische Hafenstadt Darwin, als der Wirbelsturm „Tracy“ fünf Stunden lang über sie hinwegraste. Mehr als 100 Menschen kamen dabei ums Leben, etwa 25 000 wurden obdachlos.

Seenot-Rettungsdienst

Die Popularität der „Hobby-Seefahrt“ ist zu einem Problem geworden, dem sich die mit der Sicherheit auf See befaßten Institutionen nicht entziehen können. Dies äußerten Sprecher der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger in Bremen in einem Rückblick auf das Jahr 1974. Auch im vergangenen Jahr entfiel der überwiegende Teil der Hilfeleistungen der Gesellschaft auf die Sport- und Freizeitschiffahrt. Insgesamt 1614mal liefen 1974 die Seenot-Rettungskreuzer und -boote aus, um Hilfe zu leisten. 1933 Menschen konnten gerettet oder aus Gefahr befreit werden; 261 Kranke

oder Verletzte wurden geborgen; in 1095 Fällen wurden Schiffe in Sicherheit gebracht. 1444 der geretteten Menschen waren „Freizeit-Kapitäne“.

Die Unterhaltungs- und Betriebskosten der mit freiwilligen Helfern besetzten Rettungsboote der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger werden ausschließlich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge gedeckt. Die Rettung von Menschen ist kostenfrei; nach der Bergung von Sachgütern werden die Eigner um Erstattung der Kosten gebeten. Im Mai dieses Jahres wird der erste von drei neuen Seenot-Rettungskreuzern (Höchstgeschwindigkeit: 30 Knoten) in der Ostsee vor Fehmarn stationiert.

Die beiden anderen sollen demnächst in der Deutschen Bucht eingesetzt werden.

Genfer Rotkreuz-Konferenz

Genf erlebt in der ersten Hälfte dieses Jahres eine ungewöhnliche Zusammenballung wichtiger internationaler Konferenzen. Unter diesen ist auch die zweite Runde der diplomatischen Konferenz über den Ausbau des humanitären Völkerrechts. Bereits vor einem Jahr waren die Vertreter von 126 Staaten sowie zahlreiche Beobachter-Delegationen für sechs Wochen nach Genf gekommen, um durch Ausarbeitung von zwei Zusatzprotokollen die Genfer Rotkreuz-Abkommen von 1949 den Gegebenheiten moderner bewaffneter Konflikte anzupassen. Sie gingen auseinander, ohne mehr als eine formale Einigung erzielt zu haben. Ein Streit um die Zulassung von Guerillaorganisationen und Widerstandsbewegungen zu der Tagung hatte den Fortgang der Verhandlungen gelähmt. Noch vor Beginn der zweiten Sitzungsperiode sah sich das Gastgeberland Schweiz erneut dieser politisch und juristisch heiklen Frage gegenübergestellt. Der Präsident der Versammlung, der Schweizer Außenminister Graber, will die Entscheidung insbesondere über die Zulassung von Vertretern des Vietkong dem Plenum überlassen. Umstritten ist auch, wie das Beitrittsersuchen der „Organisation zur Befreiung Palästinas“ (PLO) zu den Abkommen zu behandeln ist. Die Konferenz, die am 3. Februar begonnen hat, wird voraussichtlich zwei bis zweieinhalb Monate dauern.

BVS-Veranstaltungen an der Katastrophenschutzschule des Bundes

Der Bundesverband für den Selbstschutz führt im März und April an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler im Lehrbereich Selbstschutz folgende Veranstaltungen durch.

Nr.	Veranstaltung	in der Zeit		in der Zeit	
		von	bis	von	bis
25	BVS-Fachlehrgang Bergung	4. 3.	7. 3.	25. 3.	27. 3.
26	BVS-Fachlehrgang Bauberater, Teil II	4. 3.	7. 3.	2. 4.	4. 4.
27	BVS-Fachlehrgang ABC-Schutz, Teil II	4. 3.	7. 3.	8. 4.	11. 4.
28	BVS-Fachlehrgang Brandschutz	11. 3.	14. 3.	8. 4.	11. 4.
29	Arbeitsseminar „Strahlenschutz“	11. 3.	14. 3.	8. 4.	11. 4.
30	BVS-Fachlehrgang BVS-Redner, Teil I	11. 3.	14. 3.	8. 4.	11. 4.
31	BVS-Fachlehrgang BVS-Redner, Teil II	18. 3.	21. 3.	15. 4.	18. 4.
32	BVS-Fachlehrgang ABC-Schutz, Teil I	18. 3.	21. 3.	15. 4.	18. 4.
33	Arbeitsseminar „Brandschutzgruppe“	18. 3.	21. 3.	15. 4.	18. 4.
34	Informationsseminar			15. 4.	18. 4.
35	Informationsseminar			22. 4.	25. 4.
36	BVS-Lehrgang Bergung			22. 4.	25. 4.
37	Arbeitsseminar „Brandschutzgruppe“			22. 4.	25. 4.
38	BVS-Fachlehrgang Sanitätsdienst			22. 4.	25. 4.
39	BVS-Fachlehrgang ABC-Schutz, Teil II			22. 4.	25. 4.
40	Arbeitsseminar „Strahlenschutz“			22. 4.	25. 4.
41	Arbeitsseminar „Rhetorik“			22. 4.	25. 4.
42	BVS-Fachlehrgang Brandschutz			22. 4.	25. 4.
43	Fortbildungslehrgang BVS-Fachlehrer			22. 4.	25. 4.
44	Informationsseminar			22. 4.	25. 4.
45*	Informationsseminar			28. 4.	30. 4.

* Anreise am 28. 4., bis 15.00 Uhr

Preisausschreiben

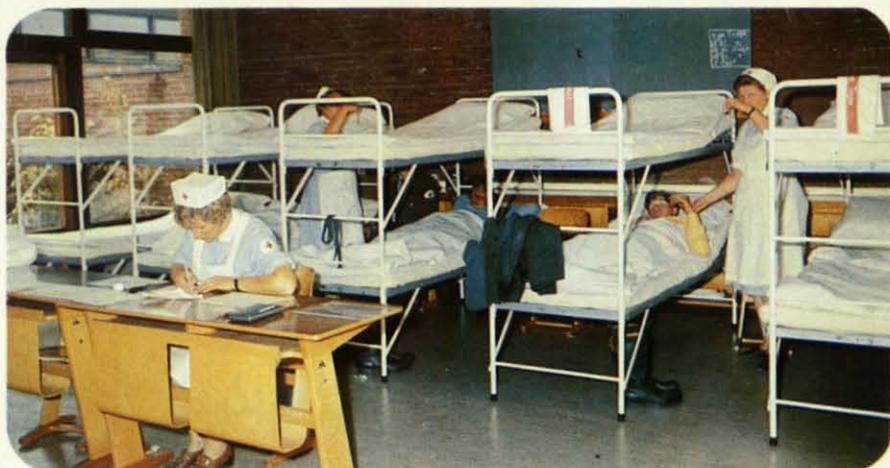
Wir suchen
einen
Slogan !

Schauen Sie sich diese Bilder an.



Beispiel des Helfens:

Wenn Epidemien, Großunglücke wie Flugzeugabstürze oder andere Katastrophen zahlreiche Menschen in Lebensgefahr bringen, reichen die Krankenhäuser oft nicht mehr aus. Für diese Fälle sind Hilfs- oder Ausweichkrankenhäuser vorgesehen, wie hier in einer Schule.



Immer wieder geraten Menschen in Not, andere helfen ihnen. Aber nur wenige wissen genau, wie man wirksam hilft. Deshalb sollten möglichst viele Menschen lernen, sich und anderen richtig zu helfen.

Denn wir alle brauchen Menschen, Mitbürger, die bereit sind, sich für andere einzusetzen, ob nun Katastrophen plötzlich ganze Gebiete und deren Bewohner heimsuchen, oder ob unsere staatliche Gemeinschaft als Ganzes von außen bedroht wird.

Und wir brauchen die Einsicht aller Bürger, daß die staatlichen Einrichtungen des Zivilschutzes der Allgemeinheit dienen und deshalb unerläßlich sind.

Beispiel des Helfens:

Ein spielendes Kind wurde — gottlob — nur verletzt. Das geschieht täglich hundertfach. Dann muß sofort jemand zur Stelle sein, der helfen kann.

Deshalb suchen wir einen Slogan für den Zivilschutz, der als Teil der Zivilverteidigung folgende Aufgabengebiete umfaßt:

Selbstschutz — Warn- und Alarmdienst — Katastrophenschutz — Schutzraumbau — Aufenthaltsregelung — Gesundheitswesen — Schutz von Kulturgut.

Dieser Zivilschutz soll uns in Not- und Krisenzeiten wirksam schützen. Er soll Katastrophen bekämpfen oder wenigstens deren Folgen mildern. Er soll Leben und Sachwerte vor der Vernichtung bewahren. Deshalb sind die Aufgaben des Zivilschutzes so umfangreich und deshalb sind Aufwendungen und Engagement für den Zivilschutz sinnvoll und lohnend.

Auf einzelne Teilgebiete des Zivilschutzes haben wir seit langem mit Slogans hingewiesen wie:

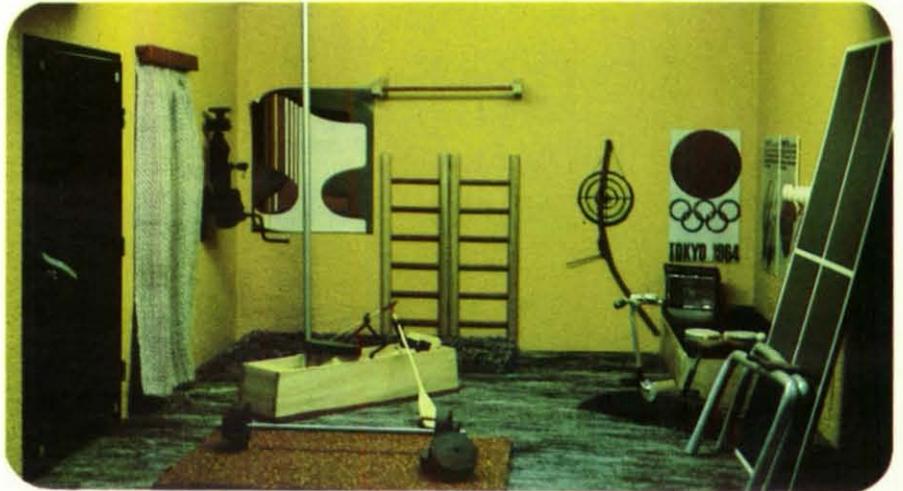
**„Selbstschutz geht jeden an“,
„Mit Rat und Tat im Katastrophenschutz“,
„Katastrophenschutz — eine Gemeinschaft für die Gemeinschaft“.**

Diesmal aber geht es um einen Slogan für den Zivilschutz als Ganzes.

Finden Sie also diesen Slogan.

Beispiel des Helfens:

Auch dieser „Trimm-dich-Raum“ hat etwas mit Zivilschutz zu tun! Es ist der Schutzraum in einem Wohnhaus, in den sich die Bewohner zurückziehen können, um sich gegen die Auswirkungen einer militärischen Auseinandersetzung zu schützen. In Friedenszeiten steht einer anderweitigen Nutzung nichts im Wege.



Beispiel des Helfens:

Im Haushalt passieren die meisten Unfälle. Nicht jeder endet so glimpflich wie dieser. In Lehrgängen der Hilfsorganisationen und des Bundesverbandes für den Selbstschutz lernt man, sich selbst und anderen zu helfen. Diese erste Hilfe ist oft die entscheidende.



Beispiel des Helfens:

Trotz vieler Vorsorgemaßnahmen bedrohen immer wieder Hochwasserfluten Städte und ganze Landstriche. Sie gefährden Menschenleben und materielle Werte. Sandsackdämme sind eine Waffe gegen die Fluten — aber sie müssen von Helfern errichtet werden.



Beispiel des Helfens:

Krankenschwestern genießen leider immer noch nicht das Ansehen, das ihnen eigentlich zukommt. Erst wenn man durch Krankheit oder Unfall ans Bett gefesselt wird, gewinnt man Verständnis für den Dienst am Nächsten. Erlebte Hilfe kann anregen, selbst zu helfen.

Beteiligen Sie sich an dem vom Bundesverband für den Selbstschutz ausgeschriebenem Wettbewerb.

AUFGABE:

Formulieren Sie einen kurzen einprägsamen Satz wie zum Beispiel „Zivilschutz — gestern, heute, morgen“, oder „Ein Freund im Rücken — Zivilschutz“. Dabei muß das Wort „Zivilschutz“ nicht unbedingt in dem von Ihnen gefundenen Slogan enthalten sein.

Die drei besten Einsendungen werden prämiert. Dafür sind Geldpreise ausgesetzt, und zwar

- 1. Preis DM 3 000,—
- 2. Preis DM 2 000,—
- 3. Preis DM 1 000,—

Und hier sind die Teilnahme-Bedingungen:

Der Teilnehmerkreis ist unbeschränkt, Bedienstete des Bundesverbandes für den Selbstschutz, soweit sie der Bundeshauptstelle und der Bundesschule angehören sowie deren Angehörige sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

Jeder Teilnehmer kann beliebig viele Vorschläge — jedoch jeden einzeln — auf einer Postkarte einsenden.

Die Vorschläge schicken Sie bitte an die folgende Anschrift:

**Preisausschreiben
Slogan-Wettbewerb
53 Bonn 1
Postfach**

Bitte vergessen Sie nicht, Ihren Absender deutlich lesbar auf Ihrer Postkarte anzugeben!

Einsendeschluß ist der 15. April 1975.

Jeder Teilnehmer unterwirft sich der Entscheidung der Jury.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der Jury gehören an:

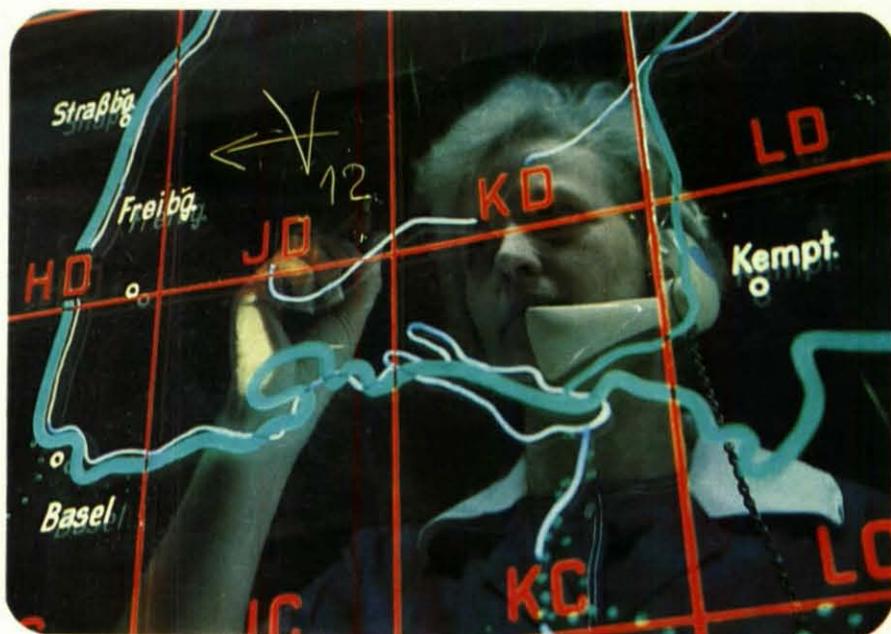
Dr. Bruno Schneider, Referent im Bundesverband für den Selbstschutz,
Professor Dr. Walter Schneider, Psychologisches Institut Universität Köln,
Günter Bürkner, Referent in der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn,
Günther Kopsieker, Leiter der Landesstelle Nordrhein-Westfalen des Bundesverbandes für den Selbstschutz,
Karl-Ludwig Kelber, Journalist, Bonn,
Volker Stoltz, Diplom-Volkswirt, Bonn,
Dr. Franz-Josef Dumoulin, Notar, Bonn.

Die Urheberrechte an allen prämierten Vorschlägen gehen uneingeschränkt an den Bundesverband für den Selbstschutz über. Die Namen der Gewinner werden im ZS-Magazin Nr. 5 genannt. Die Preise werden unmittelbar nach der Entscheidung der Jury den Gewinnern zugestellt.



Beispiel des Helfens:

Unfallrettungswagen in ausreichender Zahl und mit optimaler Ausstattung haben schon ungezählte Menschenleben gerettet. Wichtig ist freilich auch, daß sich Mitbürger finden, die bis zum Eintreffen eines solchen Unfallwagens Hilfe leisten können.



Beispiel des Helfens:

Rechtzeitige Warnung ist oft wirksamster Teil des Schutzes. Ein funktionierender Warn- und Alarmdienst kommt nicht allein mit modernen Instrumenten aus. Menschen, die sich in den Dienst der Sache stellen, sind ebenso nötig.

Werner Schiefel und Günter Sers (Fotos)

Alles unter einem Dach

Katastrophenschutzzentrum Köln eröffnet – Kosten: 6,3 Mio. DM

In jeder Hinsicht beispielhaft ist das neue Katastrophenschutzzentrum der Stadt Köln. 700 ehrenamtliche Helfer des Technischen Hilfswerks, des Deutschen Roten Kreuzes und der Regieeinheiten im Katastrophenschutz der Stadt haben dort eine zweckmäßige und geräumige Unterkunft gefunden. Auch die gesamte Ausrüstung der Helfer und rund 60 Einsatzfahrzeuge sind hier untergebracht. Bei der Eröffnung des Gebäudes am 23. Januar hoben alle Festredner den „Modellcharakter“ dieser Einrichtung hervor, die — abgesehen von dem im Olympiajahr 1972 entstandenen Katastrophenschutzzentrum in München — bislang einzig in der Bundesrepublik ist.

Zweijährige Bauzeit

Das Katastrophenschutzzentrum an der Robert-Perthel-Straße in Köln-Nippes ist auf der Basis eines Zivilschutzabschnittes errichtet worden, also nur für einen Teil des Stadtgebietes zuständig. Die Konzentration aller Einheiten des Katastrophenschutzes an einer Stelle wäre angesichts der Ausdehnung und des Gefährdungsgrades der Stadt wenig sinnvoll gewesen. Mit seinen Spezialwerkstätten und großen Magazinräumen dient das Zentrum darüber hinaus dem gesamten Katastrophenschutz der Stadt als Versorgungsbasis.

Der Bund hat die Anlage in gemeinsamer Planung mit der Stadt Köln für den Verstärkungsteil des Katastrophenschutzes



errichtet. Die Kosten belaufen sich auf 6,3 Millionen DM. Das Bauvolumen beträgt 5,7 Millionen DM. Für die Ausstattung wurden 450 000 DM, für den Grundstücksankauf 180 000 DM aufgewandt.

Im Oktober 1972 hatten die Bauarbeiten begonnen, Richtfest war im August 1973. Seit Juni 1974 sind nach und nach einzelne Teile des Gebäudes bezogen und in Betrieb genommen worden. Jetzt fand die offizielle Eröffnung statt, an der zahlreiche prominente Gäste teilnahmen.

3.600 Helfer in Köln

Beigeordneter Edmund Fey, der zuständige Dezernent der Stadt, begrüßte Oberstadtdirektor Professor Mohren sowie weitere Vertreter von Rat und Verwaltung. Zu den Gästen gehörten auch der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, der Präsident der Akademie für zivile Verteidigung, Dr. Dr. Ulrich Eichstädt, und der Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung im Innen-

Das Katastrophenschutzzentrum in Köln-Nippes.



Beigeordneter Fey begrüßt die Gäste. Er rechnet damit, daß bald 0,6 Prozent der Kölner Bürger im Katastrophenschutz mitwirken werden.



Ehrengäste bei der Eröffnung des Zentrums (von rechts): MHD-Generalsekretär von Truszcynski, Oberstadtdirektor Professor Mohren, der Präsident der Akademie für zivile Verteidigung Dr. Dr. Eichstädt, Ministerialdirigent Knop (NRW-Innenministerium), Bürgermeister Dr. Jacobs, der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz Dr. Kolb, Bürgermeisterin Frau Schmitt, Generalleutnant Lemm, Chef des Heeresamtes Köln.

ministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Ministerialdirigent Knop; außerdem Vertreter des Bundesinnenministeriums, des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, des Bundesverbandes für den Selbstschutz, der Bundeswehr, des Kölner Regierungspräsidenten und der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen.

Beigeordneter Fey erinnerte daran, daß als Sollstärke des Katastrophenschutzes 1 Prozent der Bevölkerung genannt wird. Nach seinen Angaben kann damit gerechnet werden, daß in Köln bald 0,6 Prozent der Bürger im Katastrophenschutz mitwirken werden. Zur Zeit gibt es in der Domstadt 3 600 Katastrophenschutz Helfer, davon 2 200 im Erweiterten Katastrophenschutz. Fey dankte den freiwilligen Helfern für ihr Engagement und bat sie, sich auch weiterhin zur Verfügung zu stellen.

Konzentrierte Rettungskraft

Der Präsident des Bundesamtes für Zivildschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, übergab das Katastrophenschutzzentrum an die Stadt Köln. Er bezeichnete dessen Errichtung als exemplarisch für die Bemühungen, die Vorsorge auch im Hinblick auf den Verteidigungsfall zu verbessern. Beispielhaft sei die „Konzentration von Rettungskraft“, um auf diese Weise kostengünstig Sicherheit zu produzieren: „Das Katastrophenschutzzentrum ist ein Instrument der Integration für alle Kräfte, die den Mitmenschen in einem Katastrophenfall Hilfe bringen.“ Die Planung gewährleistet, daß im „Schichtbetrieb“ mehrere Bedürfnisse innerhalb eines Projektes befriedigt werden. Das bedeutet nur einmalige Basiskosten, da nicht an verschiedenen Stellen die gleichen Grundvoraussetzungen geschaffen werden müssen.

Warum gerade Köln?

Warum wurde gerade Köln als Standort des zweiten Katastrophenschutz-zentrums in der Bundesrepublik ausgewählt? Dazu Dr. Kolb: Als Ballungsgebiet mit einer vielschichtigen

Industriestruktur und einem hohen Gefährdungsgrad ist die Stadt in vieler Hinsicht modellhaft. Nicht zufällig hat die Akademie für zivile Verteidigung ein Planspiel erarbeitet, das auf Köln bezogen ist. Hinzu kommt die Tatsache, daß die Stadt sich stets

außerordentlich aufgeschlossen für die Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes gezeigt hat. Zwischen den verschiedenen Stellen, die hier ein Wort mitzureden haben, besteht ein bemerkenswerter Konsensus. Dies sei „leider nicht exemplarisch für die



BZS-Präsident Dr. Kolb: Kostengünstig Sicherheit produzieren.



Rundgang durch das neue Katastrophenschutzzentrum. Fast alle Festredner wiesen auf den „Modellcharakter“ dieser Einrichtung hin.



Im Werkstattmagazin. Das Zentrum dient dem gesamten Katastrophenschutz der Stadt Köln als Versorgungsbasis.

Zustände in anderen Großstädten“.

Ein besonderes Lob erhielt in diesem Zusammenhang Stadtverwaltungsdirektor Albert Butz, Leiter des Amtes für Zivilschutz: Nicht zuletzt seiner Initiative sei der „außerordentlich gute Stand“ des Katastrophenschutzes in Köln zu verdanken.

Auf dem richtigen Dampfer

BZS-Präsident Dr. Kolb sprach davon, daß das Katastrophenschutzzentrum für den Bund modellhaft ist als „Objekt des ständigen Weiterlernens“ — anders gesagt, als Hinweis darauf, „ob wir auf dem richtigen Dampfer sind“. Aus den Kölner Erfahrungen könnte sich eine Reihe von Erkenntnissen ergeben: Richtpunkte für die Auslastung der Räume und die Größe der Stellflächen, Antwort darauf, ob die Raumausstattung den Bedürfnissen entspricht, ob der Standort innerhalb der Stadt richtig gewählt ist, ob die Aufwendungen angemessen sind im Vergleich zu denjenigen auf dem militärischen oder polizeilichen Sektor.

Wachsendes Engagement

Zum Schluß seiner Rede machte Dr. Kolb noch einige allgemeine Bemerkungen zum Thema Zivil- und Katastrophenschutz.

Zunächst zur Mitarbeit der Jugend: Die „Stille der Entwicklung“ im Katastrophenschutz bedeute nicht, daß das Engagement bei hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helfern nicht noch wachsen könne; das Verlangen der Jugend nach sinnvollem Engagement für die Gemeinschaft nehme zu.

Dann zum „Trend im Finanziellen“: Dr. Kolb ist nicht glücklich darüber, „daß die parlamentarischen Beschlüßkörperschaften unsere Anliegen nicht mit hohem



In den Garagenhallen sind rund 60 Einsatzfahrzeuge untergebracht.

Vorrang betrachten.“ Zwar steigen die Haushaltsansätze — zum Teil aus konjunkturellen Gründen. Aber der effektive Bedarf liegt weit über den veranschlagten Summen. Nach der offiziellen Übergabe des Katastrophenschutzzentrums an den

Oberstadtdirektor sprach Präsident Dr. Kolb die erste Hoffnung aus, „daß die hier versammelte Rettungskraft nie anders als zur Einübung humanitären Verhaltens Verwendung findet.“

Oberstadtdirektor Professor Mohren, der Hausherr im

Katastrophenschutzzentrum, äußerte seine Genugtuung darüber, daß der Bund sich hier so stark engagiert hat. Er dankte dem Bundesamt für Zivilschutz und allen anderen an dem Projekt beteiligten Stellen, auch dem Land Nordrhein-Westfalen, das mit flankierenden



Die Kfz-Werkstatt. Hier kümmern sich vier Kraftfahrzeugmechaniker um Wartung und Instandsetzung der Fahrzeuge.

Maßnahmen spürbare Hilfe geleistet hat.

Es folgten drei Wünsche aus der Sicht des Oberstadtdirektors:

● Die Dienstverhältnisse der freiwilligen Helfer möchten einheitlich geregelt werden — ein Wunsch, der bereits mit Hilfe des Deutschen Städtetages an Bund und Länder herangetragen worden ist.

● Im Hinblick auf die Einsatzbereitschaft des Katastrophenschutzes sei es unerlässlich, die Fahrzeuge, die zum Teil bereits acht Jahre alt sind, durch neue zu ersetzen. Trotz guter Pflege sei es unwirtschaftlich, die alten Fahrzeuge immer wieder zu reparieren.

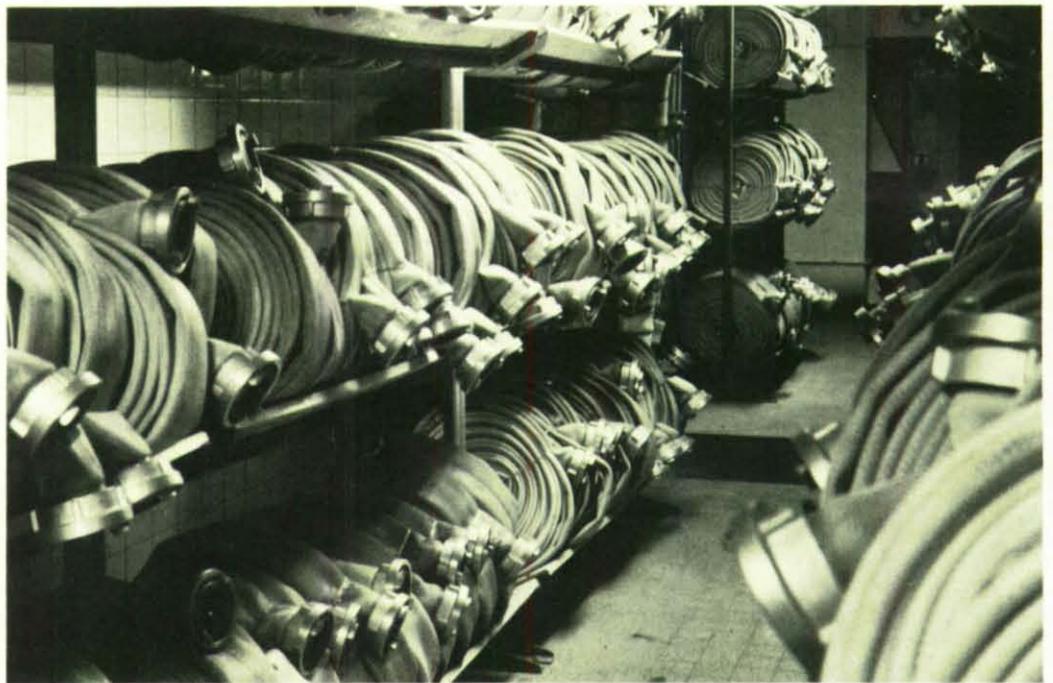
● 24 Schutzbauten aus dem Zweiten Weltkrieg sind in Köln „instandsetzungswürdig“. Sie bieten im Stadtbild einen „erbarmungswürdigen Anblick“. Deshalb — so Professor Mohren — sollten sie endlich instandgesetzt oder aber abgerissen werden.

Grüße aus Düsseldorf

Ministerialdirigent Knop überbrachte Grüße und gute Wünsche von NRW-Innenminister Willi Weyer. Köln habe Grund zur Freude, „eine so bemerkenswerte und beispielhafte Anlage“ in Dienst stellen zu können. Knop äußerte die Hoffnung, daß dies keine Einzel- und Ausnahmerecheinung bleiben möge. Das Land Nordrhein-Westfalen sehe mit großem Interesse den Erfahrungen entgegen, die das Katastrophenschutzzentrum vermitteln werde.

Unterkunft für 700 Helfer

An die Feierstunde schloß sich ein Rundgang durch den Gebäudekomplex an. Die Grundstücksgröße



Sorgfältig aufgerollt und verstaut: die Wasserschläuche.

beträgt 6 000 m², der umbaute Raum 26 300 m³, die Gesamtnutzfläche 4 666 m².

700 Helfer des ABC-Dienstes, des Fernmeldedienstes, des Bergungsdienstes und des Sanitätsdienstes finden hier Räume für ihre persönliche und fachdienstbezogene Ausstattung, außerdem Unterrichts-, Schulungs- und Gemeinschaftsräume,

Küche, Speisesaal und einen Schutzraum für 100 Personen.

Die Einsatzeinheiten im Katastrophenschutz gehören ausschließlich zum Verstärkungsteil des Erweiterten Katastrophenschutzes:

● 2. Sanitätsbereitschaft mit drei Einsatzzügen und 110 Helfern des Deutschen Roten Kreuzes;

● 3. Bergungsbereitschaft mit drei Einsatzzügen und 136 Helfern des Technischen Hilfswerks;

● 1., 2. und 3. ABC-Bereitschaft mit acht Einsatzzügen und zusammen 312 Helfern (Regieeinheit);

● ein Fernmeldezug „Ort“ für die Fernmeldezentrale des Hauptverwaltungsbeamten (Regieeinheit);



In der Waschhalle des Katastrophenschutzentrums werden die Schläuche auf ihre Druckfestigkeit geprüft.

● zwei Fernmeldezüge „Abschnitt“ für die Fernmeldezentralen „Abschnitt“ (Regieeinheit);

● ein Veterinärzug (Regieeinheit).
Hinzu kommen Versorgungsgruppen, Führungseinheiten sowie ABC-Beobachtungs- und Leitstellen.

Versorgungsbasis

Die Ausrüstung und das Material der im Katastrophenschutzzentrum untergebrachten Einsatzeinheiten wird, übersichtlich geordnet, in Magazinen und Lagerräumen aufbewahrt. Hier lagern auch Ersatzteile sowie Ergänzungsmaterial und -gerät für den gesamten Katastrophenschutz der Stadt Köln. In den weitläufigen Garagenhallen stehen die etwa 60 Spezialfahrzeuge der einzelnen Einheiten.

In der Versorgungsbasis werden sämtliche Reparatur- und Pflegearbeiten an Ausrüstung, Material und Fahrzeugen des örtlichen Katastrophenschutzes vorgenommen.

In der mit Waschplätzen, Hebebühne und Prüfstand ausgestatteten Kfz-Werkstätte kümmern sich vier Kraftfahrzeugmechaniker um Wartung und Instandsetzung der Fahrzeuge mit dem blau-gelben „ZS“-Zeichen. Auf dem Hof ist eine zentrale Tankanlage für Betriebs- und Schmierstoffe installiert.

Zur Einrichtung des Zentrums gehören eine Anlage für Schlauchpflege und Schlauchwäsche, ein Fernmelde-Werkraum, eine Schreinerei, eine Batterie-lade- und -pflegestation, ein ABC-Maskenprüfraum und ein Prüfraum für Atemschutzgeräte.

Ausbildungszentrum

Im Katastrophenschutzzentrum findet die Grundausbildung in den einzelnen Fachdiensten und die standortbezogene Ausbildung der Helfer statt. Im Obergeschoß des Mittel-

traktes befinden sich Unterrichtsräume verschiedener Größe, die mit Filmgeber, Prokischreiber und anderem technischem Ausbildungsgerät ausgestattet sind. Zwei hauptamtliche Fachausbilder für ABC- und Fernmeldewesen halten hier regelmäßig ihre Lehrgänge ab.

Insgesamt sind in der Ausbildungs- und Versorgungsbasis des Katastrophenschutz-zentrums 14 hauptamtliche Dienstkräfte beschäftigt. Neben den beiden Ausbildungsleitern sind dies ein Werkstattleiter, ein Gerätemeister, vier Kraftfahrzeug-

mechaniker, ein Fernmeldemechaniker, ein Betriebshandwerker, ein Schreiner und drei Kraftfahrer, die zugleich als Lagerarbeiter tätig sind. Neun der Beschäftigten werden aus Haushaltsmitteln des Bundes finanziert, fünf aus Haushaltsmitteln der Stadt Köln.



Ein Blick in die Fernmeldewerkstatt.



Lade- und Pflegestation für 2000 Batterien.

Günstiger Standort

Das Katastrophenschutzzentrum am nördlichen Stadtrand Kölns wurde in sachlich-nüchternem Stil erbaut. Bauweise und Einrichtung sind ebenso zweckmäßig und funktionsgerecht wie der Standort: In wenigen Minuten erreichen die Einsatzfahrzeuge von hier aus die Autobahn und die die Stadt westlich umfassenden Ringstraßen.

Sollte sich einmal in der City eine größere Katastrophe ereignen, ist für den Erfolg der Hilfsaktionen weniger die Entfernung zum Unglücksort als die Zugänglichkeit von außen her von entscheidender Bedeutung. Die Einsatzzentrale ist vor den Toren der Stadt verhältnismäßig sicher untergebracht und zugleich an die wichtigsten Schnellstraßen des städtischen Verkehrsnetzes angebunden.

Köln hat mit dem Bau des Zentrums die Konzeption verwirklicht, den gesamten Versorgungsdienst des Katastrophenschutzes einer Großstadt zentral unterzubringen. Die Konzentration an einem Ort ermöglicht die sofortige Ausführung von Reparaturen an Ausrüstung, Material und Fahrzeugen, was große Bedeutung für die Einsatzpräsenz des Katastrophenschutzes hat.

Keine Fremdaufträge mehr

Hinzu kommt eine erhebliche Kostenersparnis. Die Erfahrungen, die in den wenigen Monaten gemacht worden sind, seitdem das Zentrum in Betrieb ist, bestätigen dies:

Viele Reparaturarbeiten mußten bisher von Privatfirmen vorgenommen werden. Solche Fremdaufträge fallen jetzt bis auf wenige Ausnahmen fort. Alle Reparaturaufträge der Materialerhaltungsstufen 1 bis 3 können nunmehr im Katastrophenschutz-



Nach der Eröffnungsfeier Erbsensuppe aus der Feldküche. Links Oberstadtdirektor Professor Mohren.

zentrum ausgeführt werden. Bislang waren die jetzt zusammengefaßten Unterkünfte auf das ganze Stadtgebiet verteilt. Nachdem das Zentrum in Dienst gestellt war, konnten angemietete Unterkünfte mit einer Nutzfläche von 5 273 m² aufgegeben werden. Das bedeutet eine jährliche Mietersparnis von 181 000 DM.

Hauseigene Band spielte zur Eröffnung

Die Eröffnung des Zentrums war ein rechter Grund zum Feiern: Es gab „Kölsch“ vom Faß und Erbsensuppe aus der Feldküche. Der Musikkreis der Kölner Katastrophenschutz Helfer — aus Helfern des Fernmeldedienstes und des ABC-

Dienstes zusammengesetzt — umrahmte die Veranstaltung mit seinen Darbietungen. Einen Tag später spielte die hauseigene Band noch einmal an gleicher Stelle, als die Fachgruppen des Fernmeldedienstes und des Bergungsdienstes das Katastrophenschutzzentrum mit einer 250-Personen-Party auf ihre Art einweihten.



Helfer des Fernmelde- und ABC-Dienstes brachten mit ihrer Band Musik ins Katastrophenschutzzentrum.

Oberregierungsrat Heinz-Jürgen Wurm, BMI

Zur „Halbzeit“:

11 Hubschrauber im Einsatz

Bilanz und Ausblick nach dreijährigem Aufbau des Hubschraubernetzes im Katastrophenschutz und Rettungsdienst

Noch rechtzeitig zu Beginn des Weihnachtsreiseverkehrs hat Bundesinnenminister Prof. Dr. Maihofer zwei weitere Hubschrauber des Katastrophenschutzes und Rettungsdienstes in Kassel und Lünen in Dienst gestellt. Damit sind nunmehr 8 Stationen der Luftrettungskette mit 11 Maschinen im Einsatz. Geplant sei die stufenweise Erweiterung des Hubschrauberrettungsnetzes auf mindestens 16 Stationen, und zwar möglichst innerhalb der nächsten drei Jahre, betonte der Minister. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die friedensmäßige Verwendung der zum Potential der zivilen Verteidigung gehörenden Hubschrauber des Katastrophenschutzes als besonders sinnvoll, nützlich und wirtschaftlich zu begrüßen sei.

Demnächst: Landung auf dem Dach

Die Maschine in Kassel ist vorläufig auf dem Gelände einer Bundeswehr-Kaserne stationiert, bis der vorgesehene Dachlandeplatz auf dem benachbarten DRK-Krankenhaus fertiggestellt ist. Dadurch war es möglich, den Einsatzbetrieb noch im Jahre 1974 aufzunehmen. Mit der Fertigstellung des Dachlandeplatzes — des ersten im Bundesgebiet, der als ständiger Standort für einen Rettungshubschrauber dienen soll — ist Mitte des Jahres zu rechnen.

Ärzte und Sanitäter für den Einsatz im Rettungsdienst werden vom DRK-Krankenhaus gestellt. Der Hubschrauber ist an die Funkleitstelle der Berufsfeuerwehr der Stadt Kassel für Katastrophenschutz und Rettungsdienst angebunden, die alarmiert und den Einsatz mit dem anderer Rettungsmittel abstimmt. Der Aktionsradius der Maschine erstreckt sich in einem Halbkreis von 70 km um Kassel. Dadurch können der nordhessische Raum sowie Gebiete im südlichen Niedersachsen und östlichen Westfalen abgedeckt werden.

Der Hubschrauber in Lünen ist am dortigen St.-Marien-Hospital, das auch die Ärzte stellt, stationiert. Die Sanitäter werden abwechselnd vom DRK und der Berufsfeuerwehr gestellt. Die Maschine ist an die Leitstelle der Berufsfeuerwehr in

In Lünen ist man insofern einen neuen Weg gegangen, als dort erstmals eine kommunale Trägergemeinschaft für die Hubschrauberstationierung gebildet worden ist, zu der sich insgesamt 22 Kreise und kreisfreie Städte freiwillig zusammen-



In Kassel wurde durch Bundesinnenminister Prof. Maihofer ein weiterer Hubschrauber in Dienst gestellt.

Lünen angebunden; bei der Einbeziehung des Hubschraubers in den Rettungsdienst wird sich das neu aufgebaute Leitstellensystem bewähren müssen.

Hilfe bei Betriebsunfällen

Mit Lünen ist die erste Hubschrauber-Station im Ruhrgebiet, dem größten Ballungsraum des Bundesgebiets, eingerichtet worden. Die Bedeutung des Standorts Lünen liegt nicht nur in der Nähe verschiedener Autobahnen und Bundesstraßen mit großer Verkehrsdichte sowie mehrerer Großstädte, sondern auch darin, daß ein Großteil des Einsatzbereichs stark industrialisiert ist. Es bietet sich an, den Hubschrauber auch bei Betriebsunfällen einzusetzen.

geschlossen haben. Diese Lösung hat Modellcharakter für die Organisation der Luftrettung in Nordrhein-Westfalen, wenn nicht sogar über die Grenzen dieses Landes hinaus.

Einschließlich einer dritten neuen Maschine, die als „Springer“ zur Abdeckung von Ausfallzeiten bei Wartungen und Reparaturen verwendet wird, betreibt der Hubschrauberrettungsdienst des Bundesministers des Innern jetzt mit 11 Hubschraubern folgende Stationen: Bremen, Hannover, Lünen, Köln, Kassel, Frankfurt, Ludwigshafen sowie München, wo der Bundesminister des Innern die ADAC-Maschine zum 1. 1. 1975 übernommen hat. Damit ist das Aufbauprogramm zur Hälfte verwirklicht. Dies ist der

geeignete Zeitpunkt, um eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Luftrettung hat sich bewährt

Zu Beginn des ersten Modellversuchs in Köln im Dezember 1971 haben sicher nur wenige Beobachter damit gerechnet, daß man innerhalb von drei Jahren diese Fortschritte erzielen würde. Dies ist ein Beweis dafür, daß sich die Luftrettung bewährt hat. Sie kann, wie sich gezeigt hat, den bodengebundenen Rettungsdienst sinnvoll ergänzen, und zwar sowohl in den Randzonen der Ballungsräume, in denen der Einsatz bodengebundener Rettungsmittel häufig durch dichten Verkehr beeinträchtigt wird als auch in ländlichen Gebieten, in denen der bodengebundene Rettungsdienst weniger dicht ausgebaut ist. Bisher sind pro Station durchschnittlich nahezu 1000 Einsätze im Jahr geflogen worden, dabei wurden je Station etwa 100 Menschen vor dem sicheren Tod bewahrt.

Damit leistet der Bund einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Verbesserung des Rettungswesens; die Bereitschaft hierzu brachte bereits die Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 zum Ausdruck. Im Hinblick auf die Zuständigkeit der Länder für diese Aufgabe hatte der Bund den Ländern angeboten, Hubschrauber des Katastrophenschutzes im Rettungsdienst einzusetzen. Die Länder haben durch Annahme dieses Angebots eine sinnvolle Arbeitsteilung beim Aufbau eines wirkungsvolleren Rettungsdienstes ermöglicht: Während die Länder sich vor allem des bodengebundenen Rettungsdienstes annehmen, schafft der Bund die Voraussetzungen für die ergänzende Luftrettung.

Einsatz hier und heute

Die effiziente friedensmäßige Verwendung des vom Bund im Rahmen der Zivilverteidigung vorgehaltenen Potentials ist Ausdruck der neuen Konzeption für den Katastrophenschutz. Die rechtlichen Voraussetzungen sind durch das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. Juli 1968 geschaffen worden. Aus § 14 Abs. 3 des Gesetzes ergibt sich, daß das Katastrophenschutzpotential des Bundes nicht ausschließlich für den Verteidigungsfall vorgehalten werden soll, sondern auch bei Katastrophen und Unglücksfällen im Frieden ein-

gesetzt werden kann. Katastrophenschutz in diesem Sinne beschränkt sich also nicht auf die Vorbereitung für den Tag X, der niemals kommen möge, sondern hat zum Ziel, auch bei den aktuellen Notfällen des täglichen Lebens Hilfe zu leisten. Die Bürger in unserem Lande dürften wenig Verständnis dafür haben, wenn das aus Steuermitteln beschaffte bundeseigene Gerät nicht wirtschaftlich und zweckmäßig hier und heute genutzt werden würde. Ein besonders eklatantes Beispiel für die neue

Abdeckung auch der ländlichen Bereiche.

Es gilt, die organisatorische Struktur der Hubschrauberstationen der Neuorganisation des gesamten Rettungswesens, die teilweise im Gange, teilweise in Vorbereitung ist, anzupassen. Außerdem sollen die finanziellen Voraussetzungen der Luftrettung weiter verbessert werden. Zur Zeit wird mit den Krankenkassen die Leistung einheitlicher Benutzungsentgelte für Versorgungs- und Transportflüge verhandelt, da ein wesent-



Die 11. Maschine vom Typ Bo 105 ist seit dem 23. Dezember in Lünen für Katastrophenschutz und Rettungsdienst im Einsatz.

Konzeption sind diese Hubschrauber des Katastrophenschutzes, deren Anschaffung und Unterhaltung besonders kostspielig sind.

Die bisherigen Erfolge sind der Zusammenarbeit verschiedener Stellen zu verdanken. Sie sind eine Gemeinschaftsleistung der öffentlichen Hand — und zwar von Bund, Ländern und Gemeinden —, der Hilfsorganisationen wie Feuerwehren, Deutsches Rotes Kreuz, Malteser-Hilfsdienst, Johanniter-Unfallhilfe und Arbeiter-Samariterbund, des ADAC sowie der Krankenhausträger. Schließlich muß erwähnt werden, daß die Fortschritte, wie bei allen Projekten in der Aufbauphase, ohne Initiative und Engagement Einzelner nicht denkbar gewesen wären.

Auch für ländliche Bereiche

Der vor uns liegende zweite Abschnitt des Aufbaues des Hubschrauberdienstes wird gekennzeichnet sein durch eine Konsolidierung des bisher Erreichten und eine zunehmende

licher Zweck des Hubschrauber-einsatzes in der schnelleren Heranführung des Arztes besteht und der Kostenaufwand bei beiden Einsatzarten in der Regel gleich hoch liegt.

Ausbau bis 1978

Das Beschaffungsprogramm, im Finanzplan berücksichtigt, sieht vor, das gesteckte Ziel — eine Abdeckung des Bundesgebiets mit Hubschrauber-Stationen auf der Basis eines Einsatzradius von 70 km — spätestens bis zum Jahre 1978 zu erreichen. Darüber hinaus wird aufgrund der bisherigen positiven Ergebnisse geprüft, ob das Hubschraubernetz in Richtung auf den günstigeren Einsatzradius von 50 km verdichtet werden kann. Die Zahl der bisher vor dem Tode geretteten und vor schweren Verletzungsfolgen bewahrten Menschen rechtfertigt dieses Werk humanitärer Hilfe in Notfällen als einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Daseinsvorsorge.

Ministerialrat Dr. Rolf Schaefer, BMI

Alarmstart zum Auftakt

Bundesinnenminister Prof. Maihofer stellte in Lünen den 11. Hubschrauber in Dienst

Es lag gewiß nicht an der Weihnachtszeit, daß Bundesinnenminister Prof. Dr. Werner Maihofer in den beiden Wochen vor Weihnachten, am 17. 12. 1974 in Kassel und am 23. 12. 1974 in Lünen, zwei Rettungshubschrauber in Dienst stellte. Vielmehr sollten die erst im Dezember ausgelieferten Maschinen so schnell wie möglich ihre rettende Tätigkeit aufnehmen.

Besonderes Merkmal der Station in Lünen ist die Trägergemeinschaft von 22 Städten und Gemeinden, die den rettungsdienstlichen Teil der Station tragen. Sie stellen Ärzte und Sanitäter, das Krankenhaus, an dem der Hubschrauber stationiert ist, sowie die Leitstelle. Der Hubschrauber wird wie bei den übrigen sieben Stationen als Bundesausstattung des Katastrophenschutzes beschafft und unterhalten. Der Bundesgrenzschutz (BGS) fliegt und wartet die Maschinen.

Die Gemeinschaftsaufgabe, insbesondere die Vielzahl der beteiligten Kommunen, kam in der großen Zahl der Gäste und Redner anlässlich der Indienststellung zum Ausdruck. Neben Landrat Böckmann, Kreis Unna, Oberbürgermeister Harzer, Stadt Lünen, sprachen Bundesinnenminister Prof. Dr. Maihofer, Staatssekretär Nelles vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW, ADAC-Präsident Stadler, der Präsident des Landesfeuerwehrverbandes NRW, Real, und Landesarzt Dr. Fingerhuth vom DRK Westfalen-Lippe.

Maihofer stellte in seiner Ansprache besonders die Arbeitsteilung zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Hilfsorganisationen heraus. Während der Bund den Luftrettungsdienst organisiert und stellt, widmen sich die Länder dem bodengebundenen Rettungsdienst und stellen die Bodenstationen für die Hubschrauber.

So kompliziert diese Konstruktion auch anmutet, sie habe sich bewährt. Der Bund arbeite weiter daran, die Wirksamkeit der Rettungshubschrauber durch Einsätze auch bei

Nacht zu steigern. Der Bundesminister für Forschung und Technologie hat einen entsprechenden Forschungsauftrag vergeben.

Der Bundesminister wies darauf hin, daß die erheblichen technischen und personellen Schwierigkeiten, die durch die rasche Aufeinanderfolge der Einrichtung neuer Stationen entstanden seien, nur durch große Anstrengungen überwunden werden konnten. Durch tatkräftige Hilfe des BGS sei es aber gelungen, auch diesen Rettungshubschrauber noch vor Weihnachten einsatzbereit zur Verfügung zu stellen. Abschließend dankte Maihofer besonders für das engagierte Mitwirken freiwilliger Organisationen, dem DRK und der Feuerwehr, die die Rettungssanitäter in Lünen stellen. Besonders hob er den ADAC hervor, der nicht nur den ersten Versuch mit einem ständig eingesetzten Rettungshubschrauber unternommen habe, sondern seit 1970 auch gut und wirksam mit dem Innenministerium zusammenarbeite. Durch seine große Spendenaktion habe der ADAC einen Hubschrauber zusätzlich zur Verfügung stellen können und dadurch einen schnellen

Ausbau des Hubschraubernetzes ermöglicht.

Staatssekretär Nelles vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW begrüßte nach dem Katastrophenschutzhubschrauber in Köln und dem Rettungshubschrauber der Bundeswehr in Würselen die Einrichtung der dritten Station im Land. Die Rettungshubschrauber hätten sich nicht nur als wichtig, sondern als notwendig erwiesen. Ihr Funktionieren hänge von einem engen Verbund und reibungslosen Zusammenwirken mit dem bodengebundenen Rettungsdienst ab.

Nach den Ansprachen zur Indienststellung und einem Erbsensuppenessen in der Feuerwache erlebten Gäste und viele Zuschauer einen Alarmstart des Rettungshubschraubers. Vor seinem Abflug vermittelte Bundesinnenminister Prof. Dr. Werner Maihofer den Ordensschwestern des St.-Marien-Hospitals noch einen praktischen Einblick in die Hubschrauberrettung. Mit einem Hubschrauber des BGS vom Typ „Puma“, bis auf den letzten Platz besetzt mit den Schwestern, unternahm er einen Rundflug über Lünen.



Erster Alarmstart des neuen Hubschraubers in Lünen.

Deutsche humanitäre Hilfe für Zypern

Jeder dritte ist Flüchtling

Delegation aus der Bundesrepublik erlebte die Not an Ort und Stelle

Auf Wunsch des Bundeskanzlers besuchte eine kombinierte Delegation der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages in der Zeit vom 26. bis 29. November 1974 die Insel Zypern.

Der Zweck dieser Reise war, an Ort und Stelle unmittelbaren Einblick in die Lage der Flüchtlinge zu nehmen, die Wirksamkeit der bisher von der Bundesregierung und den Organisationen geleisteten humanitären Hilfe zu überprüfen und festzustellen, ob und welche weiteren Bedürfnisse bestehen.

Staatssekretär Baum an der Spitze

Die Delegation führte, entsprechend der Zuständigkeit des Bundesministers des Innern für die Abwicklung humanitärer Hilfen im Ausland, der Parlamentarische Staatssekretär Gerhart Baum. Vom Bundestag traten die Abgeordneten Dr. Burghart Hirsch (FDP) und Gottfried Köster (CDU) hinzu. Die Fraktion der SPD mußte bedauerlicherweise wegen anderweitiger, nicht verschiebbarer Termine auf die Entsendung eines Experten verzichten.

Weitere Delegationsmitglieder waren aus den Bundesressorts Ministerialdirektor Hans Arnold Thomsen (Innen), Ministerialdirigent Gerhard Fischer (Auswärtiges), Regierungsdirektor Dr. Gerhard Krause (Finanzen), Ing. Johannes Simon Schwarz (BZS/THW) und Dolmetscherin Sylvia Hofheinz.

Deutsche Hilfe: 4 Mill. DM

Die bisher gewährte bilaterale humanitäre Hilfe von rund 4 Millionen DM, so konnte festgestellt werden, ist überaus schnell und in der Substanz zweckmäßig abgewickelt worden. Die Verteilerorganisationen auf Zypern haben dazu ihren guten Teil beigetragen.

Sowohl der damals amtierende Ministerpräsident Klerides wie Vizepräsident Denktaş, die zugleich die zypern-griechische wie zypern-türkische Bevölkerung repräsentieren, fanden Worte hoher Anerkennung für die deutsche Leistung und bestätigten die neutrale, beide betroffenen Volksgruppen gleichwertig berücksichtigende Handhabung der Hilfe. Immerhin rangiert die Bundesrepublik mit den USA, Griechenland, England und Frankreich in der Spitzengruppe der helfenden Länder.

Die Situation auf der Insel

Das richtige Bild zur Beurteilung der Situation auf Zypern vermitteln folgende Zahlen: Die Insel hat etwa 600 000 Einwohner. Zur Zeit des Besuchs belief sich die Zahl der „displaced population“ auf mehr als 190 000 Personen, also fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Nach übereinstimmenden Angaben des zypriotischen Innenministers, Mr. Koshis, und des zypriotischen Ministers für Arbeit, Mr. Sivitamides, ist für die bescheidene Betreuung der Flüchtlinge insgesamt ein Betrag von 20 Millionen türk. Pfund (1 türk. Pfd. = rund 7 DM) pro Jahr notwendig. Der normale zypriotische Gesamthaushalt umfaßt 60 Millionen türk. Pfund jährlich. Etwa ein Drittel des Jahresgesamthaushalts muß also zusätzlich für die Flüchtlinge aufgebracht werden. Daß dies die zypriotische Verwaltung überfordert, liegt offen zutage.

Korrekte Abwicklung

Zur Zeit des deutschen Informationsbesuches stellte die zypriotische Regierung den Flüchtlingen einen geringen Geldbetrag pro Monat, und zwar für das jeweilige Oberhaupt einer Flüchtlingsfamilie 4 türk. Pfund und für jeden weiteren Familienangehörigen 2 türk. Pfund zur Verfügung. Unterbringung (Gerät) und Ernährung wurden durch Beauftragte

des Special Service, der eigens dafür von der zypriotischen Regierung gegründet wurde, in bestimmten Bereichen und Lagern geregelt bzw. durch Verteilung abgedeckt. Die Delegation hat eine sehr korrekte Tätigkeit dieser Beauftragten an allen Plätzen feststellen können. Zur Verteilung kamen auf diesem Wege sowohl die aus Mitteln der zypriotischen Regierung aufgebrauchten Hilfsgüter als auch die internationalen Spenden, also auch die der Bundesrepublik. Im übrigen darf vom Internationalen Roten Kreuz gesagt werden, daß es sich insbesondere der in Enklaven befindlichen Bevölkerung beider Seiten annahm und den Gesundheitsdienst in engem Zusammenwirken mit der UNO betrieb.

Die Flüchtlingslager

Die deutsche Delegation hatte zur Wahrnehmung der ihr gestellten Aufgaben unter sich eine Aufteilung vorgenommen. Ministerialdirektor Thomsen leitete eine Gruppe, die sich speziell den Gemeinschaftsunterkünften zuwendete. Folgende Lager und Orte wurden besucht: die Zeltlager Stavros und Tseri unweit von Nikosia, das Lager Lefkarites bei Lanaka, das Lager Voroklini zwischen Lanaka und Dekhelia sowie drei Lager in der unmittelbaren Nähe der Orte Dekhelia und Ormidia, darunter das sogenannte „wilde“ Lager Achna. „Wild“ deswegen, weil keine Genehmigung für dieses nicht vorgesehene Lager erteilt wurde. Es ist von den Bewohnern selbst erstellt, teilweise unter Abbruch der Aufnahme von Flüchtlingen vorgesehenen Camps. Für alle diese Zeltlager und Unterkünfte kann gesagt werden, daß sie sauber sind, daß besondere barackenähnliche Bauten für sanitäre Anlagen und Gemeinschaftszwecke aufgestellt wurden und daß die Verwaltung funktioniert.

Sie sind aber sehr unterschiedlich belegt. So war z. B. das Lager Lefkarites bei Lanaka für 1500 Flüchtlinge ausgelegt und auch mit 1500 Flüchtlingen belegt. Das Lager Voroklini dagegen mit einem Fassungsvermögen von 1120 Personen war fast leer. Umgekehrt waren die Lager um Dekhelia in besonderem Maße überbelegt, ja hoffnungslos überfüllt. Oft lebten 9 bis 12 Personen in einem Zelt, das maximal für 4 bis 6 Personen gedacht war. Der Grund besteht darin, daß die Flüchtlinge überwiegend aus Famagusta stammen und in der Erwartung, doch bald zurückkehren zu können, in der Nähe bleiben wollen. Zum anderen fühlen sie sich im Randbereich zum britisch-militärischen Territorium geschützt. So entstand auch das erwähnte „wilde“ Lager Achna. Im Gespräch mit den Flüchtlingen wurde von ihnen eindeutig aus diesen Gründen abgelehnt, in das zuvor erwähnte Lager Voroklini umzuziehen. Insgesamt liegen um Dekhelia herum rund 7000 in Zelten eng zusammengepferchte Flüchtlinge.

Die Kälte ist ein großes Problem

Neben den Zeltlagern, und zwar in einem weit größeren Umfang, dienen Garagen, unfertige Gebäude (also Rohbauten), nicht benutzte Schulen usw. als provisorische Herberge. Dafür waren die von der Delegation besuchten Orte Kakopetria, Ayos Nikolos und Evrykhon im Troddos-Gebirge besonders typisch.

Ohne weitere wesentliche Unterstützung können sich die Flüchtlinge im rauen Klima der Bergwelt mit Sicherheit nicht halten. Schon im November waren wegen der Kälte von 60 vorgesehenen Zelten im Raume Evrikhou nur 12 Zelte aufgestellt, von denen wenige mit insgesamt 23 Personen belegt waren. In den Rohbauten und Garagen froren die Menschen. Sie hatten kaum eine Matratze und kampierten mit Decken in ungeheizten Räumen auf den Betonböden der unfertigen Bauten. Ursprünglich lagen im Bergland mehr als 15 000 Flüchtlinge. Die Unwirtlichkeit hat die Zahl bereits durch Abzug sinken lassen.

Kinder besonders betroffen

Für alle Flüchtlingslager und Unterbringungen kann zusammenfassend gesagt werden, daß sie für den Winter

noch einer besonderen Abschätzung bedürfen. Öfen werden benötigt, und zwar über die vom Beauftragten des Flüchtlingskommissars der UNO bisher beschaffte Stückzahl hinaus. In allen Lagern, deren Wege, wie die deutsche Delegation es erlebt hat, sich bei Regen in fast unpassierbaren Schlamm verwandeln, fehlt es an derbem Schuhzeug. Vordringlich ist die Versorgung der Kinder mit Schuhzeug und warmen Socken. Insgesamt befinden sich unter den Flüchtlingen rund 52 000 Kinder, davon

bis zu 1 Jahr alt	5 400
2 bis 6 Jahre alt	14 300
7 bis 14 Jahre alt	19 000
13 bis 16 Jahre alt	13 500

Wegen der nächtlichen Kälte und in den bevorstehenden Monaten auch über Tag erheblich niedrigen Temperaturen mangelt es — trotz der vielen schon helfenden Spenden — in der überwiegenden Zahl der Lager und Unterbringungsbereiche weiterhin an warmer Kinderkleidung (Pullis, Mäntel, Regenmäntel). Auch Mäntel und Regenmäntel für Erwachsene sind weithin Mangelware.

In Selbsthilfe haben sich in den Flüchtlingslagern für die Kinder zum Teil Schulungsmöglichkeiten ergeben. In einzelnen Bereichen hat der Special Service dafür gesorgt, daß die Kinder in den örtlichen Schulen Unterrichtsmöglichkeiten eingeräumt bekamen. Man veranlaßte die Zuführung zu diesen Schulen durch angemietete Omnibusse. Es fehlt jedoch an Papier, Schreibheften und Kugelschreibern. Unterstützendes Eingreifen erschien angemessen, um auch den Eltern durch die langsame Einrichtung eines offiziellen Schulbetriebes in ihren beengten Verhältnissen auf Zeit eine Entlastung von den Kindern zu bieten.

8 Mill. Dollar für Ernährung

Generell erschien eine weitere Verbesserung der Ernährung erforderlich. Hierfür kommen in erster Linie in Frage:

Weizen,
Reis,
spezifische Kindernahrung,
Kondensmilch in Dosen (es besteht eine allgemeine Abneigung gegen Milchpulver; das wurde sowohl vom Internationalen Roten Kreuz wie vom Vertreter des Flüchtlingskommissars der UNO und von verschiedenen Verwaltungsstellen des Special Service betont) und in einem beschränkten Umfang auch Fleischkonserven.

Welcher Bedarf hier in Rede steht, wird am besten durch die Ausführungen von Mr. Kelly, dem Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars, dargetan. Der Vertreter des Flüchtlingskommissars hat für die Zeit von September bis Dezember 1974 insgesamt 8,1 Millionen Dollar, das sind also rund 20 Millionen DM, benötigt. Er glaubt, dieselbe Summe von 8 Millionen Dollar bis April 1975 nochmals zu benötigen.

Besondere Hilfsmaßnahmen

Es bleibt jetzt noch auf einige Spezialwünsche einzugehen, die vom zypriotischen Innenministerium und Arbeitsministerium an die Delegation herangetragen wurden.

Hier handelt es sich um die Betreuung von Blinden. Es sind zum Teil ältere Personen, die aus dem heute türkisch besetzten Teil aus einem Heim evakuiert wurden. Weitere Blinde befinden sich unter den Flüchtlingen. Die Präsidentin des Zypriotischen Roten Kreuzes, Frau Soulioti, möchte für sie insbesondere einige Blindenschreibmaschinen und Stenographiermaschinen sowie elektronische Lesegeräte haben.

Andererseits stellte die Delegation fest, daß man Taubstumm und geistig behinderten Flüchtlingen, die zum Teil auf ehemaligen bäuerlichen Grundstücken schon provisorisch untergebracht sind, wesentlich das Los erleichtern würde, wenn man einfaches handwerkliches Gerät für die Fabrikation einfacher Möbel und dergleichen zur Verfügung stellt.

Weitere 2 Mill. DM für Zypern

Die Ergebnisse und Vorschläge der deutschen Delegation wurden dem Unterausschuß Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages schon in seiner Sitzung am 4. Dezember 1974 von Staatssekretär Baum vorgetragen. Mit seiner Unterstützung sind inzwischen weitere 2 Millionen DM zugunsten der Zypern-Flüchtlinge für die erwähnten Bereiche zur Verfügung gestellt worden. Die Bedarfsgüter sind in entsprechendem Umfang zwischenzeitlich beschafft und zum Teil in Gegenwart des deutschen Botschafters auf Zypern an die Notleidenden verteilt worden. Abschließend darf gesagt werden, daß die Delegation mit der schnellen Abwicklung des Programms nach Bewilligung der weiteren Gelder zur Linderung der Not auf Zypern einen wesentlichen Beitrag geleistet hat.

Helmut Freutel/Fotos: Günter Sers

Stichwort: Koordination

In Mettmann (NW) arbeiten Polizei, Feuerwehr und Hilfsdienste in einer gemeinsamen Leitstelle zusammen. Eine bisher einmalige Anlage.

Am 31. Januar wurde in der zum nordrhein-westfälischen Regierungsbezirk Düsseldorf gehörenden Kreisstadt Mettmann eine gemeinsame Leitstelle ihrer Bestimmung übergeben, in der alle Behörden und Institutionen, die zur Hilfe für den Bürger verpflichtet sind, gemeinsam schnell und reibungslos arbeiten können.

In Anwesenheit von Innenminister Weyer, Staatssekretär Nelles, Regierungspräsident Bäumer, Landrat Müser, Oberkreisdirektor Nothnick, Vertretern des Landes, der Städte und Kreise aus Politik und Verwaltung, der Polizei, Feuerwehr, Post, Hilfsorganisationen und des Fernsehens sowie der Presse wurde damit für einen Kreis eine Führungszentrale eingeweiht, die meines Wissens bisher einmalig in der Bundesrepublik ist. Auf Beschluß des Kreistages und mit Unterstützung aller Beteiligten ist in Mettmann eine gemeinsame Leitstelle entstanden, in der Krankentransport, Feuerwehrleitstelle, Katastrophenabwehr und

Polizeileitstelle räumlich zusammenarbeiten und eine optimale Hilfe für alle Notfälle leisten können.

Gesetzliche Verpflichtungen

In der Vergangenheit hat es viele kritische Berichte gegeben, die sich mit der Reformbedürftigkeit des Rettungswesens befaßten. Auf Tagungen von Experten, in Ausschüssen und Gremien verschiedener Zusammensetzung kam man bald zu der Erkenntnis, daß nicht Detailverbesserungen allein, sondern nur ein gründlicher Strukturwandel des öffentlichen Rettungswesens der Problematik gerecht werden kann. Ein Bund-Länder-Ausschuß und die ständige Konferenz „Rettungswesen“ erarbeiteten neben „Grundsätzen zur Verbesserung des Rettungswesens“ als Modell und als Hilfe für eine möglichst harmonische Entwicklung des Rettungsdienstes in den einzelnen Bundesländern das Muster für ein Landesgesetz über den Rettungsdienst.

Nachdem in Bayern ein solches Gesetz bereits am 1. Januar 1974 in Kraft getreten ist, bekam das „Landesgesetz über den Rettungsdienst in Nordrhein-Westfalen“ am 1. Januar 1975 Gesetzeskraft. Danach sind die Kreise und die kreisfreien Städte Träger des Rettungsdienstes und verpflichtet, **Rettungsleitstellen** zu errichten und zu unterhalten.



In Anwesenheit des nordrhein-westfälischen Innenministers Weyer (Mitte), von Regierungspräsident Bäumer (links), Oberkreisdirektor Nothnick und vielen Gästen wurde in Mettmann eine gemeinsame Leitstelle ihrer Bestimmung übergeben.



Landrat Müser (links) — hier zusammen mit Min.-Dirigent Knop, dem Leiter der Abteilung Feuerschutz, Katastrophenschutz, Zivilschutz und Zivilverteidigung, und Min.-Dirigent Ruwe, dem Leiter der Polizeiabteilung beim Innenministerium NW (rechts), — lobte in seiner Ansprache die vorbildliche Zusammenarbeit aller Beteiligten.

Der Kreis Mettmann ist im Bundesland NW der erste Kreis, der dieser Verpflichtung bereits vier Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes nachgekommen ist.

Sehr bald, wahrscheinlich schon zum 1. März dieses Jahres, wird auch in Nordrhein-Westfalen ein „Feuerschutz- und Hilfesgesetz“ wirksam werden, das die Kreise verpflichtet, eine **Feuerwehrleitstelle** einzurichten.

Die Hauptverwaltungsbeamten der kreisfreien Städte und der Landkreise müssen nach dem „Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes“ und nach den Bestimmungen der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die Organisation des Katastrophenschutzes“ zu ihrer Beratung einen Stab bilden, der sie bei der Überwachung und Führung der Einheiten und Einrichtungen unterstützt.

Dieser Stab soll Teil der nach Landesrecht gebildeten **Katastrophenschutzleitung**, im Verteidigungsfall Teil der zivilen Verteidigungsorganisation sein. Diese Aufgabe obliegt im Kreis Mettmann ebenfalls dem Oberkreisdirektor. Der Oberkreisdirektor ist in Mettmann auch Polizeichef

und Chef aller Verwaltungszweige. Da die Polizei verpflichtet ist, eine **elektronische Datenstation** einzurichten und zu unterhalten, mit Verbindung zum Landeskriminalamt und anderen Behörden, fällt auch diese Aufgabe in die Kompetenz des OKD.

Als Polizeichef hat er ferner eine **Polizeieinsatzleitstelle** einzurichten und zu unterhalten.

Weiterhin verpflichtet ihn das Rettungsgesetz einen zentralen **Krankenbettennachweis** zu führen, eine Angelegenheit, die in lebensbedrohlichen Situationen Kranker und Verletzter von äußerster Wichtigkeit ist.

Alle diese Aufgaben unter einen Hut zu bringen, war bestimmt kein leichtes Unterfangen. Zumal die Kompetenzen in den einzelnen Gebieten wild durcheinander gehen. Doch in Mettmann ist es, dank der Initiative einzelner und des guten Willens aller, gelungen, Rettungsleitstelle, Feuerwehrleitstelle, Katastrophenabwehrleitung, elektronische Datenstation, Polizeieinsatzleitstelle und zentralen Bettennachweis zu einer zentralen Leitstelle zusammenzufassen.

Die Polizei mit ihrem eingespielten, straff organisierten und gut ausgerüsteten Apparat hat die Dienstaufsicht in der gemeinsamen Leitstelle, die dem Direktor der Schutzpolizei untersteht. Die Fachaufsicht üben aus: für die Leitstelle der Feuerwehr der Kreisbrandmeister, für den Rettungsdienst der Leiter der Katastrophen-

abwehr, für die Leitstelle der Polizei der Leiter der Schutzpolizei, für die Datenstation der Leiter der Kriminalpolizei. Der Rettungsdienstbereich ist deckungsgleich mit dem Kreis Mettmann, in dem 430 000 Einwohner leben. Am Rettungswesen selbst sind alle Hilfsorganisationen beteiligt. Um auch die personelle Effektivität der

Rettungsleitstelle zu gewährleisten, hat der Kreis sechs Angestellte (zwei von der Feuerwehr, zwei vom DRK und zwei von der JUH) eingestellt. Die Kosten für Bau, Umbau und Einrichtung der gemeinsamen Leitstelle, die im Hause der Kreispolizei untergebracht ist, belaufen sich auf etwa 500 000,— DM.



Schutzpolizeidirektor Franzen gab den versammelten Gästen in einem Dia-Vortrag einführende Erläuterungen über Aufbau und Funktion der neuen gemeinsamen Leitstelle.

Beim Rundgang durch die Leitstelle konnten sich Innenminister Weyer und seine Begleitung von der technischen Perfektion der Einrichtung überzeugen.



Im Führungsraum der neuen Anlage demonstrierte Hauptkommissar Stolz die modernen Mittel der Nachrichtentechnik sowie die Einrichtungen, die einem hier arbeitenden Stab notwendige Informationen und Orientierungshilfen vermitteln.

Die Bedeutung der Rettungskette für den Verletzten

Sieht man einmal von der neuen räumlichen und organisatorischen Zusammenfassung ab, sind die Leitstellen der Feuerwehr und der Polizei altbewährte Einrichtungen, die nun lediglich mit neuem und hochmodernem Gerät ausgerüstet wurden. Neu sind die Rettungsleitstelle und die Katastrophenabwehrleitstelle. Dabei spielt die Rettungsleitstelle bezüglich der sogenannten Rettungskette eine bedeutende Rolle. Die moderne Wissenschaft hat wirksame Möglichkeiten eröffnet, um bei medizinischen Notfällen lebensrettend eingreifen zu können. Es hat lange gedauert, bis man die mit der Atmung und dem Kreislauf verbundenen Vorgänge im menschlichen Körper bis in alle Einzelheiten erforscht hatte, um aus den gewonnenen Erkenntnissen Schlüsse für solche Maßnahmen zu ziehen, die es ermöglichen, die vitalen Funktionen zu

erhalten oder wiederherzustellen. Heute versteht man unter einem modernen Rettungswesen das funktionale Ineinandergreifen verschiedener Bereiche (Sofortmaßnahmen am Unfallort und Erste Hilfe, Notrufmeldesystem, organisierter Rettungs- und Krankentransportdienst, Krankenhausversorgung), für die der Begriff „Rettungskette“ allgemein anerkannt ist. Ist der praktische Teil der Fürsorge für den Unfallverletzten schon von großer Bedeutung, so spielt der organisatorische Teil ebenfalls eine wesentliche Rolle. Dazu gehört u. a. auch die Einrichtung einer ständig besetzten Rettungsleitstelle in jedem Rettungsdienstbereich, die grundsätzlich die Einsätze des Rettungsdienstes leitet und koordiniert, einen zentralen Bettennachweis führt sowie das Zusammenwirken des Rettungsdienstes mit anderen Einrichtungen (Polizei, Feuerwehr, ärztlicher Bereitschaftsdienst, Krankenhaus) sicherstellt. Dazu gehört auch die Ein-



Staatssekretär Nelles (rechts) vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, das oberste Aufsichtsbehörde des Rettungsdienstes in NW ist, begleitete Minister Weyer auch bei der Besichtigung der aufgestellten Feuerwehr- und Sanitätsfahrzeuge.

richtung der erforderlichen Anzahl von Rettungswachen, deren Standorte — nach den Forderungen des erwähnten Bund-Länder-Ausschusses und der ständigen Konferenz „Rettungswesen“ — so gewählt werden müssen, daß jeder Punkt ihres Einsatzbereiches in der Regel in 10 Minuten erreicht werden kann.

Koordinierende Rettungsleitstelle

Eine gut funktionierende Rettungsleitstelle kann entscheidend dazu beitragen, daß die „Rettungskette“ kontinuierlich eingehalten wird. Sie kann auch mit dazu beitragen, daß die Glieder dieser Kette in ihrer Wirkung aufeinander abgestimmt werden, daß darüber hinaus alle Glieder der Versorgungskette den notfallmedizinischen Forderungen entsprechen, damit einmal eingeleitete lebensrettende Sofortmaßnahmen auch nicht nur vorübergehend aus organisatorischen Gründen unterbrochen oder mit

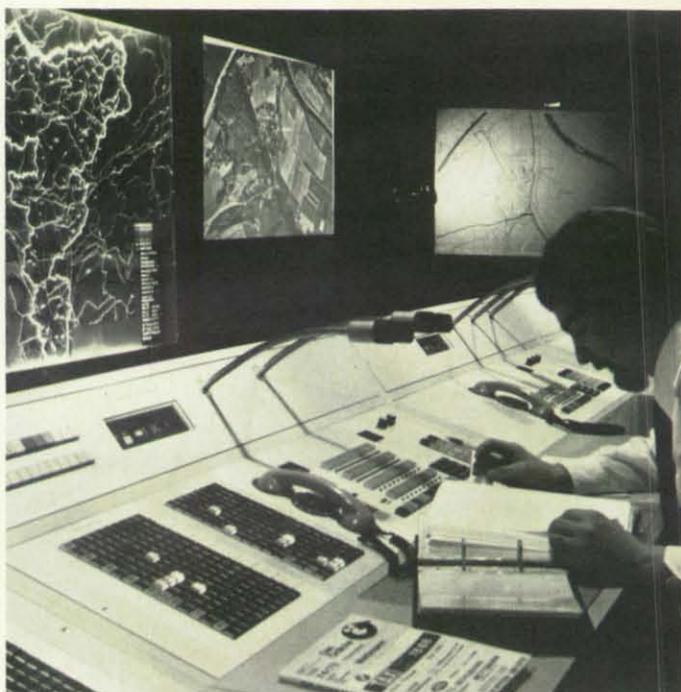
ungeeigneten Mitteln fortgesetzt werden müssen. Denn dies würde in vielen Fällen das Überleben der Notfallpatienten gefährden.

Für höchste Ansprüche

Qualität und Effektivität neuzeitlicher Fernmelde-mittel machen es möglich, daß Rettungsleitstellen ständig erreichbar sind, daß sie alle Einsatzaufgaben annehmen und die Einsätze der beweglichen Rettungsmittel in ihrem Zuständigkeitsbereich koordinieren können. Über Funk und Draht können sie den im Rettungsdienst tätigen Personen während der Einsatzbereitschaft und des Einsatzes Weisungen erteilen sowie deren Funkgespräche und Einsatzfahrten laufend überwachen. Hierzu stehen in der gemeinsamen Leitstelle in Mettmann im Einsatzraum, in dem rund um die Uhr Dienst gemacht wird, für alle hier arbeitenden Leitstellen Funkkommandotische zur Verfügung, die einen optimal kurzfristigen und koordinierenden Einsatz



Blick in die gemeinsame Leitstelle, in der alle Behörden und Institutionen, die zur Hilfe für den Bürger verpflichtet sind, schnell und reibungslos zusammenarbeiten können.



Die Verwendung von farbigen Dias und Luftbildern sowie von Leuchttafeln im direkten Sichtbereich der Diensttuenden unterstützt bei allen Arten von Notfällen die Leitung des eingesetzten materiellen und personellen Potentials.

aller Rettungsmittel gewährleisten. Diese Fernmeldebetriebstische sind nach modernsten Grundsätzen gebaut. Ihre gesamte Instrumentierung ist übersichtlich angeordnet. Der ausgereifte technische Stand erfüllt zusammen mit den Vorzügen mehrfarbiger Tableaus und ausgeklügelter Zahlensysteme höchste Anforderungen, wodurch die physische und psychische Beanspruchung der Bedienenden merklich erleichtert wird.

Zentraler Krankenbettennachweis

Eine Verteilung der Notfallpatienten auf entsprechende Kliniken kann nur dann ohne Zeitverlust erfolgen, wenn die Leitstelle einen zentralen Krankenbettennachweis führt. Dieser muß sich außer auf die allgemeinen Krankenhäuser auch auf Spezialkliniken, Vergiftungs-, Verbrennungs- und Blutspendezentralen erstrecken. Das Landesgesetz über den Rettungsdienst in Nordrhein-Westfalen schreibt dies aus-

drücklich vor. Es heißt dazu in § 6 Abs. 3 und 4:

„(3) Die Leitstelle hat einen Zentralen Krankenbettennachweis zu führen. In ihm werden alle erforderlichen Angaben erfaßt, insbesondere alle Betten, nach Fachabteilungen gegliedert, die von den Krankenhäusern des Gebiets des Trägers als frei gemeldet worden sind. Die Leitstelle erteilt über die freien Betten bei Bedarf Auskunft. Kann sie kein freies Bett nachweisen, ermittelt sie die bei den benachbarten Leitstellen als frei gemeldeten Betten.

(4) Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales regelt im Einvernehmen mit dem Innenminister nach Anhörung des Beirates gemäß § 10 des Gesetzes über die Organisation der automatisierten Datenverarbeitung in Nordrhein-Westfalen vom 12. Februar 1974 (GV NRW S. 66) die Anwendung automatisierter Verfahren für die Führung und Benutzung des Zentralen Krankenbettennachweises,



Das Innere eines Funkkommandotisches wird überprüft. Der ausgereifte technische Stand des gesamten Instrumentariums verleiht der gemeinsamen Leitstelle ein Höchstmaß an Effektivität.



Die Koordination aller Hilfsaufgaben durch eine räumliche und organisatorische Zusammenfassung aller Leitstellen zu einer gemeinsamen Leitstelle soll dazu beitragen, daß man den Gefahren im Kreisgebiet rascher und wirkungsvoller entgegenzutreten kann.

soweit die erforderlichen technischen Voraussetzungen gegeben sind.“

Die Rettungsleitstelle in Mettmann hat Direktleitungen zu Krankenhäusern. Zweimal täglich werden die Daten zur Führung des Bettennachweises abgerufen und in vorgedruckte Formulare eingetragen.

Die Katastrophenabwehrleitung

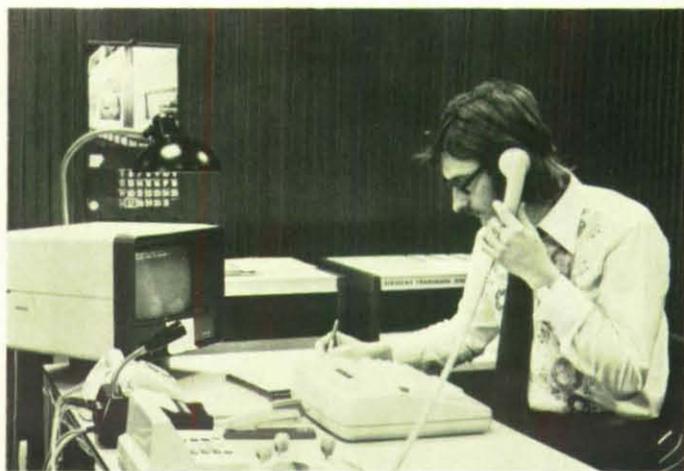
Der Fernmeldebetriebstisch der Katastrophenabwehrleitung ist einsatzbereit, aber nicht ständig besetzt. Die gemeinsame Leitstelle bietet den Vorteil, daß im Falle einer Katastrophe der Tisch sofort von einem der Diensttuenden besetzt werden kann, bis die zuständige Person des Katastrophenschutzes eintrifft.

Im Ernstfall würde der Katastrophenschutz auch von der modernen Ausstattung des Einsatzraumes profitieren, in dem sich im direkten Sichtbereich für alle Diensttuenden Projektionswände und Leuchttafeln befinden. Die Grundkarte des Kreisgebiets ist in 80 Ausschnitte eingeteilt. Die einzelnen Ausschnitte können als Dias farbig auf eine Tafel projiziert werden. Von

jedem Kartenausschnitt gibt es unter der gleichen Nummer ein Luftbild des Gebietes. Anhand von Kartenausschnitten und Luftbildern, auf zwei nebeneinanderliegende Tafeln projiziert, können z. B. Einsatzfahrzeuge und Rettungshubschrauber, aber auch Personal zu allen Orten und Stellen geleitet werden, denn alle Polizei-, Rettungs-, Feuerwehr- und Katastrophenschutz-einheiten arbeiten mit den gleichen Unterlagen. Der Pilot eines Polizei- oder Rettungshubschraubers sieht aus der Luft unter sich fast das gleiche Bild, wie es der Diensttuende auf dem Luftbild sieht. Daß dies für die Leiter aller Dienste eine großartige Entscheidungshilfe ist, liegt auf der Hand. Die Grundkarten selbst geben für alle Dienste ein Höchstmaß an Information und Orientierungshilfe, was die Kreispolizeibehörde, die täglich mit diesen Unterlagen arbeitet, aus bester Erfahrung bestätigen kann.

Im Falle von Katastrophen

Gleich neben der gemeinsamen Leitstelle befindet sich der Führungsraum, der ebenfalls mit allen modernen Mitteln der



Die elektronische Datenstation mit direkten Verbindungen zum Landeskriminalamt, Straßenverkehrsamt und anderen Behörden ist mit allen ihren Vorzügen in die gemeinsame Leitstelle integriert worden.

Nachrichtentechnik ausgestattet ist. Je nach Bedarf können sich hier die Führungsstäbe der Polizei oder des Katastrophenschutzes zusammensetzen. Nach dem KatSG und der KatS-Organisation-Vwv hat der Hauptverwaltungsbeamte zu seiner Beratung einen Stab zu bilden, der ihn bei der Überwachung und Führung der Einheiten und Einrichtungen unterstützt. Dem Stab gehören Angehörige der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen an. Von jeder Organisation und bei Bedarf für jeden von ihr wahrgenommenen Fachdienst ist ein Mitglied aufzunehmen. Diese Mitglieder sollen von ihrem Fachdienst als Führer ausgebildet sein. Im Falle einer Katastrophe tritt dieser Stab zusammen. Er muß seine Aufträge erkennen, über die Gefahrenlage und Katastrophensituation Bescheid wissen, über die Zahl der Toten und Verletzten informiert werden und für alle anfallenden Aufgaben Lösungsmöglichkeiten finden. Erst nach der richtigen Beurteilung der Lage kann die Katastrophenabwehrleitung im Rahmen der organisatorischen Voraussetzungen die zur Verfügung stehenden Kräfte und Einsatz-

mittel schnell und zweckentsprechend verwenden. Der Mettmanner Führungsraum ist in Verbindung mit den anderen Einrichtungen der gemeinsamen Leitstelle so ausgestattet, daß ein Stab zur Beurteilung der Schadenswirkungen und -ausmaße alle Erkundungsergebnisse auswerten sowie bei dem nachfolgenden Einsatz der Hilfsorganisationen eine effektive Nutzung des materiellen und personellen Potentials gewährleisten kann.

Schlußbetrachtung

Mit der gemeinsamen Leitstelle in Mettmann erhält dieser Kreis ein zentrales Schaltorgan für sämtliche Dienste, die dem Bürger in Notfällen beistehen, sei es bei Unfällen, Massenkarambolagen, Flugzeug- oder Bahnunglücken, Bränden und Explosionen, Epidemien oder Naturkatastrophen. Hier sind alle Lenkungs-, Leitungs- und Koordinierungsbefugnisse gebündelt. Die Schöpfer dieses Organisationsgefüges erhoffen sich davon eine bessere Bewältigung der spezifischen Aufgaben. Die Zukunft wird zeigen, ob die rauhe Wirklichkeit den Vorstellungen der Planer gerecht wird.

Hochwasser-Alarmzug des THW Rheinland-Pfalz

Übungsschauplatz: Der Rhein

Text: Gerhard Schmidt / Fotos: Kurt Hilberath und Georg Kremer

Der Landtag von Rheinland-Pfalz hat am 12. Dezember 1974 das Rettungsdienstgesetz verabschiedet. Darin wird die Einrichtung des Rettungsdienstes im Lande geregelt, der lebensbedrohlich Verletzte oder Kranke lebensrettenden Maßnahmen zuführen soll. Die geographische Lage des Landes Rheinland-Pfalz bringt es mit sich, daß nicht selten der zu rettende Personenkreis auf dem Wasser oder durch Wasser in eine Notlage geraten war.

Um den Gesetzgeber noch vor der Verabschiedung des Gesetzes darauf aufmerksam zu machen und die Möglichkeiten aufzuzeigen, die das Technische Hilfswerk auf Grund seiner Ausstattung und Ausbildung zur Rettung aus Wassergefahren besonders befähigt, führte der Landesverband in Mainz eine Einsatzübung seines Hochwasser-Alarmzuges auf dem Rhein durch. Dabei sollte gezeigt werden, wie größere Gruppen vom Hochwasser eingeschlossener Personen, darunter Frauen und Kinder, Verletzte und Kranke, in kurzer Zeit aus ihrer Notlage befreit und den Sanitätsorganisationen zu angemessener Versorgung und Betreuung zugeführt werden können.

Unter den zahlreichen Gästen konnte Landesbeauftragter Drogies begrüßen: mehrere Abgeordnete des Landtages, insbesondere Mitglieder des mit der Beratung des Rettungsdienstgesetzes befaßten Innenausschusses, den Leiter und weitere



Die Amphibienfahrzeuge des Hochwasser-Alarmzuges Rheinland-Pfalz fahren zur Übung am Rheinufer auf.



Im Rückwärtsgang ins nasse Element — Treppen sind kein Hindernis.

Mitarbeiter der Abteilung Katastrophenschutz im Innenministerium, von der Bundeswehr den Befehlshaber des Wehrbereiches IV, den Standortkommandanten von Mainz, Vertreter des Polizeipräsidiums, der Wasserschutzpolizei, der Wasser- und Schifffahrtsdirektion, der Feuerwehr und der Sanitätsorganisationen sowie den Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk.

Vor den Augen dieser interessierten und fachkundigen Beobachter begann die Übung damit, daß vier Amphibienfahrzeuge über die Ufertreppe zu Wasser gingen und gemeinsam mit den 10 aubo-angetriebenen Übersetzbooten des Alarmzuges zur gegenüberliegenden Insel Petersau fuhren. Während zwei Boote zur eigenen Sicherung eingesetzt wurden, übernahmen die übrigen Fahrzeuge die auf der Insel vom Hochwasser „Eingeschlossenen“. Die Verletzten wurden auf Tragen von geschulten Helfern des DRK betreut und auf die dafür besonders geeigneten Amphibienfahrzeuge verladen. Im rollenden Einsatz brachten die Fahrzeuge alle zu rettenden Personen zurück an das sichere Ufer.

In weniger als 30 Minuten wurden so über 80 vom Hochwasser bedrohte Personen gerettet, dargestellt von Helfern der benachbarten Ortsverbände, Junghelfern des DRK und Bundeswehrsoldaten, die zum Katastrophenschutz abkommandiert waren.

Der hochwasserführende Rhein und das stürmische Wetter gaben einen passenden Rahmen für die Übung.

MdL Kutscheid würdigte anschließend die eindrucksvoll demonstrierte Leistungsfähigkeit des Alarmzuges und dankte den ehrenamtlichen Helfern für

die stete Einsatzbereitschaft. Er betonte, daß es für den Gesetzgeber beruhigend sei zu wissen, daß mit dem Technischen Hilfswerk eine Organisation mit gut ausgebildeten

Helfern und ausreichender Ausstattung zur Verfügung steht. Die fachkundigen Gäste lobten den guten Ausbildungsstand der Helfer, der sich in der sicheren

Beherrschung ihrer Fahrzeuge bei den schweren Strömungs- und Witterungsbedingungen und im disziplinierten Fahren auf dem verkehrsreichen Gewässer gezeigt hat.



Die Mehrzweckboote des THW kreuzen bei der Übung auf dem Rhein.



Gleich werden die vom Hochwasser Bedrohten wieder festen Boden unter den Füßen haben.

Otto Helmrich

Soforthilfe für Pakistan

Abflug 3. Januar, 3 Uhr

Nahrung, Bekleidung, Zelte und Sanitätsmaterial ins Erdbebengebiet geflogen

Während sich ein arbeitsreiches Jahr für das Einsatzreferat des THW, das im Bundesamt für Zivilschutz für die Durchführung der deutschen humanitären Hilfsmaßnahmen im Ausland zuständig ist, seinem Ende näherte, unterbrachen die Meldungen über die Erdbebenkatastrophe in Pakistan die Feiertagsruhe.

Infolge der anfänglich spärlichen Berichterstattung aus dem Katastrophengebiet sah eine eigene gedankliche Beurteilung der Lage keine besonderen Maßnahmen vor, denn das Fernsehen und die Tageszeitungen nannten in ihren ersten Berichten 300 Todesopfer. Am schwersten von der Katastrophe war der

10 000 Einwohner zählende Ort Pattan und neun umliegende Ortschaften am Karakorum-Gebirge, 350 Kilometer nördlich von der Hauptstadt Rawalpindi, betroffen. Die pakistanischen Behörden schlossen jedoch nicht aus, daß sich die Zahl der Todesopfer noch vervielfachen würde. Die Berichte der nachfolgenden Tage zeigten, daß sich die Befürchtungen bewahrheiteten, zumal auch der pakistanische Staatspräsident Bhutto sich an die Weltöffentlichkeit wandte und auf die Katastrophe in seinem Lande hinwies.

Bei der Abfassung dieses Artikels lag folgender Stand nach offiziellen Angaben pakistanischer

Stellen vor:

5300 Tote und 17 000 verletzte Personen.

Die Dauer des Bebens wurde mit 24 Stunden angegeben, wobei in dieser Zeit etwa 1200 Erdstöße registriert wurden. Offizielle Angaben über die Anzahl der zerstörten Gebäude wurden nicht gemacht. Es muß angenommen werden, daß bei der in Pakistan vorherrschenden Bauart und der veröffentlichten Bilder aus dem Katastrophengebiet der größte Teil der Gebäude totale oder schwerste Zerstörungen aufweist.

Am Morgen des 2. Januar 1975 erhielt das BZS bereits Informationen, daß mit einer Hilfeleistung für

Pakistan zu rechnen sei. Die Vorstellungen des Auswärtigen Amtes und des Innenministeriums lagen im Bereich einer Soforthilfe zur Linderung der ersten Not und der Versorgung verletzter Personen. Vor Beginn der entsprechenden Maßnahmen mußte festgestellt werden, wie die Hilfsgüter auf schnellstem Wege in das Katastrophengebiet gelangen können.

Die Flugbereitschaft des Bundesministers für Verteidigung konnte — wie so oft schon — kurzfristig eine Boeing 707 mit dem offiziellen Kennzeichen 10 + 03 „August Euler“ zur Verfügung stellen. Als Abflugzeit wurde der 3. Januar 1975, 3.00 Uhr Ortszeit ab Flughafen Köln-Bonn, vorgesehen.

Um die Ladekapazität von etwa 30 Tonnen zu nutzen — eine Startverschiebung war aus flugterminlichen Gründen nicht möglich —, galt es, die zur Verfügung stehenden Bestände an Hilfsgütern, eventuell aus anderen Beschaffungsmaßnahmen, zu überprüfen. Im einzelnen handelte es sich um:

- Zelte zur Unterbringung von Obdachlosen unter Berücksichtigung der klimatischen Verhältnisse
- Milchpulver bzw. Nahrungsmittelkonzentrate und Zucker
- warme Bekleidung
- Antibiotika, Impfstoffe, Schienen und Verbandstoffe für die ärztliche Versorgung verletzter Personen
- Trinkwasserentkeimungstabletten bzw. Trinkwasseraufbereitungsanlagen 200 l/h.



Schwerste Zerstörungen richtete das Erdbeben in den Orten am Karakorum-Gebirge in Pakistan an.



Hubschrauber der pakistanischen Luftwaffe stellten die einzige Verbindung zu den betroffenen Gebieten her.

Da das Einsatzreferat des THW kurzfristig diese Aufgaben nicht allein wahrnehmen konnte, wurden weitere Fachreferate des BZS hinzugezogen. Die Ermittlungen über die zu beschaffenden Hilfsgüter, insbesondere der Nahrungsmittel und Medikamente, bereiteten viel Kopfzerbrechen, da alle in Frage kommenden Hersteller nach den Feiertagen ihre Produktion gedrosselt hatten und außerdem ihre Lagerbestände ziemlich reduziert waren. So wurden dem Bundesinnenministerium Hilfsgüter aus den Beständen der eigenen Lagerhaltung für den Zivil- und Katastrophenschutz angeboten.

Damit konnten wegen der Eile vorab folgende Hilfsgüter der Bundesregierung kurzfristig als erste Sendung für Pakistan zur Verfügung gestellt werden:

- 4,5 t Großzelte (44 Einheiten)
- 8,5 t Sanitätsmaterial
- 1,5 t Verbandstoff.

Die restliche Ladekapazität der Maschine wurde für Hilfsspenden des Deutschen Caritasverbandes und des Deutschen Diakonischen Werkes bereitgestellt.

Am Nachmittag erhielten der THW-Landesverband Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf und das THW-Gerätelager die Weisung, die Hilfsgüter aus den einzelnen Lagern abzuholen und zum Flughafen Köln-Bonn zu transportieren.

Bis 21.00 Uhr trafen alle angeforderten Hilfsgüter beim Luftwaffen-Umschlagzug in Köln-Wahn ein. Die Luftwaffensoldaten dieses Zuges übernahmen die Hilfsgüter und bereiteten sie sofort für die Verlastung in der Boeing vor. Am nächsten Morgen gegen 02.30 Uhr, die Besatzung hatte bereits die Maschine übernommen, wurden die letzten Packstücke im Flugzeug verstaut.

Neben den Hilfsgütern der Bundesregierung verschwanden folgende Güter der caritativen Verbände im Bauch der Boeing:

- 10 t Kindernahrung
- 1 t Bekleidung
- 0,5 t Wasserentkeimungstabletten
- 10 000 Stück Woldecken.

Mit mehr als 31 Tonnen Hilfsgütern für Pakistan im Rumpf hob gegen 3.00 Uhr die Maschine von der Rollbahn ab. Während für die Flugzeugbesatzung bereits ein neuer Tag anbrach,

konnten die Angehörigen des Umschlagzuges ihr Arbeitspensum beenden. Abschließend soll bei dieser Gelegenheit allen Dank gesagt werden, die das

THW im Rahmen dieses humanitären Auftrags unterstützt haben. Ohne diese Unterstützung wäre es nicht möglich gewesen, alle Aufgaben zu erfüllen.

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Beim

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, sind zwei Stellen für

Leiter der Fachgebiete Öffentlichkeitsarbeit

in den Landesstellen Niedersachsen in Hannover ab sofort und Baden-Württemberg in Stuttgart ab 1. Juli 1975

zu besetzen.

Gesucht werden Mitarbeiter(innen), die Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutz durch Ausstellungen, Vorträge, Diskussionen und sonstige PR-Maßnahmen überzeugend darstellen können. Insbesondere sollen sie den Kontakt mit Presse, Hörfunk und Fernsehen pflegen. Bewerber mit entsprechenden Fachkenntnissen werden bevorzugt. Auch Journalisten und PR-Fachleute können sich bewerben; fehlendes Fachwissen wird vermittelt.

Geboten werden: Vergütung nach Verg.-Gr. IV a BAT, zusätzliche Altersversorgung, Beihilfe in Krankheits- und Unterstützung in Notfällen; Zuschuß zum Mittagessen, Trennungsgeld und Umzugskostenerstattung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen (wird auf Anforderung übersandt), handgeschriebenem Lebenslauf, Zeugnissen und Lichtbild aus neuester Zeit werden bis zum 15. März 1975 erbeten an

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ

— Bundeshauptstelle —

5000 Köln 41, Eupener Straße 74

Telefon: 02 21/49 50 71 App. 345

Niedersachsen fördert den Selbstschutz

Wir müssen vorsorgen!

Innenminister Rötger Groß sprach in Hameln vor Mitarbeitern des BVS



Rötger Groß, Innenminister des Landes Niedersachsen, sprach in Hameln vor Mitarbeitern des BVS über aktuelle Fragen des Selbstschutzes.

„Selbstschutz als freiwillige und humanitäre Aufgabe“ — so könnte die Informationsveranstaltung des Bundesverbandes für den Selbstschutz überschrieben gewesen sein, die am 8. Januar in Hameln stattfand. Der Innenminister des Landes Niedersachsen, Rötger Groß, hielt vor den Dienststellenleitern und ehrenamtlichen Mitarbeitern des BVS. Vertretern der Landes- und Bezirksregierung Hannover, des Landkreises Hameln-Pyrmont, der Stadt Hameln sowie der Hilfsorganisationen eine grundsätzliche Rede und äußerte sich aus der Sicht der Landesregierung zu den Fragen des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes. Groß, der als Bundestagsabgeordneter Vorstandsmitglied des BVS war, betonte besonders die Rolle des BVS bei der Bewältigung des Auftrages, die Bevölkerung über die Katastrophengefahren in Frieden und Krieg zu unterrichten.

Bekanntnis zur Selbsthilfe

BVS-Landesstellenleiter Edgar Sohl sagte in seinen einleitenden Worten:

„Die praktische Arbeit des BVS läßt klar erkennen, daß der Bürger auch in diesem Land heute bereit ist, selbst etwas dazu beizutragen, um sich selbst, seiner Familie und anderen bei Unglücksfällen, Katastrophen und in allgemeinen Notzeiten zu helfen. Ich möchte soweit gehen, daß zumindest Tendenzen erkennbar werden, den Ruf nach Hilfe durch den Staat in vielen Fällen zu ersetzen durch ein Bekenntnis zur aktiven Selbsthilfe, die durchaus — wenn man es auch nicht überbewerten darf — heute schon Merkmale eines Selbstschutzes erkennen läßt, nämlich das Bemühen zum gegenseitigen Helfen und Unterstützen bei Gefahr aus eigener Einsicht und aus eigenem Antrieb“.

Selbstschutz – humanitäre Aufgabe

Die anschließende Rede des niedersächsischen Innenministers zeigt deutlich, welchen Wert die Landesregierung der Arbeit des BVS beimißt. Groß sagte zu den wesentlichen Problemen u. a.: „Die Landesregierung sieht die Aufgabe des Selbstschutzes als eine zuvörderst humanitäre Aufgabe an. Ich betone das deshalb, weil diese Aufgabe Selbstschutz in Verbindung gebracht wird mit Erinnerungen an den letzten Krieg, an Luftschutz, und da hat nicht jeder freundliche Erinnerungen. Diese Tätigkeit Selbstschutz wird häufig in der Öffentlichkeit so verstanden, als ob hier das Risiko einer kriegerischen Auseinandersetzung bagatellisiert würde, weshalb ein solches Tun eigentlich abzulehnen sei. Ich wiederhole deshalb: Es handelt sich beim Selbstschutz um eine humanitäre Aufgabe — und ich möchte hinzufügen —, um eine Aufgabe der Friedenssicherung. Nur der, der durch intensive Beschäftigung mit den Risiken und den Folgen irgendwelcher Katastrophen sich auseinandergesetzt hat, wird auch in vollem Umfang ermessen können, welche Schrecken über die Menschen kommen kann, wenn solche Katastrophen, seien sie kriegerischer Art oder hätten sie

andere Ursachen, eintreten. Er wird sich von daher verpflichtet fühlen, nicht nur für den Selbstschutz einzutreten, sondern sich auch sonst bemühen, solche Katastrophen zu verhindern.

Der zivile Auftrag

Aber um den Selbstschutz nicht allein auf dieses Gebiet zu konzentrieren, möchte ich hinzusetzen, daß wir ganz bewußt hier von Selbstschutz gegenüber allen Katastrophen sprechen. Wir haben nicht ausschließlich eine kriegerische Auseinandersetzung im Auge, die vielleicht im Augenblick weniger wahrscheinlich erscheinen mag als noch vor einigen Jahren. Wir erfahren ja täglich, welche zivilen Katastrophen über uns hereinbrechen können. Das reicht vom Hochwasser über Erdbeben hin bis zu Katastrophen, die sich vielleicht aus irgendwelchen Versorgungsschwierigkeiten ergeben können. Alle diese Fälle sind in einer sehr kompliziert gewordenen Gesellschaft immer leichter denkbar. Ein kleiner Schritt kann hier lawinenartige Folgen nach sich ziehen. Um so wichtiger ist es, von einer Fülle von Bürgern zu wissen, die helfen können — in den verschiedensten Organisationen, die — so hoffe ich — immer in einem edlen Wettstreit um eine gemeinsame Sache stehen. Die erschreckenden Unfallziffern im Straßenverkehr, am Arbeitsplatz, im Haushalt, beim Sport, in der Freizeit erinnern uns immer wieder daran, daß gar nicht genug zur Rettung von Menschenleben getan werden kann. Natürlich kann der Selbstschutz, also auch die Selbsthilfe, die professionelle Hilfe des Arztes, der Feuerwehr oder anderer fachlicher Einsatzkräfte nicht ersetzen oder überflüssig machen. Ich hielte es auch für schlecht, wenn die eine oder andere Organisation eifersüchtig darauf bedacht wäre, ihren Bereich abzugrenzen — vielleicht in der unbegründeten Furcht, der eine könnte dem anderen etwas wegnehmen. Ich meine, daß in der Bundesrepublik für alle Organisationen Platz ist für

eine Tätigkeit in einem jeweils spezifischen Bereich. Unser Problem wird eher sein, alle die Aufgaben bewältigen zu können und jeweils dafür Leute zu finden, anstatt nun darüber nachzudenken, wie wir möglichst alles in einen Topf werfen können. Vorstellungen von einer Vereinheitlichung all dieser Organisationen scheinen mir eine Art Zwangsvorstellung zu sein, die im Grunde nur jemand hegen kann, der die Vielfalt der Aufgaben und auch der Traditionen und das Selbstverständnis der Bürger in diesen Organisationen nicht im einzelnen kennt.

Selbstschutz nicht zu ersetzen

Aber kommen wir zurück: Es kann der Selbstschutz die Hilfe der fachlich speziell dafür Ausgebildeten nicht ersetzen. Aber gerade die allererste Hilfe kann es sein, die unmittelbar lebensrettend wirkt oder z. B. eine Katastrophe im Entstehen bekämpft. Und hier zeigt sich, wie wichtig der Selbstschutz ist, denn je mehr Leute im Selbstschutz ausgebildet sind, desto schneller kann man natürlich schon im Entstehen, durch ganz schnelles Zugreifen, ein Unglück verhindern. Die amtlichen Organisationen brauchen natürlich immer eine gewisse Vorlaufzeit. Dies ist keine Kritik, dies ist ganz zwangsläufig — man kann nicht immer überall gleichzeitig sein.

Das Prinzip der Freiwilligkeit

Damit bin ich bei der besonderen Aufgabe des Bundesverbandes für den Selbstschutz — und damit auch der Gemeinden. Das Gesetz überläßt es zunächst dem einzelnen Bürger, ob er sich am Selbstschutz beteiligen will oder nicht. Das ist gut so, denn Selbstschutz ist nicht mehr Selbstschutz, wenn er — und sei es auch nur durch moralischen Druck — erzwungen wird. Der einzelne Staatsbürger ist eben rechtlich nicht verpflichtet, sich für den Selbstschutz ausbilden zu lassen oder in seinem Betrieb Selbstschutz zu organisieren und aufzubauen. Dieses Prinzip gilt gleichermaßen für den internen Bereich der Behörden und für die sonstigen öffentlichen Einrichtungen. Andererseits haben die Gemeinden im Bundesgesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes aus dem Jahre 1968 ausdrücklich den Auftrag erhalten, den freiwilligen Selbstschutz der Bevölkerung sowohl in ihren Wohnstätten als auch in ihren

Arbeitsstätten zu fördern. Ungeachtet seiner Ausrichtung auf die Bedürfnisse eines Verteidigungsfalles muß dabei, ich wiederhole das, die naheliegende Aufgabe im Vordergrund stehen, die Bevölkerung zu befähigen, den in unserer Gesellschaft so komplizierten Gefahren und Schäden durch Selbsthilfe wirksam entgegenzutreten zu können. Unter diesem Gesichtspunkt einer ständigen Aktualität sollen vor allem auch die Gemeinden ihre Aufgabe zur Förderung des Selbstschutzes sehen. Ich meine, daß sich die Gemeinden durchweg dieser Aufgabe nicht entzogen haben, sondern daß sie und die Kreise ganz im stillen eine vorzügliche Arbeit geleistet haben — mit Unterstützung und Hilfe des BVS.

Permanente Aufklärung

Der Auftrag aus dem Gesetz dazu ist inzwischen durch Allgemeine Verwaltungsvorschriften des Bundes und durch Ausführungserlasse des Landes im einzelnen geregelt. Dennoch bleibt, das muß man sehen, die Erfüllung schwierig, wird doch nicht weniger verlangt, als unter den weltpolitischen und gesellschaftlichen Bedingungen und unter deren ständigen Änderungen die Einsicht und das Bewußtsein für die Notwendigkeit des Selbstschutzes zu wecken und zu erhalten, und zwar bis zur Bereitschaft des einzelnen, sich einer entsprechenden Ausbildung zu unterziehen. Der Weg von der Erkenntnis zur Tat ist sehr weit. Hier bedarf es eines ständigen Hämmerns. Denn gerade, wenn wir dies nicht ständig tun, könnte in ruhigen Zeiten mancher glauben, daß der Selbstschutzgedanke eigentlich nur eine Funktion der weltpolitischen Situation sei. Damit wäre natürlich der Selbstschutz auf ein Gleis geschoben, auf dem wir und Sie ihn nicht sehen möchten, weil wir eben — ich muß das wiederholen — ihn in erster Linie als Hilfe gegen zivile Unglücksfälle und Katastrophen sehen müssen. Diese Aufgabe aus eigener Kraft und eigenen Mitteln zu erfüllen, werden die Gemeinden in der Regel überfordert sein. Dem ist auch Rechnung getragen. Der BVS mit seinen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kräften steht zur Verfügung. Dafür sind die Gemeinden und die Kreise — und das Land — dankbar.

Bereitschaft wecken

Es ist offenbar ein Wunsch unserer Tage, in erster Linie für den Wohl-

stand und für die Annehmlichkeiten des Lebens Zeit, Kraft und manchmal auch Gesundheit einzusetzen. Diese Bereitschaft besteht vielfach nur begrenzt, wenn es darum geht, vorzusorgen und Gefährdungen des Daseins ins Auge zu fassen — und dafür etwas zu tun. Die Neigung ist noch immer groß, die Augen zu verschließen, aufs Glück zu vertrauen, das man ja bisher gehabt hat, oder das Risikobewußtsein zu verdrängen. Das ändert sich schlagartig in dem Moment, wenn eine Katastrophe irgendeiner Art passiert ist. Und dann ist es häufig so, daß diejenigen, die den Kopf am tiefsten in den Sand gesteckt hatten, diejenigen kritisieren, die sich bisher bemühten, etwas zu tun, aber nur ein geringes Echo fanden. Es beginnt dann jeweils das beliebte Suchen nach dem Sündenbock, statt sich selbst zu fragen, ob man nicht rechtzeitig — gerade zu Zeiten, die ruhig sind — das eine oder andere hätte tun können, um nicht zu sagen, tun müssen. Es geht auch beim Selbstschutzgedanken darum, einen wohlverstandenen Egoismus des einzelnen zu wecken. Es geht bei der Arbeit des BVS darum, die in jedem Menschen schlummernden Kräfte ethischen und humanitären Verhaltens anzusprechen und sie zum Gruppenbewußtsein zu entwickeln.

Staatliches Vorbild

Dieser Aspekt kommt besonders beim Selbstschutz in den Betrieben der Wirtschaft und Behörden zur Geltung. Wenn Bund, Länder und Gemeinden von der Bevölkerung die Bereitschaft zum freiwilligen Selbstschutz erwarten, müssen diese Institutionen selbstverständlich bereit sein, in ihrem eigenen Bereich den Selbstschutz ins Leben zu rufen, ihn ständig einsatzbereit zu halten. Die Dienststellen sind daher auf die freiwillige Mitarbeit ihrer Bediensteten angewiesen. Die Landesregierung hat sich bereits in einem Beschluß vom 15. 2. 1972 ausdrücklich zum Selbstschutz bekannt. Dieser Beschluß sieht vor, daß alle Landesbehörden mit mindestens 15 ständig Beschäftigten einen freiwilligen Behördenselbstschutz unter Zugrundelegung von fachlichen Empfehlungen des Bundes aufzubauen haben. In einem ausführlichen Erlaß vom August 1973 sind die näheren Einzelheiten geregelt. Sowohl im Kabinettsbeschluß als auch in dem Ausführungserlaß wird die Erwartung ausgesprochen, daß die kommunalen Gebietskörperschaften und sonstigen

Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sich dem Vorgehen des Landes anschließen. Dieser Appell ist kürzlich nochmals in einem Erlaß, der auch in den Eilnachrichten des Niedersächsischen Städteverbandes veröffentlicht ist, wiederholt worden. Der personelle Aufbau des Selbstschutzes in den Behörden der Landesverwaltung ist noch nicht restlos zufriedenstellend; von seiten des Landes wird jedoch das mögliche getan. Der bisherige Aufwand zur Beschaffung der persönlichen Ausstattung und der Geräteausrüstung für die Einsatzstärke des Behördenselbstschutzes beträgt seit 1962 immerhin etwa 6 Millionen DM. Sie werden mir wahrscheinlich angesichts des Zahlenrausches in anderen Bereichen entgegenhalten, dies sei nicht sehr viel, aber wir müssen es eingeordnet sehen in die Prioritäten, die sonst noch im politischen Bereich gesetzt werden.

Der BVS hat sich bewährt

Die Selbstschutzgrundausbildung durch den BVS im Rahmen des Behördenselbstschutzes konnte im Zusammenwirken zwischen der nach dem Kabinettsbeschluß zum Aufbau des Selbstschutzes verpflichteten Behörde und dem kommunalen Zivilschutzamt in vielen Fällen abgeschlossen werden. Ausbildungsangebote des BVS für die weiterführende Fachausbildung der Einsatzkräfte werden von den Gemeinden im Rahmen ihrer Ausbildung zur Förderung des Selbstschutzes vermittelt. Es bleibt zu hoffen, daß sich genügend Behördenbedienstete freiwillig bereitfinden und sich dieser Ausbildung zur Vorbereitung auf ihre Aufgaben für den Sanitätsdienst, Brandschutz oder Bergungsdienst unterziehen. Der BVS mit seinen zahlreichen ehrenamtlichen Helfern, die sich besonders auf dem Gebiet der Ausbildung betätigen, hat hier wertvolle Arbeit geleistet. Er hat hierzu einen speziellen gesetzlichen Auftrag in dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes bekommen. Die hervorragende fachliche Qualifikation seiner Mitarbeiter hat sich immer wieder in allen Ausbildungsfragen bewährt.

Sicherheitsbewußtsein entwickeln

Das Land Niedersachsen ist an dem weiteren Ausbau aller humanitären Vorsorgemaßnahmen für die vielen

denkbaren Katastrophenfälle bis hin zum größten, dem bisher — Gott sei Dank — nicht eingetretenen Verteidigungsfall ganz besonders interessiert. So befaßt sich ein besonderer Abschnitt des Landesentwicklungsprogramms, das die Ziele der Landespolitik bis zum Jahre 1985 zusammenfaßt, auch mit den Fragen des Feuerschutzes, des Katastrophenschutzes und der Verteidigung. Hierbei wird die besondere Rolle des Selbstschutzes als Grundlage eines umfassenden modernen Umwelt-, Unfall-, Katastrophen- und Zivilschutzes herausgestellt. Ein so verstandener Selbstschutz wird auch das Sicherheitsbewußtsein der Bevölkerung stärken, das vielleicht bisher einseitig, vielleicht zu einseitig in eine bestimmte Richtung orientiert ist. Es ist manchmal geradezu kurios, einem übersteigerten Sicherheitsbewußtsein, was die innere Sicherheit angeht, gegenüberzustehen, um demgegenüber ein geradezu unterentwickeltes Sicherheitsbewußtsein gegenüber allen anderen Unglücksfällen, Katastrophen usw. — ja sogar eine gewisse Leichtfertigkeit — feststellen zu müssen. Hier müßte es zu einer ausgewogenen Verhaltensweise kommen.

Leider sind die Gefahren der internationalen Spannungen noch immer nicht gebannt. Das Mittel der Gewalt zur Lösung von Problemen zwischen den Staaten ist immer noch nicht abgelöst. Kriegerische Handlungen finden immer noch statt, auch wenn wir in Europa uns angewöhnt haben, diese Möglichkeit uns nur noch ‚fernhin in der Türkei‘ vorzustellen. Gewalttaten haben allerdings in Europa gerade einen neuen Schauplatz gefunden. Politisch begründete, aber nicht begründbare Gewalttaten sind ein Problem in Nordirland, in Großbritannien, in Italien und auch bei uns. Hier ist zwar kein unmittelbares Betätigungsfeld des Selbstschutzes — hier ist es die Aufgabe der Polizei und aller anderen Staatsschutzeinrichtungen, tätig zu werden. Nur — ein verbessertes Selbstschutzbewußtsein der Bevölkerung könnte sich auch nützlich auswirken: Der Bürger wüßte Risiken besser einzuschätzen, brauchte nicht hysterisch zu reagieren und wüßte besser, wie er sich und anderen helfen könnte.

Dank der Landesregierung

Der BVS wirkt mit einem großen Aufgebot an ehrenamtlichen und freiwilligen Helfern an dieser Aufgabe

mit. Ihnen, meine Damen und Herren, die Sie hier stellvertretend für die über 2000 in Niedersachsen tätigen Helfer versammelt sind, möchte ich bei dieser Gelegenheit den besonderen Dank des Landes für ihre Dienste aussprechen. Sie haben sich durch Ihre ehrenamtliche und freiwillige Arbeit um das öffentliche Wohl verdient gemacht. Sie haben ein Beispiel dafür gegeben, wie sich ein der Gemeinschaft verpflichteter Bürger in den Dienst einer guten und notwendigen Sache stellen kann, die in ihrer Zielrichtung nichts weniger als aktive, praktische Nächstenhilfe bedeutet.

Das Land Niedersachsen wird auch weiterhin alles tun, um den vom Bundesgesetzgeber gestellten Auftrag zum Aufbau eines freiwilligen Selbstschutzes der Bevölkerung durch die Gemeinden zu erfüllen. Es wird dabei auf die tatkräftige Unterstützung durch den BVS bei der Ausbildung und Unterrichtung der Bevölkerung ankommen. Ich denke hierbei besonders auch an den Selbstschutz der Betriebe der gewerblichen Wirtschaft oder den Selbstschutz in der Landwirtschaft. Beide Bereiche sind im Verhältnis zum Behördenselbstschutz noch nicht so entwickelt. Beide Bereiche werden in Zukunft stärker zu fördern sein. Die Gemeinden wissen inzwischen den fachlichen Rat des BVS auch bei allen organisatorischen Fragen des Selbstschutzes zu schätzen. Je enger und umfassender die Zusammenarbeit in allen Selbstschutzangelegenheiten sich gestaltet, um so leichter und schneller wird der Ausbau des Selbstschutzes fortschreiten.

Gesetzliche Maßnahmen

Zur Ergänzung der Bundesgesetzgebung stehen auch einige gesetzgeberische Maßnahmen des Landes an. Es handelt sich um ein neues Feuerschutzgesetz, es geht um die Regelung des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes, das Überwinden mancher überkommener, auch regional unterschiedlicher Gesetze und um die Nutzung der Erfahrung der letzten Jahre. Eine moderne Gesetzgebung in diesem Bereich wird die Voraussetzung für vorbeugende behördliche Maßnahmen durch Einsatzverbände mit modernem Gerät und erhöhtem Einsatzwert bei Katastrophenfällen größeren Ausmaßes verbessern. Den vermehrten Gefahren unserer hochtechnisierten und damit gefährlicher gewordenen

Umwelt kann nur auf diese Weise begegnet werden. Jedoch werden Selbstschutz und Selbsthilfe dadurch nicht entbehrlich. Man muß es immer wieder sagen: Weil wir alle in dieser hochtechnisierten Welt stehen, alle irgendwo unbewußt oder unbeabsichtigt ein Steinchen lockern können — mit katastrophalen Folgen —, müssen wir vorsorgen! Alarmierung der Einsatzkräfte bei Unglücken und Schadensfällen erfordert immer Zeit, oft kostbare Zeit. In dieser Spanne kann der Selbstschutz seine Arbeit in der Bergung und Erstversorgung von Verletzten und der Anfangsbekämpfung von Bränden durchaus leisten. Er nutzt seinen Zeitvorsprung und seine lokalen Kenntnisse an der Unfallstelle. Sein Eingreifen kann schadensmindernd und oft lebensrettend sein. Allein diese Erkenntnis schon sollte viele unserer Bürger veranlassen, sich die dafür erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten anzueignen. Es hilft wenig, neugierig an einer Schadensstelle herumzustehen, vielleicht sogar das Bedürfnis zu haben zu helfen, aber nicht zu wissen, wie man das dank 'zweier linker Hände' nun eigentlich machen kann. Ich appelliere deshalb an alle Bürger, sich einer solchen Grundausbildung zu unterziehen und sich auch für den Einsatz als Selbstschutzkraft am Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Ich rufe aber auch dazu

auf, sich nach Möglichkeit und Fähigkeit freiwillig und ehrenamtlich als Helfer in den Dienst des Bundesverbandes für den Selbstschutz zu stellen.

Das finanzielle Problem

Es ist mit Sicherheit im Rahmen solcher Bemerkungen zur Situation des Selbstschutzes nicht möglich, alle Probleme anzusprechen. Ein Problem aber sollte zum Schluß in aller Offenheit angeschnitten werden, weil es keinen Zweck hat, darum herumzureden. Die öffentliche Hand, die ja auch diesen BVS wie auch alle anderen Hilfeleistungsorganisationen subventionieren muß, steht in ihrer Haushaltspolitik vor nahezu unüberwindlichen Schwierigkeiten. Die Auswirkungen der Steuerreform und die zurückgehende Konjunktur haben die Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und natürlich auch der Gemeinden zurückgehen lassen. Das werden wir in diesem Jahr 1975 zu spüren bekommen. Wieweit es sich im Jahre 1976 bessert, werden wir abwarten müssen. Das alles führt natürlich dazu, daß eine Fülle in vollem Umfange berechtigter Wünsche, auch von Wünschen, für die sich z. B. der Innenminister sehr gern einsetzt, nicht erfüllt werden kann.

Wir haben wahrscheinlich in den vergangenen Jahren ein wenig oder

auch stärker über unsere Verhältnisse gelebt. Wir haben noch nicht zur Kenntnis genommen, daß z. B. als Auswirkung der sogenannten Ölkrise sich eine Verlagerung von Kaufkraft, sprich Geld, aus den westlichen Industriestaaten in den Vorderen Orient ergeben hat.

Dies ist kein Anlaß, ein großes Wehklagen anzustimmen und sich in Selbstbemitleidung zu ergehen. Es ist eine Herausforderung, sich der eigenen, oft ungenutzten Kräfte zu erinnern. Wir sollten uns nicht faul in den Lehnstuhl zurücklehnen und hoffen, daß Hilfe von anderen kommt. Wir müssen uns daran erinnern, daß alles, was wir nach dem Kriege geleistet haben, was wir und insbesondere unsere Väter leisteten, nur möglich war unter äußerster Anspannung aller Kräfte und unter Verzicht auf schöne und angenehme Dinge.

Ziel: der Aktivbürger

Wenn ich damit wieder zum Thema zurückkomme, dann meine ich, daß ein Verband, daß Organisationen, die die Selbsthilfeeignung des Bürgers ansprechen, wahrscheinlich in einer solchen Situation eine ganz besondere Berechtigung haben. Der Bürger in diesem Lande ist eben nicht nur ein Verbraucher von Gütern. Er ist in erster Linie ein Aktivbürger! Er muß Citoyen sein, nicht fauler Bourgeois!"



Im Rahmen der Informationsveranstaltung wurden einige ehrenamtliche Helfer mit der BVS-Ehrendnadel ausgezeichnet. Auf dem Gruppenfoto von links: Mayer (Salzgitter), Schnitzler (Goslar), Frenzel (Göttingen), Kutscher (Hannover), Innenminister Groß, Kersten und Hartwig (beide Lüneburg) sowie BVS-Landesstellenleiter Sohl.

Seminar für dänische Minderheit

„Wir sind froh über die Initiative des Bundesverbandes für den Selbstschutz, den Angehörigen der dänischen Minderheit die Aufgaben des Zivilschutzes aufzuzeigen“, erklärte Stadtrat Hagenau anlässlich eines BVS-Seminars in Flensburg. Dank der Vorarbeit durch Fachbearbeiter Gerd Schreiber von der BVS-Dienststelle konnten fast 30 Vertreter der dänischen Volksgruppen und einige Gäste aus Dänemark begrüßt werden. Nach den einleitenden Worten von BVS-Dienststellenleiter Roland Hiebsch hieß Stadtrat Jacob Meyer die Teilnehmer im Namen der Stadt Flensburg willkommen.

Anschließend sprach Fachgebietsleiter Dieter Hoberg über das Thema „Zivilverteidigung, Zivilschutz, Katastrophenschutz, Selbstschutz — eine Darlegung der Zusammenhänge“.

Das Referat „Die Bedeutung des Zivilschutzes aus politischer Sicht“ des wegen einer Landtagssitzung am Erscheinen verhinderten MdL Karl Otto Meyer wurde von dessen persönlichen Referenten Rolf Lehfeld verlesen. Amtmann Georg Flarup vom örtlichen Amt für Zivilschutz sprach ausführlich über „Die Katastrophenschutzvorsorge der Stadt Flensburg“.

Von den Gästen aus Dänemark gab der Leiter der „Civilforsvars tekniske Skole“ in Tinglev, Kolonnenchef Wandler, einen Überblick über den Aufbau der Zivilverteidigung seines Landes. Er erklärte, daß an seiner Schule Führungskräfte für den Zivilschutz der Städte ausgebildet würden, während die anderen CF-Schulen besondere Aufgaben hätten. Es seien große finanzielle Mittel für Personal und Ausbildung investiert worden. Wandler hob hervor, daß der dänische Zivilschutz besonderen Wert darauf lege, daß die Bevölkerung sich jederzeit mit dem Schutzgedanken auch moralisch befasse. Für alle größeren Gebäude seien Schutzräume gesetzlich vorgeschrieben. Außerdem gebe es öffentliche Schutzräume, zudem könnten ein großer Teil der unterirdischen Parkräume sowie behelfsmäßig versteifte Kellerräume in einem Kriegsfall dem Schutz dienen. Man gehe davon aus, daß für ein Drittel der dänischen Gesamtbevölkerung Schutzräume vorhanden seien.

Zum Abschluß sprachen von der Zivilschutz-Frauenorganisation „Danske Kvinders Beredskab“ die Landesvorsitzende J. Holten-Poulsen (Horsens) und die Regionsleiterin für Fünen, Inga Christensen (Nyborg), über ihre Arbeit. Ihre Ausführungen waren für die meisten Seminarteilnehmer völlig neu, da es eine entsprechende Organisation in der Bundesrepublik nicht gibt.

Die eingehende Aussprache ergab weitere Vergleichsmöglichkeiten zwischen den deutschen und dänischen Verhältnissen im Zivilschutz. Für alle Teilnehmer konnte dieses Seminar als ein Gewinn für ihre gemeinnützige Arbeit verbucht werden, mit der Aussicht auf weitere derartige Veranstaltungen und einer Absprache für Aufklärungs- und Ausbildungsvorhaben durch die BVS-Dienststelle Flensburg.

Henry-Moore-Ausstellung

Im Herbst vergangenen Jahres wurde die Henry-Moore-Ausstellung zum zweiten Mal in Schleswig-Holstein gezeigt; diesmal im Bereich der BVS-Dienststelle Pinneberg. Zur Eröffnung der Ausstellung waren jeweils Gäste aus Stadtverwaltung und anderen Behörden, Politik, Kultur, Katastrophenschutzorganisationen und sonstigen Institutionen erschienen. Fachgebietsleiter Dieter Hoberg (in Elmshorn) und der Leiter der fahrbaren Zivilschutz-Ausstellung, Peter Clauser, (in Wedel und in Pinneberg) gaben Erläuterungen zu den in der Sonderschau „Der Mensch in der Gefahr“ zusammengestellten künstlerischen Aussagen Henry Moores. Interessant war es für die Zuhörer zu erfahren, aus welchem Anlaß und unter welchen Umständen diese Bilder entstanden. Die Reaktion des allgemeinen Publikums war in den drei Städten etwa gleich und kaum anders als dort, wo die Ausstellung im Vorjahr in Schleswig-Holstein gezeigt wurde: Die Besucher blieben nachdenklich vor den Bildtafeln stehen.

Zwischen Nord- und Ostsee

Lübeck. Der Brandschutztag im Rahmen der bundesweiten Brandschutzwoche stand unter dem Motto „Der Bürger und seine Feuerwehr“.

Ziel dieser Veranstaltung war vor allem, den vorbeugenden Brandschutz durch verstärkte Aufklärung der Bevölkerung ins Bewußtsein zu bringen. In der Hansestadt stehen 236 Beamte der Berufsfeuerwehr in zwei Feuerwachen, in der Feuerlöschbootstation sowie in den Rettungstationen Kücknitz und Travemünde im Drei-Schicht-Dienst einsatzbereit. Dazu kommen von Travemünde bis Krummsee und von Schlutup bis Vorwerk 700 freiwillige Feuerwehrmänner in 24 Wehren. In diesem Zusammenhang sollen als weiteres Potential die vom BVS in Selbsthilfe und Nächstenhilfe ausgebildeten Bürger nicht unerwähnt bleiben.

Zusammenarbeit mit der freien Wirtschaft

In Ausweitung seiner Informations- und Ausbildungstätigkeit arbeitet der BVS in Schleswig-Holstein verstärkt mit Unternehmen und Betrieben der freien Wirtschaft zusammen, um dort den betrieblichen Katastrophenschutz mit auf- bzw. auszubauen und zu unterstützen. So fand in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und der Industrie- und Handelskammer Flensburg eine Informationstagung in Wassersleben im dortigen Kurhaus statt. An der Veranstaltung nahmen Vertreter Flensburger Betriebe aus Handel, Handwerk und Industrie mit mehr als 20 Beschäftigten teil.

Nach der Begrüßung durch BVS-Dienststellenleiter Hiebsch sprachen Fachgebietsleiter Hoberg über „Selbstschutz-Möglichkeiten und Grenzen“, Amtsrat Philippsen, Leiter des Amtes für Zivilschutz der Stadt Flensburg, über „Betriebliche Katastrophenschutz-Ergänzung der Katastrophenschutzvorsorge des Staates“ sowie Sicherheitsingenieur Nautsch von der Firma Danfoss über „Erfahrungen auf dem Gebiet des betrieblichen Katastrophenschutzes“.

Die anschließende Aussprache kreiste um das Thema „Der betriebliche Katastrophenschutz und die Unterstützungsmöglichkeiten durch die Gemeinden und den BVS.“ Stadtrat Hagenau, Zivilschutzdezernent der Stadt Flensburg, begrüßte es, daß mit dieser Zusammenkunft ein Anfang in der Zusammenarbeit zwischen dem BVS und der Wirtschaft

im Flensburger Raum gemacht worden sei.

Schon vorher hatte die BVS-Dienststelle Pinneberg in Zusammenarbeit mit der IHK und den Betrieben eine Aufklärungsveranstaltung durchgeführt, die ebenfalls von den Beteiligten sehr positiv aufgenommen wurde. Andere BVS-Dienststellen im Landesstellenbereich planen ebenfalls, verstärkt die Betriebe anzusprechen.

Über ZV informiert

In Pinneberg, in der Eggerstedt-Kaserne, hatten sich Führungskräfte des DRK sowie Vertreter der Freiwilligen Feuerwehren, des THW und der Johanniter-Unfall-Hilfe aus dem Kreisgebiet zu einem Informations-Seminar zusammengefunden und ließen sich durch den BVS mit der Zivilverteidigung, ihren Teilbereichen und den Zusammenhängen mit dem Selbstschutz der Bevölkerung vertraut machen.

In seinem Referat betonte MdB Claus Konrad, daß eine militärische Verteidigung ohne die Zivilverteidigung kaum denkbar sei. Das „Stay-at-home“ des NATO-Konzepts setze einen ausreichenden Schutz der Bevölkerung voraus; ein solcher müsse unbedingt angestrebt und die finanziellen Mittel hierfür zur Verfügung gestellt werden.

Bei der Eröffnung des Seminars hatte Dienststellenleiter Waldemar Plewig auf die Bedeutung des Selbstschutzes auch im Straßenverkehr, am Arbeitsplatz und im Haushalt hingewiesen. Horst Walter von der BVS-Landes-

stelle erläuterte anhand von Zahlen in einem Lichtbildervortrag die Begriffe „Zivilverteidigung“, „Zivilschutz“, „Katastrophenschutz“ und „Selbstschutz“ in ihren Zusammenhängen.

Als Antwort auf so manche schwebende Frage hinsichtlich Bedrohung und Schutz in unserem Zeitalter fanden die Ausführungen des Gastreferenten Prof. Dr. Alfons Bühl (Karlsruhe) über „Atomenergie im Frieden und im Krieg“ bei allen Veranstaltungsteilnehmern ein ganz besonderes Interesse.

Zur Veranschaulichung eines Teiles der Selbstschutzausbildung zeigten Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Pinneberg, wie man fachgerecht mit kleinen und großen Handfeuerlöschgeräten umgeht.

Eine kontaktverstärkende Aussprache hielt die 40 Gäste — unter ihnen der DRK-Kreisvorsitzende Dr. Udo Sachse und der Vorsitzende des DRK in der Stadt Pinneberg, Walter Wabersinke — noch für einige Zeit mit den BVS-Mitarbeitern zusammen.

Seminar für Geistliche und Religionslehrer

Unter dem Leitthema „Selbstschutz — eine Notwendigkeit christlicher Verantwortung“ wurde im Kloster Nütschau (Kreis Stormarn) ein BVS-Informations-Seminar mit Geistlichen und Religionslehrern beider Konfessionen durchgeführt. Die Begrüßung erfolgte durch den Prior des Klosters, Pater Gaudentius,

und BVS-Dienststellenleiter Dieter Restorf.

Das Hauptreferat hielt Landesbischof Johann Gottfried Maltusch (Bückeburg). Seine Ausführungen gipfelten in der Forderung, daß — wie mit Erfolg für die Flüchtlingshilfe, Entwicklungshilfe oder die Hilfe für Behinderte — die Bevölkerung ebenfalls für die Belange des Selbstschutzes betont aktiviert werden sollte. Aus christlicher Sicht müßten auch in dieser Beziehung die Staatsbürger so angesprochen werden, daß Solidarität und Humanität letztlich in die Nächstenliebe einmünden und dadurch ihre allgemeinverpflichtende religiöse Ausrichtung erhalten. Fachgebietsleiter Dieter Hoberg erläuterte das Wesen und die Aufgaben des Selbstschutzes im großen Rahmen der Zivilverteidigung und zeigte dabei Möglichkeiten und Grenzen auf.

„Die zivile Verteidigung aus politischer Sicht“ stellte MdB Willi-Peter Sick (Heide) besonders heraus: Nur ein ausgewogenes Verhältnis der Staatsausgaben für die militärische und die zivile Verteidigung garantiere deren Wirksamkeit, da beide Bereiche voneinander nicht zu trennen seien.

In einer eingehenden Aussprache wurden Möglichkeiten der Unterstützung für die Aufgaben des Bundesverbandes für den Selbstschutz durch die Kirche erörtert. Einer Veranschaulichung des Selbstschutzgedankens dienten einige Vorführungen aus der Praxis eines Selbstschutz-Grundlehrganges durch Fachkräfte der BVS-Dienststelle Ratzeburg.

Hessen



Verdienter BVS-Helfer verabschiedet

In der Dienststelle Offenbach wurde im Rahmen einer Helferzusammenkunft der langjährige Mitarbeiter und ehrenamtliche Helfer Karl Formhals verabschiedet. Dienststellenleiter Kirsch (Frankfurt) würdigte seine Verdienste im BVS, Helfervertreter Eiler überreichte einen Blumenstrauß und ein Buchgeschenk. Karl Formhals, geb. am 21. Dezember 1901, wurde 1933 Leiter des Luftschutztrupps in Offenbach und führte 1934 die ersten

Lehrgänge mit den damaligen Amtsträgern durch. Hauptamtlich war er dann beim Reichsluftschutzbund tätig. Am 29. März 1952 wurde die BLSV-Ortsstelle Offenbach unter der Führung von Karl Formhals ins Leben gerufen. Zuletzt war er ZS-Beauftragter des Abschnitts A in Offenbach. Hauptberuflich war er Verwaltungsangestellter der Stadtverwaltung.

Vor Landfrauen

Vorstandsdamen der Landfrauenvereine Friedberg, Nidda und Usingen

folgten der Einladung der BVS-Dienststelle Friedberg zu einem zweitägigen Informationslehrgang in Ziegenberg. Nach Grußworten und einer Einführung durch Dienststellenleiter A. Wagner referierten Frau Darimont und Herr Magnus (Frankfurt) über die Aufgaben des BVS und seiner Arbeit im Katastrophenschutz. Im Verlauf des Lehrganges wurde das Warnamt Bodenrod besucht, von wo aus zweimal im Jahr die 6000 Sirenen im Lande Hessen erprobt werden; es kann auch Teilalarm für örtliche Katastrophenfälle ausgelöst werden.

Wir gratulieren

Durch ein Ehrenspalier von Helferinnen und Helfer der DLRG und des BVS, Hamburg-Bergedorf, schritten nach der Trauung Peter von Essen mit seiner Ehefrau Liselotte geb. Meißner.



Ehrenspalier für das Brautpaar.

Doch der weitere gemeinsame Weg war noch versperrt, denn zuvor mußte ein dickes Tau durchgeschnitten werden. Seit vielen Jahren ist Peter von Essen Pressewart der DLRG, beim BVS ist er ehrenamtlicher Fachbearbeiter II 4. Wir wünschen dem Ehepaar von Essen für ihren gemeinsamen Lebensweg alles Gute und hoffen weiterhin auf aktive Mitarbeit als ehrenamtlicher Helfer.

Erfolgreich informiert

Nach der Teilnahme an einem Informationsseminar der BVS-Landesstelle bat der Vorstand des „Verein für Internationale Jugendarbeit e. V.“ um den Vortrag: „Zivilschutz in der heutigen Zeit“. Die Aufgabe übernahm

Landesstellenleiter Franz Beiter. Er bot u. a. anhand der Folien der Info-Dienste 1 und 7 zunächst ein Bild von der Ich-bezogenen Beurteilung der Umwelt, von den sich daraus ergebenden Notwendigkeiten und dem Standpunkt der Gesellschaft bis hin zu den Ereignissen, die uns bedrohen können. Die folgenden Themen: „Vorbeugen durch Beseitigung der Unfallursachen“ und „Abwehren, sich und anderen helfen“ sowie über den Selbstschutz regten zu einer ausgiebigen Aussprache an. Allein die Tatsache, daß weit über die vorgesehene Zeit hinaus diskutiert wurde, zeigt, daß es sich um einen sehr aufgeschlossenen Kreis von kritischen Zuhörern handelte. Für zwei Gruppen sollen Se-Grundlehrgänge durchgeführt werden.

130 Helfer in Lünen geehrt

Erstmals wurden in Lünen in der Hauptwache Angehörige des Katastrophenschutzes im Rahmen einer Feierstunde offiziell ausgezeichnet: 130 an der Zahl. Oberbürgermeister Hans-Werner Harzer überreichte den verdienten Jubilaren für ihre freiwillige Helfertätigkeit Urkunden und Anerkennungspräsentate.

Für 10- bis 50jährige Mitarbeit wurden Helferinnen und Helfer der Freiwilligen Feuerwehr, des Technischen Hilfswerkes, des Arbeiter-Samariter-Bundes, des Deutschen Roten Kreuzes, des Fernmeldedienstes und des Bundesverbandes für den Selbstschutz geehrt.

Die Festansprache hielt Beigeordneter Walter Stemann, nachdem das Jugendmusikorchester der Stadt die Feier mit einer Händel-Komposition eingeleitet hatte. Stemann wies darauf hin, daß die finanzielle Ausstattung des Zivilschutzes unzureichend ist. Wörtlich sagte er: „Es sind alle Beteiligten der Auffassung, daß die bereitgestellten Mittel nicht ausreichen.“ Gleichzeitig versicherte er: „Die Stadt Lünen war und ist immer



Die Stadt Lünen ehrte Frauen und Männer, die sich seit vielen Jahren für die Gemeinschaft einsetzen. Von links: Beigeordneter Stemann, Elisabeth Menigmann, Ilse Franke, Wilhelm Quabeck, Erich Weber, Hans Wesseling, Wilhelm Lethaus, Karl Köpping, Heinrich Marek, Oberbürgermeister Harzer und Heinrich Richter.

bemüht, den Einheiten bei Ausrüstung, Unterbringung und Betreuung nach Kräften zu helfen und sie bei ihren Bemühungen zu unterstützen.“ Abschließend forderte der Beigeordnete die Helferinnen und Helfer auf: „Bewahren Sie die Kraft, in Ihrem Bereich weiter zu dienen, da ohne

dieses Dienen unsere Gesellschaft und unsere Welt nicht zu meistern sind. Dieses, Ihr Vorbild, wird nicht zuletzt auch Vorbild sein für eine nachwachsende Generation, die mehr als notwendig dieses Vorbild braucht.“ Die Feierstunde klang aus mit Musik und einem gemeinsamen Abendessen.

Langjährige Mitarbeiter verabschiedet

Sieben verdienstvolle Mitarbeiter — stellvertretend für die große Zahl im Bereich der Landesstelle — wurden in der BVS-Schule Körtlinghausen mit Erreichen der Altersgrenze verabschiedet. Landesstellenleiter Kopsieker würdigte die geleistete Arbeit dieser Männer, die unermüdlich im Einsatz waren, um in ihrem Bereich für die humanitäre Aufgabe des Selbstschutzes zu werben und die Bevölkerung von seiner Notwendigkeit zu überzeugen. Er sprach die Hoffnung aus, auch in Zukunft auf ihren großen Erfahrungsschatz zurückgreifen zu dürfen. Die ihnen ausgehändigten Urkunden konnten nur eine unvollkommene Danksagung dafür sein, daß sie — zum Teil mehr als 20 Jahre! — ihre Freizeit dem Verband zur Verfügung gestellt haben.

✱

Die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Lüdenscheid haben im Verlauf einer Feier ihren ältesten Mitarbeiter, Karl Schaffland, Ortsbeauftragter der Stadt Halver, offiziell verabschiedet. Fachbearbeiter Widdra bedankte sich im Namen aller Helfer der Dienststelle für die geleistete Arbeit im BVS. Durch Spenden der Mitarbeiter und dem Erlös aus einer Tombola an diesem Abend konnten 250 DM dem Kinderdorf „Sauerland“ in Lüdenscheid überwiesen werden.

Treffen zum Jahresabschluß

„Der Mensch steht im Mittelpunkt unseres Selbstschutzgedankens“, stellte Edgar Jansen, Dienststellenleiter in Düren, im Rahmen eines Helfertreffens zum Jahresabschluß fest. Die Mitarbeiter können stolz auf die Arbeit des vergangenen Jahres zurückblicken. Sie haben dazu beigetragen, den Selbstschutz der Bevölkerung zu fördern. Die Dienststelle führte 1974 u. a. 120 Informationsvorträge mit 4558 Besuchern durch. Vier Ausstellungen fanden das Interesse von 10 475 Besuchern. Im Berichtsjahr wurden fast 90 Grundlehrgänge durchgeführt. Im Rahmen des Helfertreffens zeichnete Landesstellenleiter Kopsieker zwei Mitarbeiter, die über 10 Jahre im BVS tätig sind, mit Ehrenurkunden aus: BVS-Lehrer und Helfervertreter Fred Andréa sowie BVS-Fachlehrer Dummer. Neben Vertretern der Katastrophenschut-

schutz-Organisationen war Bürgermeister Winands erschienen, der die Arbeit der Helfer würdigte und ihnen Dank und Anerkennung für ihre Tätigkeit aussprach.

Beispiel gegeben

Flatterte einer Bürgerin der Stadt Freckenhorst ein amtlicher Brief ins Haus: Sie habe die Möglichkeit, gemeinsam mit anderen Bürgern zwischen 16 und 65 Jahren an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teilzunehmen. Die alte Dame traute zunächst ihren Augen nicht, dann rief sie beim Amt an: „Ist das eigentlich erforderlich, daß ich mit meinen 83 Jahren da noch teilnehme?“ Vielfältige Entschuldigungen auf der anderen Seite, dann sagte die Anruferin: „Warum soll ich eigentlich nicht?“ Also schwang sie sich an drei Abenden aufs Fahrrad und drückte mit anderen Teilnehmern, die allesamt viel jünger sind, die



Frau Martha Breede dürfte wohl die älteste Teilnehmerin an einer Grundausbildung sein.

Schulbank. Diese Tatsache nahm Stadtdirektor Wiewel zum Anlaß, sie mit einem Blumenstrauß zu ehren. Frau Martha Breede dürfte wohl die älteste Teilnehmerin an einem Se-Grundlehrgang sein.

Überzeugend informiert



Der Katastrophenschutz der Stadt Essen stellte sich gemeinsam mit dem BVS auf der 7. Internationalen Sport- und Rennwagenausstellung vor.

An der 7. Internationalen Sport- und Rennwagenausstellung 1974 (Jochen-Rindt-Schau) beteiligte sich der Katastrophenschutz der Stadt Essen und der BVS mit seiner Wanderausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“.

Die Ausstellung wurde von Oberbürgermeister Horst Katzor im Beisein zahlreicher Ehrengäste eröffnet. Anschließend besichtigten die Gäste — unter ihnen Frau Nina Rindt, die Rennfahrer Nikki Lauda, Jochen Mass und Leopold Prinz von Bayern sowie 22 Militärattachés — die Ausstellung des Katastrophenschutzes und ließen erkennen, daß sie von dieser „Heerschau der Hilfsbereitschaft“ tief beeindruckt waren.

In den neun Tagen der Ausstellung stellte sich in Gesprächen mit Rennfahrern, Sicherheitspersonal, sportlich interessierten Besuchern und anderen Gästen immer wieder heraus, daß den meisten Bürgern gar nicht bewußt ist, wie viele Freiwillige bereits ihre Freizeit opfern und unter Einschränkung ihrer persönlichen Belange dem Katastrophenschutz zur Verfügung stehen; allein in Essen mehr als 3500.

Die Zeltausstellung, das vom BVS errichtete Filmzelt sowie die von den Organisationen aufgestellten Fahrzeuge dokumentierten, daß das Motto „Katastrophenschutz, eine Gemeinschaft für die Gemeinschaft“ zurecht gewählt war.

Die Erfolgsbilanz — 32 260 Besucher im Rundzelt und 19 480 im Filmzelt — liefert den Beweis, daß hier mit geringen Mitteln ein überzeugender Informationsauftrag durchgeführt werden konnte.

Ehrung verdienter Mitarbeiter

Anläßlich einer Helferbesprechung der Dienststelle Köln erhielten Wilhelm Balke, Rolf Beckmann, Manfred und Gottfried Breidenbach, Helmut Grotheer, Edmund Hoff, Ernstrudolf Kahn, Hans Dieter Langen, Helmut Nitschke, Helmut Offergeld, Max Richter, Käthe und Gustav Neumann, Günter Rose, Manfred Sabow, Josef Selmke, Helmut Völkel und Erich Wedig in Anerkennung ihrer zehnjährigen

Mitarbeit die Ehren-Urkunde. Hans Puttkamer wurde in Würdigung und Anerkennung der um den zivilen Bevölkerungsschutz erworbenen Verdienste die Ehrennadel verliehen. Hans Puttkamer ist seit Bestehen der Dienststelle Köln vor mehr als 20 Jahren dabei.

Schüler interessiert

In den vergangenen beiden Jahren brachten 34 Schülerzeitungen Artikel über die Informationsveranstaltungen der Dienststelle Köln in Köln und an der BVS-Schule Schloß Körtlinghausen im Sauerland. 12 Schülerzeitungen brachten als Beilage eine Anmeldekarte der Dienststelle zu einem Selbstschutzgrundlehrgang. Ergebnis: rund 50 Lehrgänge.

Neues gesehen und gehört

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft Öffentlichkeitsarbeit in der BVS-Dienststelle Köln besuchen alljährlich den WDR/Rundfunk/Fernsehen und lassen sich in die „Geheimnisse“ dieser Medien einweisen. Dies geschieht sonntagsvormittags, damit die Ehefrauen und Kinder der Helfer teilnehmen können. Stets wird bei den Führungen nach den Selbstschutzmaßnahmen in diesen Bauten gefragt. Der „Regenschutz“ über dem Eingang zu den 3 Etagen tiefen Studios z. B. ist deshalb so dick, weil es sich um eine mehrere Tonnen schwere, herunterklappbare Beton-„Tür“ für Feuer- und ABC-Schutz handelt.

Saarland



Ein erfolgreiches Jahr

Der Bundesverband für den Selbstschutz im Saarland konnte in den vergangenen 15 Jahren bei 7510 Ausbildungsvorhaben über 200 000 Saarländer im Selbstschutz ausbilden. Das Jahr 1974 war besonders erfolgreich. An 339 Selbstschutz-Grundlehrgängen, 43 Fachlehrgängen, 70 fachlichen Unterrichtungen, 37 Übungen, 50 Arbeitsgemeinschaften und 85 Veranstaltungen, die der Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit dienten, nahmen insgesamt 13 851 Saarländer, davon 3 780 Frauen, teil. Darüber hinaus wurden 8 Informationsseminare mit 204 Teilnehmern, eine Selbstschutzausstellung am Kreisfeuerwehrtag des Kreises Merzig/Wadern, eine Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ in der Stadt Neunkirchen und eine Ausstellung in der Kaserne Saarlouis aus Anlaß des 2. Reservistentages des Saarlandes durchgeführt. Die Ausstellung „Mensch im Mittelpunkt“ zog das Interesse der Besucher in 25 Orten des Saarlandes auf sich. Die Beteiligung am „Tag des freiwilligen Helfers“ in Homburg und 2 Arbeitstagungen für Redner und Fachbearbeiter II 4 auf Landesebene rundeten das abwechslungsreiche Programm ab.

Auch den ehrenamtlichen mitarbeitenden Damen im Landesstellenbereich gelang es, bemerkenswerte Ergebnisse zu erzielen. Über die Hälfte der an Informationstagungen für Frauen-

verbände an der BVS-Schule Birkenfeld teilnehmenden Frauen kamen aus dem Saarland. Die hier angebahnten Kontakte finden durchweg in Aufklärungsveranstaltungen oder Grundlehrgängen ihre Fortsetzung.

Durch das Fachgebiet II 3 wurden 22 Beratungen durchgeführt. Es kann angenommen werden, daß hierdurch etwa 450 Schutzplätze geschaffen wurden.

Diese sichtbaren Erfolge sind der schönste Lohn für die geleistete Arbeit, an der alle Angehörigen der Landesstelle und der Dienststellen gleichermaßen Anteil haben.

200 000. Teilnehmer

Nachdem die Dienststelle Saarlouis den 25 000. Teilnehmer an einem Grundlehrgang auszeichnen konnte, hatte nun der Leiter der Landesstelle, Ernst Krakowsky, die Freude, den 200 000. Teilnehmer an einem Grundlehrgang für den Gesamtbereich des Saarlandes zu ehren. Aus diesem Anlaß hatte die Landesstelle Bundesbahnbedienstete zu einer Feierstunde in den Hauptbahnhof Saarbrücken eingeladen. Als Gäste waren Bundesbahndirektor Wiesner und BB-Amtmann Thünemann anwesend. Landesstellenleiter Krakowsky wurde von Fachgebietsleiter Koch und dem Pressereferenten Peiler begleitet. Der Landesstellenleiter würdigte in seiner Ansprache die besonders erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen

der Landesstelle und der BB-Direktion Saarbrücken und gab seiner Freude Ausdruck darüber, daß gerade ein Bundesbahnbediensteter der 200 000. Teilnehmer an einem Grundlehrgang war. Es handelte sich um den BB-Hauptsekretär Otto Pohl vom Bahnhof Saarbrücken, dem ein Auto-Handfeuerlöscher als Geschenk überreicht wurde. BB-Direktor Wiesner und Amtmann Thünemann erhielten für die bisher so ausgezeichnete Zusammenarbeit und Unterstützung Buchgeschenke aus dem Selbstschutz-Fachbereich.

BB-Direktor Wiesner bedankte sich seinerseits für die nun schon seit Jahren geleistete bereitwillige Unterstützung durch die Landesstelle und hofft, daß dieser erfreuliche Zustand auch weiterhin bestehen bleiben möge.



Landesstellenleiter E. Krakowsky bei der Übergabe des Auto-Handfeuerlöschers an BB-Hauptsekretär Otto Pohl; links BB-Direktor Wiesner, rechts BB-Amtmann Thünemann mit ihren Buchgeschenken.

Mitarbeiter geehrt



Nach der Ehrung der Mitarbeiter (v. l.) Fachgebietsleiter Singer, Hans Knoop, Hellmut Günther, Elisabeth Karnick und Karl Golde.

Die Dienststelle Bremen führte mit über 40 Helfern und Mitarbeitern in Anwesenheit von Lt. Reg.-Dir. Dr. Jürgen Engelmann, Leiter der Abteilung „Ziviler Bevölkerungsschutz“ beim Senator für Inneres, Marianne Hänecke, Bürgerschaftsabgeordnete, Wilhelm Bruns, Referent beim Senator für Inneres, Heinz Schulz, Oberstleutnant a. D., Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V.,

Landesgruppe Bremen, eine Jahres-schlußversammlung unter Leitung des Fachgebietsleiters Diethelm Singer durch.

In der Veranstaltung, bei der verdiente Bremer Helfer — Elisabeth Karnick, Karl Golde, Hellmuth Günther und Hans Knoop — durch Verleihung der BVS-Ehrennadel bzw. Dankurkunde geehrt wurden, ging es um die Auswertung der bisherigen Arbeit

und Festlegung neuer Schwerpunkte des BVS in Bremen.

„Zivilverteidigung“ stand im Mittelpunkt der Ausführungen von Dr. Jürgen Engelmann, der insbesondere den Helfern und Mitarbeitern des BVS für die bisherige Tätigkeit in der Öffentlichkeitsarbeit und in der Ausbildung den Dank seiner Behörde aussprach.

Für 1975 sind neben der kontinuierlichen Ausbildung der Bevölkerung in Selbstschutz-Grundlehrgängen Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung sowie Tages- und Wochenendseminare mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Parteien, Bürgervereinen, Verbänden und Organisationen vorgesehen.

Grundlehrgänge gefragt

Erfreuliche Leistungssteigerungen für das abgelaufene Jahr nannte Fachgebietsleiter Diethelm Singer bei der Abschlusveranstaltung der Landesstelle Bremen. 1343 Personen haben 68 Selbstschutzgrundlehrgänge besucht. In der Öffentlichkeitsarbeit hat es in den vergangenen zwölf Monaten 16 Ausstellungen auf Landesebene gegeben, bei denen 23 713 Besucher gezählt wurden. In 87 Informationsveranstaltungen warb die Landesstelle für Verständnis und Vertrauen für die Belange des Zivilschutzes und der zivilen Verteidigung.



Oberbürgermeister Rudolf Schlichtinger während seiner Festansprache.

Mehrzweckanlage in Regensburger Altstadt

„3187, 3188, 3189 . . .“, so begann es im Sommer 1968, als in den Winkeln und Gäßchen der Regensburger Altstadt jeder Fußgänger gezählt wurde. Die Helfer der BVS-Dienststelle trugen Zahlen und Unterlagen zusammen, die dann mit zur Planung einer Großraumschutzanlage dienten. Sechs Jahre mußten vergehen, bis Oberbürgermeister Rudolf Schlichtinger seine Festansprache mit den Worten eröffnen konnte: „Was lange währt . . .“. Das Werk habe nicht nur lange gedauert, sondern sei auch sehr gut geworden. Er begrüßte als Gäste Abgeordnete, die Vertreter von

Ministerien, der Oberfinanzdirektion Nürnberg, von Bundes- und Landesbehörden und des Stadtrats. Er dankte den Kirchenvertretern, Stadtdekan Georg Aichinger und Dekan Rudolf Meiser, die der Anlage den kirchlichen Segen erteilten. Der OB vergaß auch die Anlieger nicht, die Leidtragenden jahrelanger Baubelastigungen.

Öffentliche Schutzräume in Verkehrszentren zu errichten, sei ein besonders schwerwiegendes Problem im historischen Stadtkern Regensburgs. Ein glücklicher Umstand war, daß sich hier im Rahmen der Altstadtanierung eine Gelegenheit für diese Mehrzweckanlage ergab: Sie werde in Friedenszeiten als Tiefgarage, im Verteidigungsfall als Schutzraum genutzt.

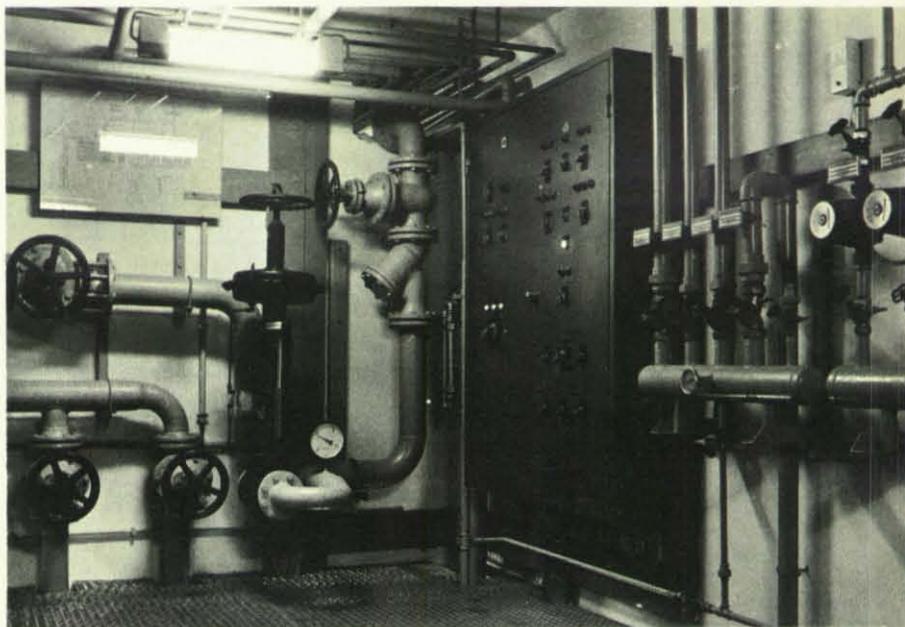
Regierungsdirektor Karl Aldenhoven sprach als Vertreter der Oberfinanzdirektion Nürnberg, die für das Projekt in Regensburg zuständig ist. Der Schutzraum innerhalb der Mehrzweckanlage gewährt Trümmer- und sichert gegen radioaktive Strahlen. Hermetisch abgeriegelt sind auch sämtliche Öffnungen. Ein Tiefbrunnen (75 m) löst das Wasserproblem. Der Schutzraum ist für 2474 Menschen absolut autark, auch über einen längeren Zeitraum hinweg.

Oberstadtdirektor Paul Schlienz erläuterte den Werdegang des Bauvorhabens seit 1961. Damals plante man ein Wohnhaus mit neun Wohnungen und einer kleinen Garage im Keller. Drei Jahre später verdoppelte man die Stellplätze auf rund 20 und fertigte 1966 einen neuen Plan: Unterkellerung des gesamten Hofes, um der Stellplatzpflicht von bereits abgeschlossenen Objektanierungen genügezutun.

Im März 1967 wurde die örtliche Verlagerung der Tiefgarage beschlossen (Kulturschutz bis sieben Meter). Während dieser Planungsarbeit schaltete sich Amtsleiter Weißkopf vom Zivilschutzamt und dessen damaliger Dezernent, Bürgermeister Hans Weber, intensiv für den Bau eines Zivilschutzraumes ein. Es stellte sich heraus, daß der Ausbau des zweiten Untergeschosses hierfür grundsätzlich möglich war. Gleichzeitig wurde im Spätherbst 1968 an den historischen Nachbarhäusern, die an das künftige Bauwerk angrenzen, mit umfangreichen Unterfangungsarbeiten begonnen. Diese komplizierten Arbeiten dauerten fast zwei Jahre und kosteten über eine Million. Baubeginn war im Mai 1971. Kompliziert waren

die statischen Berechnungen wegen des zu erwartenden Hochwassers und wegen der unterschiedlichen Bodenverhältnisse und Belastungen. Die nun im ersten und zweiten Untergeschoß errichteten 107 PKW-Stellplätze werden vornehmlich an Altstadtbewohner fest vermietet. Die technische Zentrale ist in einem dritten Untergeschoß angeordnet. Der Bund hat sich verpflichtet,

sämtliche Mehrkosten zu übernehmen für die zusätzlichen Aufwendungen und Einbauten sowie für die gesamte zivilschutzbedingte Maschinentechnik. Oberstadtdirektor Schlienz dankte den zuständigen Bundesstellen und der Oberfinanzdirektion für die gute Zusammenarbeit, aber auch den städtischen Dienststellen, die eine reibungslose und konstruktive Arbeit ermöglicht hätten.



Die technischen Anlagen sind übersichtlich angebracht.

Lehrgänge in Sonderschulen

Im vergangenen Jahr führte die BVS-Dienststelle Würzburg fachliche Unterrichtungen in Schulen durch, u. a. in Sonderschulen. Diese Unterrichtungen wurden von den Lehrkräften als sehr gut bezeichnet, nur die Zeit sei für das umfangreiche Thema zu kurz (3 Std.). Die Lehrkräfte der Sonderschulen entschlossen sich auch für Se-Grundlehrgänge. Die Sonderschüler arbeiten — vor allem in der praktischen Ausbildung — hervorragend mit, um sagen zu können: Ich kann helfen bei Entstehungsbränden, Erste Hilfe und weiteren Gefahren des Alltags. Als ein Zeichen der guten Mit- und Zusammenarbeit von Lehrkräften, Schülern und Ausbildern fertigten die Sonderschüler Zeichnungen über verschiedene Themen an, die sehr viel über die täglichen Gefahren im Hause, auf der Straße, im Urlaub usw. aussagten.

Das richtige Verhalten

„Wie verhält man sich im Katastrophenfall?“ Diese und ähnliche

Fragen standen im Mittelpunkt eines Vortrages der BVS-Dienststelle Passau-Stadt und -Land in Aldersbach. BVS-Dienststellenleiter Brunner hielt in seinem Referat Rückschau auf die Entwicklung des BVS und wies auf dessen gesellschaftspolitische Aufgabe hin. Tonfilme zeigten den Ablauf von Helfereinsätzen und gaben den zahlreichen Besuchern der Veranstaltung einen anschaulichen Überblick über Ziel und Arbeitsweise der Zivilschutzorganisation. Schutzmaßnahmen, so kam dabei deutlich zum Ausdruck, würden zwar überall in der Welt getroffen, bezeichnenderweise aber in den neutralen Ländern wie der Schweiz und Schweden weitaus umfangreicher.

Realistische Ausbildung

Übungs- und Ausbildungsveranstaltungen führte die BVS-Dienststelle Coburg durch, dabei unterstützt von der Fahrbaren Schule I der Landesstelle. Teilnehmer waren Mitglieder der Behördenselbstschutzzüge von Finanzamt, Justiz, Bundespost, Fachhochschule und der Sanitätsstaffeln. Anhand konkreter Fälle wurden

Brandschutz, Gebäudesicherung und die Bergung von Verletzten geprobt. Schauplatz der Übung mit allen Teilnehmern war ein abbruchreifes Hinterhaus in der Coburger Altstadt, wobei das Bergen eines Bewußtlosen mit der Sitzschlinge durch das Fenster einer im ersten Stock gelegenen Wohnung, das Ausstützen einsturzbedrohter Hauseingänge und das Durchbrechen einer Mauer geübt wurden.

Helferwerbung erfolgreich

Die BVS-Dienststelle Hof veranstaltete mit Unterstützung der Stadtverwaltung und der örtlichen Presse eine Helferwerbung. Die Stadt übernahm den Druck und die Verteilung eines Faltblattes. Die Presse brachte gleichzeitig einen Aufruf an alle Bürger zur Mitarbeit im BVS. Der Erfolg zeigte sich bald. 27 Frauen und Männer haben sich bei der BVS-Dienststelle Hof gemeldet. 5 neue BVS-Lehrer bzw. BVS-Fachlehrer, 1 BVS-Redner und einige Aufklärungs- und Ausbildungshelfer werden der BVS-Dienststelle Hof nach ihrer Ausbildung zur Verfügung stehen.

Bürgerversammlung

In Neustadt lud Oberbürgermeister Ernst Bergmann zu einem Meinungsaustausch über die anstehenden Probleme dieser aufstrebenden

Beim BVS informiert



Von rechts: Sicherheitsreferent der Stadt Bayreuth Hans Parucker, der neue BVS-Bereichsbeauftragte Konrad Weigl und BVS-Dienststellenleiter Helmut Schneider.

Bei einem Helferabend in der Bayreuther BVS-Dienststelle stellte sich Konrad Weigl als Bereichsbeauftragter vor. Erstmals zu Gast in der Dienststelle war an diesem Abend auch Stadtrat und Sicherheitsreferent der Stadt Bayreuth Hans Parucker. Als einer der drei

fränkischen Stadt ein. Auf der Tagesordnung der außerordentlich gut besuchten Bürgerversammlung stand auch das Referat des BVS-Dienststellenleiters von Coburg über die Bedeutung eines aktiven Selbstschutzes. Schneider ging besonders auf Katastrophenfälle ein und wies auf die Notwendigkeit hin, daß jeder sich in solchen Situationen in der Eigen- und Nachbarschaftshilfe auskennen müsse. Die Aufgabe des Verbandes sei es, die Bevölkerung über Selbstschutzmaßnahmen aufzuklären und ihre Bereitschaft für die Hilfe am Nächsten zu wecken.

Ausstellung in Gersthofen

„Selbstschutz — eine Bürgerpflicht!“ hieß das Thema einer BVS-Ausstellung in den Räumen der Kreissparkasse im schwäbischen Gersthofen. Wichtigste Stationen der interessant und ansprechend aufgemachten Schau: Die Versorgung Verletzter und die Rettung von Menschen aus Gefahrenbereichen. Aber auch die Verhütung und Bekämpfung von Bränden, das richtige Anlegen von Lebensmittelvorräten und die Rolle der Frau im Selbstschutz fanden das Interesse der vielen Besucher. Bürgermeister Karl Weiß hatte die Ausstellung im Beisein zahlreicher Honoratioren eröffnet und in seiner Ansprache dem Selbstschutzgedanken als Aufgabe des Bürgers breiten Raum eingeräumt.

Mit Bilanz zufrieden

Das Interesse am Selbstschutz ist bei der Bevölkerung in den vergangenen Jahren merklich gewachsen. Dieses Fazit zog man bei einer selbstkritischen Beurteilung der Arbeit zur Jahreswende in Bad Kissingen.

Erfolgreich abgelaufene Bürgerversammlungen in Kleinwenkheim und Sulzthal hätten es auch dort ermöglicht, bei der Bevölkerung Verständnis zu erwecken. Auch mit Beginn des neuen Jahres ist man beim BVS in Bad Kissingen wieder voll aktiv. Bürgerversammlungen in Oberbach, in Großenbrach und Langendorf standen im Januar auf dem Plan. Besonderen Raum wird das Thema Selbstschutz auch bei der Bürgermeisterversammlung des Großkreises einnehmen.

Im Kaufhaus informiert

Brandverhütung und Soforthilfe waren in einem Landshuter Kaufhaus die Themen mit dem Ziel, die Mitarbeiter zu informieren. Dabei ging man ganz konkret auf die im Kaufhaus vorhandenen räumlichen Möglichkeiten bei der Brandverhütung und -bekämpfung ein. Ein Film versuchte die Ursachen eines Kaufhausbrandes aufzuhellen. Bei den Übungen mit den Feuerlöschern erfuhren viele Mitarbeiter, daß Theorie und Praxis zwei verschiedene Dinge sind.

Leistung gewürdigt

Mit fünf hauptamtlichen, sechs ehrenamtlichen Mitarbeitern und 82 Helfern betreut die Regensburger Dienststelle rund 350 000 Einwohner. Daß man auf eine recht erfolgreiche Aufklärungsarbeit zurückblicken kann, erfuhr man bei einem Treffen der Arbeitsgemeinschaft im Alten Rathaus.

Dienststellenleiter Peter Blazejewski bedankte sich vor allem bei der Stadtverwaltung, die die Arbeit des Selbstschutzes unterstützt hatte. Bilanz zog man auch über die Aktivitäten in der Ausbildung. Die nüchternen Zahlen, so hieß es, könnten aber wohl kaum die ganze Arbeit widerspiegeln, die von den Mitarbeitern geleistet worden war. Für die Zukunft nahm man sich vor, die Frauen noch besser im Selbstschutz zu integrieren.

Bürgermeister Karl Pflüger würdigte den Idealismus der Selbstschutzmitglieder als große persönliche Leistung.



Bundesverdienstkreuz für bewährte THW-Männer

Der Kreisbeauftragte der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk für Dithmarschen, Fritz Jatho, ist vom Bundespräsidenten mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden.

Landesbeauftragter Meier überreichte Jatho die Auszeichnung im Rahmen einer Feierstunde in der Kreisstadt Heide. LB Meier führte in seiner Ansprache aus, daß der Anlaß des



Fritz Jatho erhält von LB Meier Kreuz und Urkunde.

Treffens der THW-Führungskräfte aus Stadt und Kreis mit Vertretern der anderen Katastrophenschutzorganisationen, der Behörden, kommunalen Gremien und der Bundeswehr der Ehrung eines Mannes gelte, dessen Trachten stets darauf ausgerichtet war, anderen zu helfen. Fritz Jatho trat 1958 in den Ortsverband Heide ein und sorgte von Beginn seiner Tätigkeit an für eine intensive Ausbildung der Helfer. So konnte der OV bei der großen Sturmflut 1962 seine Bewährungsprobe bestehen. Daß dieses Beispiel an Fachkönnen und Einsatzwillen zur Gründung weiterer Ortsverbände in Dithmarschen führte, ist nicht zuletzt das Verdienst Fritz Jathos, der von 1962 bis 1972 den OV Heide führte. Er ging an alle Aufgaben mit der ihm eigenen Gründlichkeit und mit viel Engagement heran. Jatho stellte regen Kontakt zu Behörden und den anderen Hilfsverbänden her. Wertvolle Anregungen gab er auch als Mitglied des THW-Landesausschusses.

Den Dank der Stadt Heide für den langjährigen Kontakt des THW zur Verwaltung, dessen „Schaltstelle“ Fritz Jatho gewesen sei, stattete Bürgervorsteher Petersen-Schmidt ab. Es sei auch gut zu wissen, sagte er, daß Männer wie Jatho für andere bereitstehen. Stadtrat Egge stellte den Dreiklang Feuerwehr — DRK — THW heraus, der in der Stadt deutlich spürbar sei. Dieser Auffassung schlossen sich Bereitschaftsführer Wagner für das DRK und Hauptbrandmeister Timm von der Heider Feuerwehr an.

Abschließend brachten die THW-Helfer, unter ihnen Geschäftsführer Peter Waßmann, den Wunsch nach weiterer guter Zusammenarbeit zum Ausdruck, verbunden mit der Verpflichtung, gemeinsam den Weg weiterzugehen.

✱

Dem Ortsbeauftragten des Freisinger THW, Alfred Steiniger, wurde in Anwesenheit von Landrat Ludwig Schrittenloher und Oberbürgermeister Dr. Schäfer vom Landesbeauftragten Dipl.-Ing. Schwarz das von Bundespräsident Walter Scheel verliehene Bundesverdienstkreuz ausgehändigt.



Alfred Steiniger mit LB Dipl.-Ing. Schwarz.

Dipl.-Ing. Schwarz unterstrich, daß Alfred Steiniger sich im THW um Staat und Volk Verdienste erworben habe. Steiniger habe dem Ortsverband Freising die geistige Inspiration vermittelt, einen physischen Einsatz geleistet, eine hervor-

ragende Leistung vollbracht und den Ortsverband mit menschlicher Würde geführt. Der THW-Landesbeauftragte zollte den Freisinger THW-Männern wohl das höchste Lob, als er ihnen versicherte, daß der Leistungsstandard beim Ortsverband Freising so hoch sei, daß es dafür keinen Superlativ mehr gebe. Für die hohe menschliche Leistung sprach er allen THW-Helfern seinen Dank und seine Anerkennung aus.

F. M.

✱



Paul Heimann bei der Ehrung durch LB Drogies.

Paul Heimann — seit über 21 Jahren Mitglied des Technischen Hilfswerks — wurde vom Bundespräsidenten mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. In einer Feierstunde des Ortsverbandes Neuwied und in Gegenwart vieler Gäste überreichte Landesbeauftragter Siegfried Drogies die verdiente Auszeichnung. Gleichzeitig überbrachte er die besonderen Grüße und den Dank des rheinland-pfälzischen Innenministers für die wertvolle Arbeit, die Heimann geleistet hat.

Der Ortsbeauftragte von Neuwied, Hans Neubarth, würdigte das 1953 für das THW in Ludwigshafen begonnene, in Worms, Speyer und Mainz sowie schließlich vom November 1960 an in Neuwied fortgesetzte Wirken von Paul Heimann. Ferner dürfte man nicht die intensive Aufbauarbeit des heute 74jährigen gebürtigen Breslauer

unerwähnt lassen, der von jungen Jahren an im öffentlichen Dienst stand. Gerade auch während seiner Tätigkeit als Geschäftsführer im Bereich Neuwied hat Heimann mit vollem Einsatz stets weit mehr als nur seine Pflicht erfüllt. Sein Handeln hat er immer unter das Leitmotiv des THW und der anderen Hilfsorganisationen gestellt: „Freiwilligkeit zuerst“.

„Sie tun das, was jeder Staatsbürger an einer besonderen Stelle unseres Staates tun sollte, mit einer bescheidenen Selbstverständlichkeit in überreichem Maße“, schloß Neubarth.

Mit den Abordnungen aus allen Ortsverbänden des Betreuungsbereiches gratulierten ebenfalls die Vertreter des Kreises und der Stadt Neuwied, der Polizei und der DLRG. Sie alle würdigten die Auszeichnung des Alt-Aktiven zugleich als öffentliche Anerkennung der uneigennützigsten Arbeit des THW. Schmidt

*

Mit unerhört viel Energie und Beharrlichkeit hat John Mohr das THW im Landkreis Harburg aufgebaut und entwickelt. Der heutige Ortsverband Stelle bei Winsen a. d. Luhe ist sein Werk. Ohne seine Opferbereitschaft wäre vor allem auch die Unterkunft nicht so zügig erstellt worden. Nur „Insider“ wissen wirklich abzuschätzen, was alles an persönlichem Einsatz dazu gehört, um einen solchen Ortsverband „auf die Beine zu stellen“ und dann attraktiv und einsatzbereit zu halten.



John Mohr gehört zu denjenigen, die sich um Volk und Staat verdient gemacht haben.

Kein Wunder, daß John Mohr zu denen gehörte, die vom Bundespräsidenten durch Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Bande eine besondere Anerkennung erfuhren. Landesbeauftragter

Sahlender überreichte die hohe Auszeichnung. John Mohr (75) war dankbar dafür, aber er wird nicht rasten. Seine ideelle Einstellung und seine Erfahrung gebieten ihm, auch noch im hohen Alter seinen Nachfolgern in den Ehrenämtern und ggf. den jungen Helfern den fundierten Rat „eines alten Hasen“ zur Verfügung zu halten. H. Wolf

Nachruf

Die Helfer des Ortsverbandes Bensheim nahmen Abschied von ihrem langjährigen Ortsbeauftragten

Alfred Kayser

Mit ihnen trauern die übrigen Ortsverbände des Kreises Bergstraße und viele THW-Kameraden im Landesverband Hessen.

Alfred Kayser starb am 24. Dezember 1974 nach langer, schwerer Krankheit im Alter von 71 Jahren.

Mit Kayser verliert das THW einen der langjährigen und verdienstvollsten Ortsbeauftragten.

Bereits Helfer der Technischen Nothilfe, war er 1952 Gründer des Ortsverbandes Bensheim und dessen Ortsbeauftragter bis zu seinem Tode.

Als Kreisbeauftragter vertrat er die Belange des THW im Landkreis Bergstraße.

Für jahrelange Mitarbeit waren ihm die Helferzeichen in Gold und in Gold mit Kranz verliehen worden.

Der Tod von Alfred Kayser hat eine nur schwer schließbare Lücke hinterlassen.

Seiner werden wir stets gedenken.

Der Landesbeauftragte für Hessen
Die Helfer des OV Bensheim

*

Am 7. Dezember 1974 verstarb plötzlich und unerwartet im Alter von 67 Jahren unser THW-Kamerad, der frühere Ortsbeauftragte des Ortsverbandes Lübeck

Ingenieur Heinz Zimmermann

Kamerad Zimmermann trat 1957 in das THW ein und leitete den Ortsverband Lübeck von 1959 bis Juni 1973. Er war Träger des Helferzeichens in Gold und des Helferzeichens in Gold mit Kranz.

Wir werden unserem Kameraden Heinz Zimmermann stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Der Landesbeauftragte für Schleswig-Holstein
Der Ortsbeauftragte für Lübeck



Nach schwerer Krankheit, aber für alle völlig unerwartet, verstarb am 15. Januar 1975, kurz vor Vollendung seines 62. Lebensjahres, der langjährige Mitarbeiter des

Landesverbandes Rheinland-Pfalz,

Dipl.-Ing. Ernst Meyer

Als Hauptsachgebietsleiter 1 und stellvertretender Landesbeauftragter ist Ernst Meyer durch sein besonnenes und hilfsbereites Wesen in den acht Jahren dieser Tätigkeit, besonders in der Zeit, in der der Landesverband kommissarisch durch einen benachbarten Landesbeauftragten mitverwaltet wurde, der ruhende Pol der Dienststelle gewesen. Mit Zuverlässigkeit und in treuer Pflichterfüllung hat er für das Ansehen und die Einsatzbereitschaft des Landesverbandes gearbeitet und dafür viele freie Stunden geopfert.

Wir werden unserem Kameraden immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Landesbeauftragte,
die Helfer und Mitarbeiter
im Landesverband Rheinland-Pfalz

*

Der Ortsverband Solingen trauert um seinen Kameraden

Udo Emgenbroich

Der Träger des THW-Helferzeichens in Gold wurde im Alter von 35 Jahren durch ein tragisches Geschick jäh aus unserer Mitte gerissen.

Er gehörte seit 1964 dem OV an und zeichnete sich als zuverlässiger und vorbildlicher Helfer aus. Der Ortsverband verlor in ihm einen beliebten Kameraden, der in den Reihen der Helfer sehr fehlen wird.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte

*

Der Ortsverband Marktheidenfeld trauert um seinen Kameraden

Hildebert Götz

der am 4. November 1974 an den Folgen eines Verkehrsunfalles verstarb.

Er gehörte dem Ortsverband seit der Gründung als aktiver Helfer an. Wir haben mit ihm einen guten Kameraden verloren, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren.

OV Marktheidenfeld

Hilfe für Unicef

Unter der Schirmherrschaft des Bezirksbürgermeisters von Neukölln, Dr. Stücklen, stand der Rixdorfer Weihnachtsmarkt. Rund um die historische Rixdorfer Schmiede und die alte Dorfkirche waren drei Tage lang über 50 Marktstände aufgebaut, in denen Basteleien und Geschenke feilgeboten wurden. Die Anbieter waren sämtlich keine Gewerbetreibende, sondern karitative und konfessionelle Verbände, Berufsschulen, Seniorenheime, Organisationen u. a.

Der Initiator des Marktes, Polizeidirektor Lemke, bot ein ausgefülltes Programm, wobei besonderer Wert auf weihnachtliche Stimmung gelegt wurde. Über 50 THW-Petromaxlampen leuchteten in den Marktständen, während die Kirche und die Schmiede im Licht der Halogenscheinwerfer der ZBA strahlten. Die Waffeleisen und die Würstchenbräter hingen an unserem 17,5 KVA-Aggregat. Das Musik-Podium aus LH-Fahrbahnplatten mit Zelt wurde vom THW aufgebaut, und schließlich beteiligten wir uns mit einem eigenen Stand, an dem „Rixdorfer Kartoffelsuppe“ gegen eine Spende von —,50 Pfennig zu Gunsten der Unicef ausgegeben wurde. Über 2000 Portionen fanden Absatz. Die Küchentruppe hatte alle Hände voll zu tun, um rechtzeitig Nachschub herbeizuschaffen.

Presse und Fernsehen berichteten über den Weihnachtsmarkt, wobei besonders erwähnt wurde, daß ohne die Hilfe des THW dieses Vorhaben nicht hätte durchgeführt werden können.

Dabei darf an dieser Stelle noch hervorgehoben werden, daß die Helfer freiwillig auf eine Entschädigung verzichtet haben und sich damit voll in den Gesamtrahmen dieser Wohltätigkeitsveranstaltung stellten.

G. B.

Helferwerbung

Der Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf hatte Gelegenheit, in der Vorhalle des Stadtbades Lankwitz eine Glasvitrine für Werbezwecke auszustellen. Diese Vitrine in Form eines Würfels mit 1 m Kantenlänge wurde von der Ausstellungs-Messe-Kongreß-Gesellschaft (AMK) Berlin für diesen Zweck kostenlos zur Verfügung

gestellt. Durch diagonales Einstellen von Trennwänden ergab sich eine optimale Flächennutzung für Werbung und genügend Raum für die Ausstellung von kleinerem Einsatzgerät und Bekleidungsstücken, z. B. Preßluftatmer, Funkgeräte, Schutzhelme u. a. Diese freistehende Vitrine war von allen Seiten leicht zugänglich und werbewirksam aufgemacht. Der Ort war günstig, weil hier vor allem junge und sportlich aktive Mitbürger für unsere Ideen angesprochen und geworben werden konnten. Die Werbung wurde an Sonnabenden und Sonntagen durch zwei Helfer mit Werbematerial unterstützt. Sie standen auch zu weiteren mündlichen Informationen zur Verfügung. E. Paul



Werbewirksam war diese Vitrine am Stadtbad Lankwitz aufgestellt.

Gespräch im Rathaus



Bürgermeister und Senator Neubauer (r.) mit Dipl.-Ing. Zielinski.

Zu einem Gespräch über Katastrophenschutz in Berlin empfing Bürgermeister und Senator für Inneres Kurt Neubauer in seinem Amtszimmer im Rathaus Schöneberg den Vizepräsidenten des Bundesamtes

für Zivilschutz und Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Dipl.-Ing. Hans Zielinski. Weitere Gesprächsteilnehmer waren Leitender Senatsrat Grunst, Senatsrat Puschnus und THW-Landesbeauftragter Brühl.

Rammen für die Feuerwehr

Auf dem Ausbildungsgelände der Berliner Feuerwehr in Heiligensee war ein 22 m langer, 2 m tiefer und 1,60 m breiter Übungsgraben ausgeschachtet, der gegen Nachrutschen der Böschung gesichert werden sollte.

Im Rahmen der THW-Landesverbandsübung übernahm der BV Tiergarten-Wedding diesen Auftrag. Durch Rammen von 7 Doppel-T- und U-Trägern wurden Führungsschienen für die Betonfertigplatten geschaffen, die mit Hilfe eines Feuerwehrkrans eingeführt wurden. Als Arbeitsbrücke für die Explosionsramme wurden LH-Fahrbahnplatten verwendet, die sich für diesen Zweck vorzüglich eigneten.

G. B.



Vorbereitung zum Rammen.

Alarmübung

Zu einer Einsatzübung des OV Husum wurden die Helfer an einem Montagabend im Oktober durch das schrille Klingelzeichen der Alarmanlage zur Unterkunft am Marienhofweg gerufen. Ein besonderes Dankeschön muß den Angehörigen (Ehefrauen und Eltern) der Mitarbeiter ausgesprochen werden, die den Alarmruf sofort fernmündlich oder durch Boten übermittelten, wenn die Helfer nicht zu Hause waren. Man darf annehmen, daß sich die Angehörigen für einen schnellen Einsatz des THW mitverantwortlich fühlen. Durch diese Mitwirkung wurde erreicht, daß zehn Minuten nach Auslösung des Alarms zehn THW-Helfer in der Unterkunft bereitstanden. Damit war die erste Phase des Alarmplanes, Bildung eines Schnelleinsatztrupps, zufriedenstellend erledigt. Der übrigen Minuten traf ein Angehöriger in der Zwischenzeit die Schutzbekleidung gebracht, denn einige Helfer waren sofort zum Sammelplatz gegangen. Dankbar sei ferner registriert, daß einige Angehörige sogar an die Erstverpflegung gedacht hatten.

Es sei vorgesehen, so wurde bekanntgegeben, das Flußbett der Arlau bei der Gaststätte Arlauschleuse zu vermessen und eine Profilaufnahme zu erstellen, um dort eventuell im Verlauf von weiteren Übungen eine Holzbrücke über den Fluß zu bauen. Die Einsatzleitung lag in den Händen von Jörn Damitz und Kurt Marx.

Zunächst fuhr der Gerätekraftwagen mit Helfern zum Einsatzort, um die Ausleuchtung vorzubereiten. Der Mannschaftskraftwagen und das Mehrzweckboot folgten. Auch das ging fast lautlos vonstatten. Die Husumer Bevölkerung wurde jedenfalls nicht aus der Nachtruhe aufgeschreckt. Trotzdem hatten sich am Einsatzort, wahrscheinlich auf Grund der Helligkeit der aufgestellten Scheinwerfer und des Motorengeräusches, Zuschauer eingefunden. Das Aufbauen der Scheinwerfer und das Anwerfen des Notstromaggregates war für die Helfer reine Routinearbeit. Nach Ankunft des Mannschaftskraftwagens wurde sofort das Mehrzweckboot zu Wasser gelassen. Danach begann

die Vermessung und die Profilaufnahme des Flußbettes. Es ergab sich eine Flußbreite von 38,50 Meter und eine Wassertiefe von etwa 2 Meter. Auf Grund der ermittelten Werte wurde eine überschlägige Materialberechnung für eine Brücke erstellt.

Damit war dieser Teil der Übung abgeschlossen, und der Abbau sowie die Verlastung der Geräte konnte vorgenommen werden. Während der ganzen Übung, das sei abschließend noch betont, bestand ununterbrochen Funkkontakt zur Unterkunft am Marienhofweg. G. Bannick

THW dankt Transall-Besatzung

Zwölf Angehörige des Lufttransportgeschwaders 63 wurden für ihre in guter Zusammenarbeit mit dem THW geleistete Auslands-Katastrophenhilfe vom Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk mit einer Urkunde geehrt.

Im Auftrage des Direktors überreichte der THW-Landesbeauftragte von Schleswig-Holstein den Offizieren und Unteroffizieren für ihre vorbildliche Einsatzbereitschaft im Stabsgebäude auf dem Flugplatz Hohn die Dankesurkunden.

Mit zwei Transall-Maschinen hatten die Männer des LTG 63 am 3. Mai 1974 THW-Helfer sowie Fähren- und Brückengerät in die von einer Dürrekatastrophe heimgesuchte Republik Tschad transportiert. Um katastrophale Folgen für die Versorgung der Bevölkerung zu verhindern, war schnelle Hilfe notwendig. Durch den Lufttransport des LTG 63 konnte die

vom THW gebaute Notfähre ihren Betrieb auf dem Chari bereits am 6. Mai aufnehmen, wodurch die Versorgung von N'Djamena mit lebenswichtigen Gütern gesichert werden konnte.

In einer kurzen Ansprache würdigte LB Meier die gute Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und THW auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes und insbesondere die humanitären Hilfen für das Ausland. Er betonte dabei besonders, daß sich gerade in jüngster Zeit die gemeinsame Hilfe zum Wohle der Notleidenden beim Einsatz im Tschad als auch in Äthiopien außerordentlich bewährt habe. Das THW betrachte, so führte er u. a. aus, die bei diesen Auslandseinsätzen praktizierte kameradschaftliche und zugleich rationelle Kooperation zwischen Bundeswehr und Technischem Hilfswerk als wertvoll. W. V.



Angehörige des Lufttransportgeschwaders 63 empfangen die Dankesurkunde des THW.

Brücke über die Wandse

Der Auftrag lautete: Bau einer 16 m langen und 2 m breiten Fußgänger-Behelfsbrücke, Bauart Holz, über einen Nebenarm der Wandse (Rahlau) am Ölmühlenweg.

An einem Freitag beginnt um 15.00 Uhr der Dienst in der Unterkunft. Während die Bergungszüge 540 und 541 Bauhölzer transportieren, stellt die E-Gruppe des I-Zuges 555 die E-Versorgung und die Beleuchtung sicher, damit die Arbeit nach Einbruch der Dunkelheit weitergehen kann.

Ebenso wird für die Versorgung der Helfer an der Baustelle ein LS-Zelt aufgestellt.

Die Führungsgruppe 505 baut eine Feldkabel-Fernmeldeverbindung mit Vermittlungsbetrieb von der Unterkunft zur 1,5 km entfernten Baustelle, dabei muß die Bahnlinie Hamburg-Lübeck und die stark befahrene B 75 überquert werden.

Unsere freiwilligen Helferinnen sorgen für das leibliche Wohl der Einsatzgruppen. Um 23.00 Uhr sind die für diesen Tag vorgesehenen Aufgaben erfüllt, und die Helfer können nach Hause gehen. Die Führungsgruppe hält Nachtwache.

Am Sonnabend beginnt um 7.00 Uhr der Dienst. Die Aufgaben sind verteilt.

Die Brückenbauer haben jetzt 2 Arbeitsplätze. Der Bergungszug 541 schneidet bei der Unterkunft die Hölzer zu und fertigt das Geländer unter Leitung eines fachkundigen Helfers.

Der Bergungszug 540 ist an der Baustelle im Einsatz. Dort können die Passanten ein geschäftiges Treiben sehen. Pfähle werden gerammt und abgelängt, Holme aufgestellt und verbohrt sowie Sattelhölzer und Tragbalken aufgebaut. Die Brücke bekommt gegen Mittag Form.

In der Zwischenzeit ist die Fahrbereitschaft mit folgenden Fahrzeugen im pausenlosen Einsatz: 2 GWK, 1 MLW, 5 MKW, 1 Kipper, 1 Fukow, 1 VW-Kombi. Transportiert wird das Baumaterial, nachgeforderte Werkzeuge, Verpflegung, Helfer usw. Über eine Fm-Verbindung ist der ständige Kontakt der Einheiten sichergestellt.

Am Sonnabend um 22.30 Uhr ist Feierabend. Als die Helfer an der Unterkunft eintreffen, hat die Versorgung eine Grill-Party vorbereitet. Die Führungsgruppe hält zum zweiten Mal Nachtwache, und ein anstrengender, aber für alle auch ein schöner Tag geht zu Ende.

Am Sonntag geht es um 7.00 Uhr los. Einigen Helfern ist es sicher schwer gefallen, munter zu werden, aber —

Dienst ist Dienst — die Arbeit geht weiter.

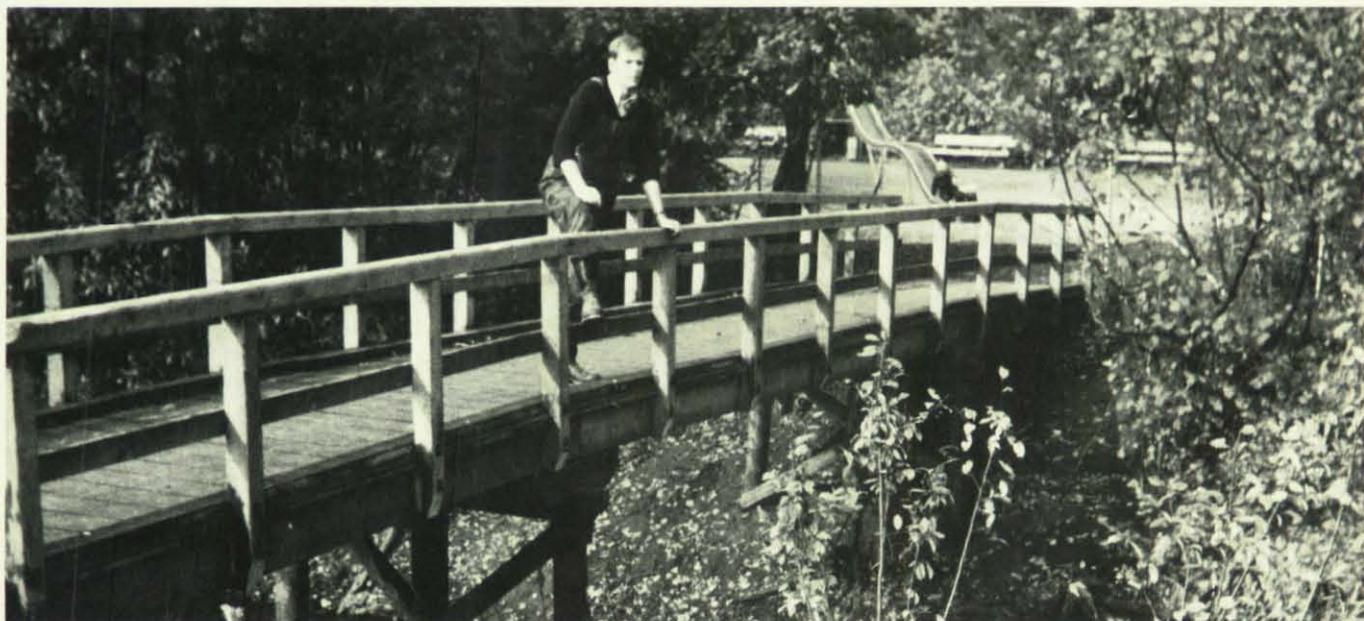
Gegen 17.00 Uhr ist die Brücke fertiggestellt. Die Geräte werden verlastet und abtransportiert.

Dieses war die 20. Brücke, die seit Bestehen vom Bezirksverband Hamburg-Wandsbek gebaut wurde. Daran ist zu erkennen, daß in Hamburg der BV-Wandsbek für den Brückenbau besonders spezialisiert ist, zumal diese Brücken von unseren Helfern berechnet, konstruiert, gezeichnet und vom Bauamt genehmigt wurden.

Trotz etlicher Schwierigkeiten wurde die Brücke in relativ kurzer Zeit fertiggestellt, was auf die gute Zusammenarbeit aller Führungskräfte und Helfer zurückzuführen ist.

Einen besonderen Verdienst am Gelingen dieser Aufgabe kommt unserem Bezirksbeauftragten zu, der Monate vor Beginn in vielen Besprechungen bei den Behörden und in der eigenen Organisation zur termingerechten Fertigstellung beigetragen hat. Besonders lobenswert ist das Verhalten der Helfer, die spontan die ihnen zustehende Entschädigung für den Bau einer Kinderklinik in Äthiopien spendeten. Dieses war eine technische Hilfeleistung, von der alle Beteiligten begeistert sind, zumal alle Gruppen mit der Präzision eines Uhrwerks zusammengearbeitet haben.

P. Struckhof



16 m lang und 2 m breit ist diese Holzbrücke über einen Nebenarm der Wandse am Ölmühlenweg, den THW-Helfer des Bezirksverbandes Hamburg-Wandsbek bauten.

Wasserverseuchung aufgespürt

Am 19. Dezember stellte Gruppenführer Rohlmann gegen 10.30 Uhr bei Hochwasser der Leine im Bereich der Godehardbrücke in Göttingen einen ortsunüblichen Geruch (schwach Bittermandel) fest und schlug eine C-Spürung vor. Der Verdacht lag nahe, daß von stahlverarbeitenden Betrieben in Thüringen Härtesalze in größeren Mengen in die Leine gelangt waren, wie das in der Vergangenheit oftmals der Fall gewesen war. Diese Härtesalze (Cyanide) lösen sich im Wasser und können nur auf chemischem Wege unschädlich gemacht werden.

Der erste Meß-Spürpunkt, am Zusammenfluß von Leine und Flütthe beim Kiessee stromaufwärts Göttingen, wurde angelaufen und dort um 11.10 Uhr das erste Ergebnis mit „schwach“ registriert. Stromabwärts wurden nun regelmäßig weitere Ergebnisse festgestellt. Der letzte

Spürpunkt war Höckelheim Leinerturm um 14.05 Uhr.

Um 14.15 Uhr wurde das Spürergebnis dem Ordnungsamt des Landkreises Northeim vorgelegt. Eine Information der Bevölkerung wurde erwogen.

Um 15.30 Uhr, nach Rückkehr zur Dienststelle, wurde die Kreisverwaltung Göttingen und um 15.40 Uhr das Zivilschutzamt informiert.

Der Kreis Göttingen ordnete an, daß die Feuerwehr Wasserproben zu entnehmen habe, diese sollten im Chem. Institut analysiert werden. In den an der Leine gelegenen Wasserwerken wurde die Wasserentnahme aus der Leine eingestellt. Dies ergab sich bei einem Gespräch mit den Wasserwerken um 16.07 Uhr.

Für künftige Fälle müssen Fragen des Meldeverfahrens und der Informierung der Bevölkerung noch überprüft werden.

G. W.

Für die Mitbürger

Ein Volksfest wurde in Einbeck gestartet, ein sogenannter Bürgermarkt. Selbstverständlich war das THW mit von der Partie, und zwar bei Vorbereitung und Durchführung.

So bauten die Helfer eine Tribüne auf, die so stabil sein mußte, daß sich darauf bei Folklore- und Musikdarbietungen die Mitwirkenden frei bewegen konnten. Aber nicht nur diese Aufgabe wurde zweckgerecht gemeistert. Den Helfern gelang es auch, mit ihren Halogen-Leuchten den etwa 100 x 200 m großen Marktplatz für die Veranstaltung auszuleuchten.

Viele freiwillige Helferstunden — übrigens auch von der Feuerwehr und anderen Verbänden — wurden geleistet, so wie man es tut, wenn man ohne Aufhebens „in die Gesellschaft integriert“ ist. Die Einbecker Morgenpost vermittelte ein Lob für „einige Leute, die rund um die Uhr bei der Sache gewesen“.

H. W.

20 Jahre OV Wittlage

Der OV Wittlage, der seine Unterkunft in Bad Essen-Harpenfeld hat, beging sein 20jähriges Bestehen. Einige wenige Helfer fanden sich vor nunmehr 20 Jahren zusammen, um für die Gemeinschaft in Zeiten der Not „technische Hilfe“ zu leisten. Heute zählt der OV fast 70 aktive Helfer, die von der Landes- und der Bundesschule auch für schwierige Aufgaben vorbereitet wurden. Darüber hinaus verfügt man über umfangreiches Gerät nebst den erforderlichen Einsatzfahrzeugen.

Wie bescheiden war dagegen das Arbeitsgerät zur Zeit der Gründung des Ortsverbandes; über ein Fahrzeug verfügte man damals nicht. Die Gründung des Ortsverbandes ist auf eine Übung des THW in Hunteburg zurückzuführen. Eine erste Unterkunft fand der neu ins Leben gerufene Ortsverband im Turmgebäude der Burg Wittlage, wo auch die Kreisverwaltung des ehemaligen Landkreises Wittlage ihre Diensträume hatte. Schon bald reichte der eine Raum im Turm nicht mehr aus, um neben dem Arbeitsgerät eine

schnell wachsende THW-Mannschaft aufzunehmen. Es folgte der Umzug in eine größere Unterkunft nach Bad Essen-Harpenfeld, wo der Ortsverband auch heute noch seine Dienstabende abhält. Neben fünf großräumigen Garagen für die Mannschafts- und Gerätewagen verfügt man hier über einen großen Versammlungsraum, ein Büro, einen Schirrmeisterraum und ein Lager für die persönlichen Ausrüstungsgegenstände und die Gerätesätze I und M. An Fahrzeugen stehen ein GWK, zwei Mkw, ein VW-Transporter und ein Fukow sowie ein fahrbarer FKH zur Verfügung.

Bisher haben dem OV Wittlage fünf Ortsbeauftragte vorgestanden, und zwar H. Behrendt, W. Meyer, J. Cordes, A. Frank und R. Michaelis. Es ist der Wunsch aller Helfer, daß vom Landesbeauftragten in Hannover ein Nachfolger für das Amt des Ortsbeauftragten des OV Wittlage recht bald vorgeschlagen und ernannt wird, um die weitere positive Entwicklung des Ortsverbandes zu gewährleisten.

Grönemeyer

Hochwasser-Einsatz

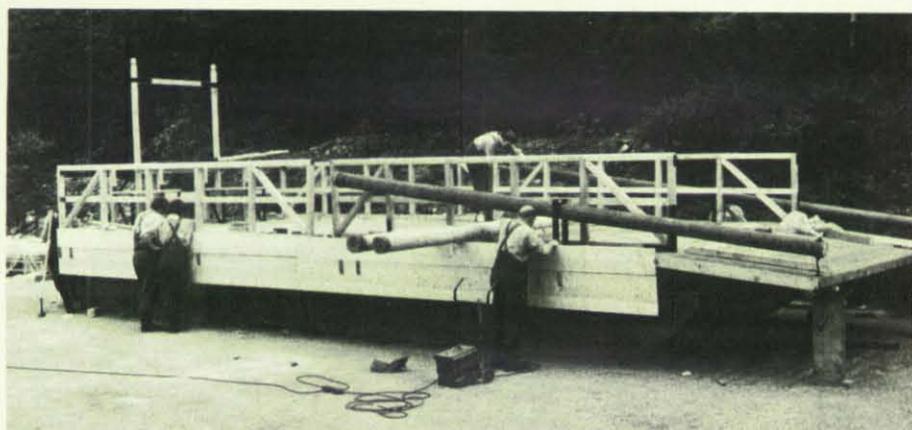
Mannschaften des Technischen Hilfswerks wurden in der Nacht des 17. Dezember zur Bekämpfung der Hochwasser-Gefahren im Luechower Raum an die Elbe gerufen. Sie haben bei Deichsicherungsarbeiten aller Art geholfen. Sandsäcke wurden verlegt, Krisenstellen nachts ausgeleuchtet, Mehrzweckboote standen für den Transport von Personen und Material bereit. Aus rückwärtigen Bereichen wurden Notstrom-Aggregate zum Einsatz auf den Deichen angeliefert.

Die Katastrophen-Abwehrleitung des Kreises Luechow-Dannenberg bedankte sich für prompte Lieferung.

Die THW-Kräfte in der Nähe der bedrohten Gebiete standen für weitere Hilfeleistungen bereit, deren Notwendigkeit besonders noch für die folgenden drei Tage erwartet wurde.

G. W.

Historische Ruhrfähre nachgebaut



Hier entsteht die „Schollsche Fähre“, in 1200 Arbeitsstunden nachgebaut.

Für die Mülheimer-Woche vom 6. bis 15. September wurde dem OV Mülheim/Ruhr der Nachbau der historischen Ruhrfähre „Schollsche Fähre“ übertragen.

406 freiwillige Helfer errichteten in mehr als 1200 Arbeitsstunden zwischen dem 29. Juli und dem 5. September unter Leitung der Zugführer Horst Winkelmann und Paul Lück den Nachbau.

Als Schwimmelemente dienten 4 Halbpontons des Wasserdienstes mit Hauptträgern als stützende Komponente. Dieser Grundaufbau wurde komplett mit Tannenholz verkleidet, d. h. die Beplankung und die Bootswände wurden analog dem historischen Original errichtet. Die Reling mußte — wegen Unfallgefahr — auf die gesamte Schiffslänge ausgedehnt werden. Dies erforderte eine sehr große Geschicklichkeit der Helfer, denn die Reling mußte leicht zerlegbar sein, trotzdem die Holzverbindungen genau eingepaßt sein.

Die Hauptmasten, die zur Spitze hin konisch zulaufen, wurden auf einer Drehbank bearbeitet und erhielten durch Handarbeit ihre Verzierungen.

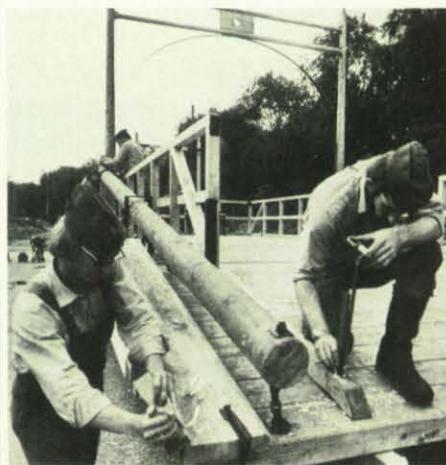
Ein besonderes Problem in der Ausführung stellte der Schrägabgang dar, der auf das jeweilige Ufer-niveau abgesenkt bzw. aufgezogen werden muß. Zwei Telefonmasten mußten als Hebelarme einer von den Helfern bedienten Haspel dienen. Außerdem mußten 2 Spezialhalterungen für die 40 PS starken Außenborder besorgt werden.

Besonderen Wert legten die Helfer auf den notwendigen Zierat, wie

z. B. die Ruderpinne mit Ruder (analog dem Originalruder), die durch Bewehrung mit Gaszug und Steuereinrichtung für die Außenborder genutzt wurde.

Nach ca. zweimonatiger Bauzeit stand die fertige Fähre auf dem Hof des OV Mülheim zum Abtransport bereit.

Am 30. August wurde die Fähre zerlegt und zur Ruhr transportiert, wo sie am 2. September ihre Jungfernfahrt unternahm.



406 freiwillige Helfer werkten für die „Mülheimer Woche“.

Während der Mülheimer Woche, täglich von 11 Uhr bis zum Einbruch der Dämmerung, setzten die als Fährlaute verkleideten Helfer des Wasserdienstes wie in alten Zeiten die Besucher der „Woche“ über. Ortsbeauftragter Albert Löhr konnte zufrieden sein, daß auch diese Art von „Hilfe“ bravourös gemeistert wurde.

Auch den Angehörigen der Helfer muß gedankt werden, weil diese durch Spenden, wie die obligate „Erbsensuppe“, wesentlich zum Gelingen des Ganzen beigetragen haben. Besonders wichtig erscheint jedoch die Tatsache, daß eine komplette Fährmannschaft eine Woche Gelegenheit hatte, den Eventualfall zu üben.

Technische Daten der Fähre:
Länge über alles: 11,6 m; Breite über alles: 4,8 m; Höhe über alles: 6,0 m; Tragkraft: ca. 2,0 t; Antrieb: 2 x 40-PS-Außenbordmotore.

1974 aus der Sicht eines Ortsverbandes

Von den zahlreichen technischen Hilfeleistungen des OV Bottrop 1974 ist der Einsatz mit Sauerstoffanlagen beim „Abbruchreifmachen“ des LS-Bunkers in der Siemensstraße herauszuheben. Bewähren konnte sich der OV ferner bei der Explosionskatastrophe der Phenol-Chemie in Gladbeck und bei einem zweiten Katastropheneinsatz am 30. 3. auf der Zeche Prosper IV der Bergbau AG Oberhausen. Der Leiter des Bergamtes Gelsenkirchen und der THW-Landesbeauftragte sprachen den hierbei eingesetzten Helfern Mechtild Hrabowski, Zugführer Walter Neuwald, Zugtruppführer Fritz Voß, Helfer Günter Malik und Werner Stieber Dank und Anerkennung aus.

Dem Deutschen Fußballverband half der OV bei der Organisation der Fußball-Weltmeisterschaftsspiele am 18., 22., 26. und 30. 6. sowie am 3. 7. im Gelsenkirchener Parkstadion. Der Verpflegungstrupp sorgte für schmackhaftes Essen bei zahlreichen Pfarrfesten, Einweihungen und Feiern befreundeter Vereine und Organisationen; er gab an einem Tag bis zu 900 Portionen aus.

Daneben wurde aber die planmäßige Ausbildung nicht vernachlässigt. In kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit dem OV Gladbeck wurde unser Übungsgelände dabei weiter ausgebaut. Neben dem THW-Landesverband unterstützte besonders das Amt für Zivilschutz Bottrop unbürokratisch und großzügig unsere Arbeit. Auch wurde die Zusammenarbeit mit den anderen örtlichen Katastrophenschutz-Organisationen vertieft. Dies zeigte sich nicht zuletzt bei unserem

Herbst- und Jahresfest im Oktober. In aufgelockerter Form konnten sich hier die Mannschaften der einzelnen Katastrophenschutz-Einheiten gegenseitig messen. Neben dem Wanderpokal errang unsere THW-Mannschaft auch die „Plakette der Stadt Bottrop“. Zahlreiche Helfer konnten den Fahrgastbeförderungsschein erwerben und sich durch Besuch von Lehrgängen an den Katastrophenschutz-Schulen weiterbilden und so die Voraus-

setzungen für die Übernahme von Verantwortung schaffen. Selbstverständlich gingen 1974 auch die Helfervertreterwahlen reibungslos vonstatten.

Unsere blauen THW-Fahrzeuge erhielten Zuwachs durch einen neuen LKW. Auch die vom Staat bei Eigenbeteiligung der Helfer zur Verfügung gestellte ansprechende Dienstbekleidung wird sicher zur Aufbesserung des äußeren Bildes und nicht zuletzt

zur Festigung der Kameradschaft in unserem Ortsverband beitragen. Unsere Jugendlichen in Stärke einer B-Gruppe — betreut vom I.B-Zug — freuen sich auf den neuen leichten Einsatzanzug, der demnächst zur Auslieferung kommt. Mit Verleihung des Helferabzeichens in Gold an Georg Herrmann am 14. Dezember fanden die Aktivitäten des OV Bottrop für das Jahr 1974 ihren Abschluß.

F. H.

RHEINLAND~PFALZ



Geschäftsführer verabschiedet

Mit einer feierlichen Verabschiedung in den Ruhestand dankten die ehrenamtlichen Helfer der THW-Ortsverbände Mainz, Bingen, Alzey und Würzstadt ihrem langjährigen Geschäftsführer Ing. Otto Kruppa für seine aufopfernde Tätigkeit. Kruppa kam 1952 nach Mainz und gründete dort mit einigen Bürgern einen Ortsverband, dessen Wirken auf die benachbarten Landkreise ausstrahlte und zur Gründung von Ortsverbänden in Alzey, Würzstadt und Bingen führte. Diese Ortsverbände bildeten dann den Betreuungsbereich des Mainzer Geschäftsführerbereiches. In der Feierstunde erinnerte stellv. OB Werner Brand — ebenfalls Gründungsmitglied des OV — an die

wichtigsten Stationen der gemeinsamen Aufbauzeit. An der Spitze von Delegationen ihrer Ortsverbände sprachen OB Lothar Bauer (OV Alzey) und Zugführer Adam Scholl (OV Bingen) Kruppa Dank und Anerkennung für seine wirkungsvolle Arbeit aus. Als Vertreter des LV VII stellte TA Heinz Willan Kruppas Beitrag zur Stärkung des Landesverbandes Rheinland-Pfalz heraus. Im Namen der Stadt Mainz dankte der Leiter der Abt. Zivilschutz der Stadtverwaltung, Busch, für die lange, vertrauensvolle Zusammenarbeit beim Aufbau des örtlichen Katastrophenschutzes. Kruppa dankte für die Ehrungen und versprach, auch weiterhin dem Ortsverband Mainz als ehrenamtlicher Helfer anzugehören.

J. M.

Anforderungen eingehen, wird ein Helfer als Koordinator und Telefonist zurückgelassen.

Der Schneesturm wird immer stärker. Sichtweite knapp 10 Meter. Mit Martinshorn und Blaulicht geht es durch dichten Berufsverkehr zum Einsatzort, wo der Eigentümer uns zitternd erwartet.

Nach kurzer Besichtigung und Besprechung beginnt die eigentliche Arbeit. Als Einsatzleiter wird der erfahrene Gruppenführer Manfred Geiger benannt. Die Pappel ist 25 m hoch und hat sich zum Glück in dem davorstehenden Baum verfangen.

Ringsum stehen Gebäude und Umzäunungen, die Straße ist stark frequentiert. Wir verzichten auf eine Straßensperrung, entfernen Stromleitungen und sichern die Pappel mit Greifzügen und Seilwinden ab. Stückweise wird der Baum von unten verkürzt, damit er an dem danebenstehenden Baum hängenbleibt und nachrutschen kann. Äußerst schwierig und gefährlich erwies sich das Anbringen der Strops in halber Baumhöhe. Das Holz war vereist, die Äste morsch und brüchig, eine Drehleiter stand nicht zur Verfügung. Der Sturm tat ein Übriges, Geräte und Fahrzeuge vereisten im Handumdrehen. Vorsichtshalber wurde eine zweite Pappel gefällt. Nach 3 Stunden zeigte sich in aller Gesichter Erleichterung. Der OV Pirmasens hatte sein Können erneut unter Beweis gestellt, die drohende Gefahr für die Passanten der Straße war behoben. Müde, durchnäßt und verschmutzt, aber auch um Erfahrungen und Zufriedenheit reicher, wurden Geräte und Fahrzeuge gereinigt und die Rückfahrt angetreten. Als ob selbst Petrus uns testen wollte, ließ der Schneesturm mit Beendigung des Einsatzes schlagartig nach, und die Sonne blinzelte uns verschmitzt entgegen.

W. Lehmann



Während der Verabschiedung: v. l. Gf Kruppa, OB Brand und Zf Scholl.

Einsatz in Schnee und Eis

Mittwoch, 11. Dezember 1974, hat am frühen Morgen der erste kräftige Schneefall eingesetzt. Die Straßen sind vereist. Um 13.00 Uhr nimmt der böige Wind zu — ein Schneesturm braut sich zusammen. Wie unangenehm jetzt ein Einsatz wäre! Und schon läutet das Telefon. Der OV Pirmasens wird um sofortige Hilfe gebeten, da Gefahr durch eine umgeknickte Pappel vorliegt, die auf eine dicht befahrene Straße zu stürzen

droht. Vorsorglich liegt die Dienstbekleidung bereit. Während ich in die „Klamotten“ springe, wird Alarm über die Funkalarmempfänger ausgelöst. Fast gleichzeitig treffen 5 weitere Helfer in der Unterkunft unseres OV ein. Es geht Schlag auf Schlag. Während sich die Kameraden umziehen, lasse ich die Motoren von GKW und MKW warmlaufen und verlaste zusätzlich eine Motorsäge und Ersatzketten. Da nicht ausreichend bekannt ist, wieviel Mann eingesetzt werden müssen und ob evtl. weitere

Wochenendübung im Steinbruch

Auf Wunsch der Helfer des Bergungszuges Hofheim/Taunus organisierte der erst seit kurzer Zeit tätige Ortsausschuß eine Wochenendübung in Köppern/Taunus.

Bei dieser Übung galt es zu ermitteln:
 — Funktionsfähigkeit des neuen Ortsausschusses;
 — Bereitschaft der Helfer, an Übungen teilzunehmen. (Der Bergungszug verfügt im allgemeinen über eine Gruppe von 60 Helfern);
 — Zusammenleben der Helfer über einen längeren Zeitraum;
 — Öffentlichkeitsarbeit des THW. (Die THW-Einheit sollte der Öffentlichkeit vorgestellt werden.)

Um der Übung einen wirklichkeitsnahen Verlauf zu geben, wurde als Lage zugrundegelegt:

Stark anhaltendes Unwetter im Hochtaunuskreis führte vor einer Woche dazu, daß das Gebiet um Köppern zum Katastrophengebiet erklärt werden mußte und Katastrophenalarm für alle KatS-Organisation gegeben wurde. Die seit einer Woche eingesetzten kreiseigenen KatS-Kräfte sind erschöpft. Der OV Hofheim wird daraufhin in Alarmbereitschaft versetzt und hat entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Unterstützt durch Fahrzeuge des OV Frankfurt/M. und des DRK, das außerdem für die notwendigen Zelte sorgte, setzte sich der OV Hofheim an einem Freitag um 19 Uhr mit acht Fahrzeugen und Anhängern zum befohlenen Einsatzort — Steinbruch Köppern — in Marsch. Dieser verlief trotz starkem Wochenendverkehr reibungslos, da einzelne Fahrzeuge mit Hand-Sprechfunkgeräten ausgestattet waren.

Am Einsatzort angekommen, wurde zunächst in Zusammenarbeit mit den DRK-Helfern eine kleine Zeltstadt mit Waschanlage, Küchenzelt und „alles Drum und Dran“ errichtet. In der Nacht erging über Funk der Befehl an die Einheit: Am Samstag, gegen 18 Uhr, ist mit einigen hundert Flüchtlingen aus nahegelegenen Ortschaften zu rechnen, die durch den Steinbruch geschleust werden müssen. Hierzu sind an zwei erkundeten Stellen im Steinbruch behelfsmäßige Übergänge zu schaffen. Diese Aufgabe wurden den Gruppen

des Bergungszuges übertragen, die dann je einen Hänge- bzw. Trümmersteg herstellten.

Als besondere Übungseinlage wurde der Sprengmeister des OV beauftragt, mit einer weiteren Gruppe Sprengübungen an vorbestimmten Objekten durchzuführen. U. a. galt es, geballte Ladungen, Bohrlochladungen in Holz, Stein und Stahlbeton anzulegen und Holzsprengungen mit der Nitropenta-Sprengschnur vorzunehmen.

Nach mehr oder weniger erfolgreichem Abschluß der Übungsaufgaben fand dann am Abend ein gemütliches Lagerleben statt. Die Einsatzleitung hatte außerdem in der Lagerordnung striktes Ausgehverbot und Zeltwache angeordnet.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen, dem Beladen der Fahrzeuge und

Ankunft in Hofheim war die Übung beendet.

Während dieser Wochenendübung hat sich gezeigt, daß jeder der 45 anwesenden Helfer trotz der schlechten Witterung sein Bestes gab, um die von ihm geforderten Leistungen zu erbringen.

Für den Ortsausschuß war diese Übung seit seines Bestehens die erste größere Aufgabe gewesen, bei der es sich zeigte, daß die Ausbildung der Helfer noch intensiver gestaltet werden muß. Er hat aus dieser Übung gelernt und für neue Aufgaben wertvolle Erkenntnisse ziehen können. Ein besonderer Dank gilt der Betriebsleitung des Steinbruches, die zum Gelingen der Übung ihr Teil beitrug.

F. J. Knobling

Harte Arbeit — reicher Lohn

An dem herrlich gelegenen Waldsee inmitten des Viernheimer Erholungsgebietes arbeitete der OV Vierheim. Holz war zu bearbeiten, Erdarbeiten auszuführen, gehämmert wurde und gesägt. Hatte der OV ein neues Übungsgelände? Die Waldseebesucher waren irritiert. Doch nach wenigen Wochen zeigte sich, was THW-Helfer fachlich erlernt haben und Helferhände zu gestalten vermögen. Im Zuge der Ausbildung verband man das Notwendige mit dem Nützlichen. Und heute präsentiert sich dort ein Kinderspielplatz, der sich bereits

größter Beliebtheit erfreut. Gebaut wurden ein Aussichtsturm, eine Seilbahn mit gummigepolsterter Endstation, ein ganzer Zug, Klettergerüste, Sandkasten und Schaukel. Ein Eldorado für die Kleinen, ein Schmunzelplatz für die Großen. „Es ist doch allerhand, was diese THW-Helfer da vollbracht haben“, konnte man oftmals hören. Auch der Dank der Stadtväter war den Helfern gewiß. Aber der schönste Lohn sind doch die lachenden und jauchzenden Kinderstimmen, wenn am „Waldsee-Spielplatz“ Saison ist. W. H.



THW-Helfer schufen diesen Kinderspielplatz inmitten des Viernheimer Erholungsgebietes.

Ausstellung in Elversberg

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit führte der THW-Ortsverband Elversberg auf dem zentral gelegenen Marktplatz vor der Pestalozzi-Schule eine Werbeausstellung durch, um der Bevölkerung Sinn und Zweck des Katastrophenschutzes näherzubringen und gleichzeitig die Leistungsstärke des OV zu demonstrieren. Junge Helfer sollten für die humanitären Aufgaben des THW interessiert werden.

Der Marktplatz — zugleich Schulhof — eine rechteckige Fläche von 60 m Breite und 80 m Länge, wurde so aufgeteilt, daß ein offenes Viereck entstand, dessen drei Seiten zur Aufstellung eines Informationsstandes, verschiedener Gerätesätze und Fahrzeuge sowie eines 40 m langen Trümmer- und eines 25 m langen Tonnensteiges verwandt wurden. Ausgefüllt wurde das Flächeninnere mit Einzelgeräten, wie Beleuchtungssatz, Sauerstofflanze, Trenn- und Schweißgeräten sowie der Zweimann-Motorsäge, mit deren Hilfe an einem 8 m langen und 70 cm starken Buchenstamm Schneidvorführungen erfolgten. Arbeiten mit den Trennschleif- und Schweißgeräten sowie die Vorführung der Sauerstofflanze rundeten das Programm ab und sorgten für stete Abwechslung bei den zahlreichen Zuschauern. LB Reimann fand für die unter der Leitung von den Zugführern H. Müller und H. Engler sowie der Mitarbeit von 50 THW-Helfern ausgerichteten Ausstellung lobende Worte. Er hob



Vorführung des Trennschleifers.

die ausgezeichnete Organisation und den gelungenen Aufbau hervor. Vor allen Helfern nutzte er die Gelegenheit, OB Meyer, seinen Führungskräften sowie den Helfern dieses starken Ortsverbandes für die bisherige Aufbauarbeit zu danken und überreichte dem Ortsbeauftragten die Bestellsurkunde als OB für den THW-OV Elversberg. G. Faß



Die Zweimann-Motorsäge in Aktion.

Lehrgang abgeschlossen

In den vergangenen Wintermonaten führte der THW-Ortsverband Neunkirchen unter Mitwirkung des DRK wiederum einen Erste-Hilfe-Lehrgang durch, um sowohl den neuen Jung Helfern diesen Teil der Vollausbildung Stufe I zu vermitteln als auch den anderen Helfern die Gelegenheit der Wiederholung zu geben.

Der Lehrgang stand unter der Leitung von DRK-Ausbilder Wolfgang Frieske, der auch im Beisein von DRK-Bereitschaftsführer Walter Bier die Prüfung abnahm und den Lehrgangsteilnehmern die Teilnehmerbescheinigungen aushändigte.



LB Reimann überreicht OB Dr. Hoffmann das Helferabzeichen in Gold mit Kranz.

Zu Beginn der sich anschließenden, sehr gut besuchten Helferversammlung, an der auch LB Reimann und in Vertretung des erkrankten GF Müller Geschäftsführer Haßdenteufel teilnahmen, bedankte sich OB Dr. J. Hoffmann bei dem Lehrgangsleiter des Erste-Hilfe-Lehrgangs mit herzlichen Worten und überreichte ihm im Namen aller Lehrgangsteilnehmer ein Erinnerungsgeschenk.

Im weiteren Verlauf führte der stellvertretende OB M. Klein aus, daß im abgelaufenen Jahr ohne den bereits obligatorischen Baudienst 162 Helfer rd. 1000 Stunden für Einsätze und technische Hilfeleistungen erbracht haben. Ausbildungsleiter W. Schug gab einen Überblick über durchgeführte örtliche und überörtliche Ausbildungsmaßnahmen im abgelaufenen Jahr und legte den Rahmen für das neue Ausbildungsjahr fest. Für überdurchschnittliche Dienstbeteiligung im abgelaufenen Jahr wurde die ehrenamtliche Verwaltungshelferin M. Kaiser sowie 12 Helfer des OV von OB Dr. Hoffmann mit einem Präsent bedacht.

LB Reimann, der sich zu Beginn seiner Ausführungen bei den Helfern und Führungskräften des OV für die Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit herzlich bedankte, fand nochmals lobende Worte für die beiden großen Übungen im vergangenen Jahr, wobei eine als Gemeinschaftsführung mit Feuerwehr und DRK im Stadtkern von Neunkirchen und die zweite als Alarmübung aller 5 Ortsverbände des Geschäftsführerbereichs Neunkirchen nahe beim Kraftwerk St. Barbara durchgeführt wurde und der gute Ausbildungsstand der Helfer des OV Neunkirchen zu erkennen war. Der Schwerpunkt der weiteren Ausführungen von LB Reimann lag bei der neuen Ausbildungskonzeption mit Vollausbildung Stufe I-III mit insgesamt 450 Stunden.

Für besondere Verdienste um den Aufbau und die Entwicklung des THW überreichte LB Reimann im Auftrag des Vizepräsidenten des Bundesamtes für Zivildienst und Direktors der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk an die THW-Helfer J. Ruffing, H. Müller und G. Breyer das Helferzeichen in Gold sowie an OB Dr. J. Hoffmann das Helferzeichen in Gold mit Kranz. G. Faß

Technische Hilfe für Ruanda

Am 12. Januar 1975 flogen 31 Helfer des Landesverbandes Baden-Württemberg von Stuttgart nach Kigali, um die Regierung der Republik Ruanda bei der Lösung ihrer verkehrstechnischen Probleme wirksam zu unterstützen. Sie werden in den nächsten Wochen in Ruanda im Zuge der Nationalstraßen vier Bailey-Brücken mit einer Gesamtlänge von etwa 150 m erstellen und somit zur Verbesserung der Infrastruktur des Landes wesentlich beitragen.

Der Einsatz der Brückenbaueinheit des THW erfolgt auf Veranlassung des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der den Bundesminister des Innern um technische Hilfe durch das THW bat. Nachdem im Frühjahr 1973 in enger Zusammenarbeit mit der ruandischen Regierung und dem seit Jahren dort eingesetzten Ingenieurteam der Deutschen Förderungsgesellschaft für Entwicklungsländer (GAWI) eine THW-Erkundung an den Flüssen Nyaborongo, Mwogo, Kiraro und Rufuro durchgeführt worden war, bedurfte es fast zweijähriger Vorbereitungen, ehe die Baueinheit eingesetzt werden konnte. Unter Anleitung der deutschen Ingenieure wurden durch ruandische Kräfte u. a. die An- und Abfahrten der Brücken ausgebaut, weite Uferstrecken befestigt und vor allem die Widerlager angelegt und betoniert, auf denen die neuen Brücken ruhen werden. Besonders schwierig gestaltete sich die Anlieferung des Bailey-Gerätes, das auf dem Seeweg von England nach Mombassa verschifft und von dort im Landmarsch über etwa 1200 km nach Ruanda überführt werden mußte. Das Gerät wiegt nahezu 180 Tonnen.

Die Baueinheit ist auf ihre Aufgabe besonders vorbereitet, da die meisten der ihr angehörenden Helfer bereits im In- und Ausland Bailey-Brücken in großer Anzahl gebaut haben. Eine Reihe von Helfern hat z. B. vor 5 Jahren auch bei dem Katastropheneinsatz in Tunesien mitgemacht, wo binnen kürzester Frist 6 Bailey-Brücken erstellt werden mußten, nachdem die alten Brücken durch Hochwasser zerstört worden waren. Die Baueinheit setzt sich zusammen aus dem Einsatzleiter, einem Arzt,

Verwaltungsführer, zwei Köchen, Kraftfahrern und den Bautrupps. Sie wird völlig auf sich selbst gestellt sein und führt daher neben dem Unterkunfts- und Küchengerät eine Trinkwasseraufbereitungsanlage (tragbar, 2000 l/min), Notstromaggregate, Werkzeugsätze sowie eine komplette medizinische Ausstattung mit. Leiter der THW-Brückenbaueinheit ist der Kreisbeauftragte des Hohenlohe-

Kreises, Stadtoberamtsrat (Ing. grad.) Hans Cramer, der auch an der Erkundung im Frühjahr 1973 maßgeblich beteiligt war und im Dezember 1974 sämtliche Baustellen abgenommen hat. In Baden-Württemberg hat Hans Cramer sich durch wiederholte erfolgreiche Einsätze beim Bau von Bailey- und Behelfsbrücken einen Namen gemacht. K. S.

THW betreut afrikanische Polizisten

Die beiden Polizeibeamten Francois Accrombessi und Simon Capko wurden während ihres Aufenthaltes in Baden-Württemberg vom Landesverband VIII betreut.

Beide Herren waren in Ulm, Stuttgart, Backnang und Offenburg als Praktikanten bei einem Großunternehmen der Elektroindustrie, um sich in die Wartung und Reparatur von Funkgeräten einweisen zu lassen.

Außerdem wurde ihnen von diesem Unternehmer eine Übersicht über die weitere Entwicklung der Fernmelde-technik gegeben.

Für das THW galt es während des Aufenthaltes in den schwäbischen Städten, die beiden Gäste, die auf einem Goethe-Institut innerhalb von 6 Monaten fließend Deutsch sprechen, lesen und schreiben gelernt hatten, unterzubringen.

Um den Gästen einen möglichst umfassenden Überblick über die Bürger des Landes zu geben, waren sie abwechselnd in einem Lehrlingsheim, in einer Polizeiunterkunft, einem

kleinen Gasthof einer württembergischen Mittelstadt und in einem Kapuzinerkloster untergebracht worden.

An den Wochenenden besuchten sie beide unter der Führung von Angehörigen des Landesverbandes und von Ortsbeauftragten das schwäbische Land und waren zu Gast bei den Familien ihrer „Fremdenführer“.

Aber auch Einrichtungen der Polizei, des Roten Kreuzes, der Feuerwehr und des THW wurden besucht.

So lernten die beiden Afrikaner in den Ortsverbänden Backnang und Weinsberg die Helfer und die Unterkünfte kennen und nahmen an KatS-Übungen in Backnang und Offenburg teil.

Die Oberbürgermeister von Backnang und Ulm gaben zu Ehren der Gäste einen kleinen Empfang und überreichten als Andenken an den Besuch in ihren Städten den beiden Herren Gastgeschenke. K. S.



Der 1. Bürgermeister von Backnang gab den beiden Polizeioffizieren aus Dahomey zur Erinnerung einen Ehrenbecher.

Unterkunft eingeweiht

In Gegenwart vieler Gäste, unter ihnen MdB Paul Gerlach, Landrat Roland Eller (Aschaffenburg) und Bürgermeister Ritter (Alzenau), weihte der Ortsverband Alzenau seine neue Unterkunft ein.

Die Feierlichkeiten begannen am Nachmittag mit der Begrüßung der Gäste durch Ortsbeauftragten Heinrich Volz. Anschließend erfolgte die Übergabe der Unterkunft durch das Finanzamt an den Landesbeauftragten Dipl.-Ing. Joh. Simon Schwarz und an den Ortsverband Alzenau. Die Pfarrer beider Konfessionen segneten die Unterkunft.

Am Sonntag hatte die Bevölkerung von Alzenau und Umgebung von 9 Uhr an Gelegenheit, die mit einem Frühschoppen in der neuen Unterkunft

verbundene Geräteschau zu besichtigen, an der sich die Ortsverbände Aschaffenburg, Miltenberg und Obernburg des Geschäftsführerbereiches Aschaffenburg mit ihrer Ausstattung beteiligten. Mittags hatten die Feldköche des THW Gelegenheit, ihre Kochkunst erfolgreich unter Beweis zu stellen: Gäste und Besucher erhielten einen ausgezeichneten Erbseneintopf. Die aktiven Helfer des Ortsverbandes Alzenau haben beim Bau der neuen Unterkunft, die DM 235 000,— gekostet hat, Eigenleistungen in Höhe von DM 20 000,— erbracht. Neben dem Herrichten der Grünanlagen erstellten sie in Gemeinschaftsarbeit die Garagen und zwei Feldhäuser.

Sche.



Landesbeauftragter Schwarz bei seiner Ansprache zur Einweihung der neuen Unterkunft des OV Alzenau.

Anerkennung in der Öffentlichkeit

Das Freisinger Tagblatt berichtet am 27. September 1974 unter der Überschrift „Zuschuß wird sofort ausbezahlt — Kampf um Uniformgeld für THW“:

Zusätzlich 2500 Mark bekam Freising's Technisches Hilfswerk für die neuen Dienstanzüge vom Kreisausschuß bewilligt. Vorausgegangen war der Entscheidung eine Diskussion über die Frage, ob besagte 2500 DM im Jahreszuschuß von 6500 Mark enthalten sein sollen oder zusätzlich überwiesen werden.

Zur Diskussion kam es, als Moosburg's Bürgermeister kritisch moan-übte, daß das Technische Hilfswerk für Uniformen einen Zuschuß bekomme, der auf der anderen Seite der Feuerwehr versagt geblieben sei. Die „Kastanien aus dem Feuer“ holte Oberbürgermeister Dr. Schäfer für Freising's THW. Nachdem sich sehr

viele Jugendliche beim THW befänden, sei der Anteil von 50 Mark für die Uniform pro Kopf und Nase zu hoch. „Wir haben uns auf einen Zuschuß von 20 Mark geeinigt.“ Kreisrat Schäfer bat außerdem zu bedenken, daß die Feuerwehr jährlich beachtliche Summen erhält und das THW mit 6500 Mark auskommen müsse. OB Dr. Schäfer verwies an dieser Stelle auch auf den vorbildlichen Ausbildungsstand des THW: „Ohne das Technische Hilfswerk müßten wir eine ganze Menge Geld selbst aufbringen. Ein Plus des hervorragenden Ortsverbandes Freising sei außerdem dessen neuester Maschinenspark.“

Gegen das Konkurrenzdenken zwischen THW und Feuerwehr wandte sich Kreisrat Gottfried Weiß. Er regte eine Aussprache auf höchster Ebene zwischen Kreisbrandrat Hartschauer und dem THW-Beauftragten Steininger an. Dazu konnte Landrat

Schrittenloher mitteilen, daß bei dem letzten Ölunfall auf der Autobahn die Zusammenarbeit zwischen beiden Einrichtungen vorbildlich gewesen sei. Als in der Diskussion Tendenzen sichtbar wurden, den Zuschuß von 2000 Mark aus der Jahreszuwendung an den THW zu entnehmen, wurde Dr. Schäfer sauer: „Ich weigere mich, hier über Selbstverständlichkeiten zu reden, die in die eigentliche Kompetenz des Landrates fallen.“

Die Entscheidung fiel dann mit 7:4 zugunsten des THW aus, das sofort 6500 Mark, zusätzlich 2000 Mark für die Kleiderkosten überwiesen bekommt.

Aus Seenot gerettet

Glück hatten drei Konstanzer Studenten, die mit ihrem Segelboot am Schweizer Bodensee vor Bottighofen bei stürmischem Wetter gekentert waren. „Der Seenotretter vom Dienst“ des Bodensees, der Lindauer Schlossermeister Alfons Baldischweiler, fischte, zusammen mit seiner Frau Hilde, die drei bei Windstärke 6 bis 7 um ihr Leben kämpfenden Segler aus dem Bodensee. Eine dreiviertel Stunde dauerte es, bis die drei vom Ehepaar Baldischweiler an Bord gezogen waren, wobei sich Frau Baldischweiler eine Rippenverletzung zuzog.

Alfons Baldischweiler, ausgezeichnet mit dem Bundesverdienstkreuz, ist aktiver und engagierter Helfer des THW im Ortsverband Lindau und wurde für seine Verdienste um das THW mit dem THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz geehrt. Er hat über 40 in Seenot geratene Menschen aus dem Bodensee gerettet, zum Teil mit dem Boot des THW.



Alfons Baldischweiler ist Träger des Bundesverdienstkreuzes und des THW-Helferzeichens in Gold mit Kranz.

[101] Zur Bestimmung der **Nagellänge** ist bei einschneidigen Verbindungen das 2 1/2fache der Laschenstärke zugrunde zu legen. Demnach beträgt die Nagellänge bei einer Laschenstärke von $cm = 4 \times 2\frac{1}{2} = 10 \text{ cm}$.

[102] Die **Anzahl der benötigten Nägel** wird ermittelt nach der Faustformel

$$n = \frac{S}{200 d^2}$$

n = Nagelanzahl
S = Zugbelastung
d = Schaftdurchmesser des Nagels

Unter Berücksichtigung der unter Ziffer 100 bis 102 genannten Werte beträgt die Anzahl der für beide Holzlaschen benötigten Nägel

$$\frac{6000}{200 \times 0,6 \times 0,6} = \frac{6000}{72} = \text{ca. } 84 \text{ Stück}$$

Auf jede Lasche entfallen somit 42 Nägel. Diese sind gleichmäßig auf beide Laschenhälften zu verteilen. Bei der Nagelung werden sie in vier Reihen angeordnet. Ein Nagel in der gleichen Faser ist zu vermeiden (vgl. Tabelle 10 „Holztärken, Einschlagtiefen und zulässige Nagelbelastung“).

[103] Der **Nagelabstand** in Längsrichtung zur Faser beträgt 10 d, dem Beispiel zufolge $10 \times 6 \text{ mm} = 60 \text{ mm}$.

Der Abstand quer zur Faserrichtung entspricht 5 d, somit $5 \times 6 \text{ mm} = 30 \text{ mm}$.

[104] Die **Laschenlänge** errechnet sich aus

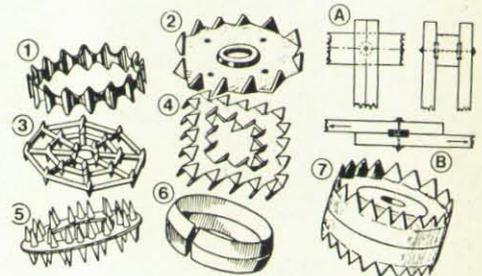
$$2 \times \text{Anzahl der Nägel je Reihe} + 1 \times 10\text{-facher Nageldurchmesser.}$$

Übersetzt auf das Rechenbeispiel Ziffer 100 uff, ergibt sich daraus eine Laschenlänge von 144 cm,

Pfropfstellen sind nach Anbringen der Laschen und Einbringen in die Holzkonstruktion zu verstreben und zu verschweren.

[98] **Dübel:** Dübel finden im Holzbau als Hilfsmittel bevorzugt für solche Verbindungen Anwendung, auf die Kräfte sowohl horizontal als auch vertikal einwirken. Die im Holzbau verwendeten Dübel unterscheiden sich daher in ihrer Form wesentlich von denen, die Tischler oder Schreiner benutzen.

Abb. 73



- 1 Zahnringdübel
- 2 Bulldog-Holzverbinder (rund)
- 3 Sterndübel
- 4 Bulldog-Holzverbinder (quadratisch)
- 5 Krallendübel, zweiseitig
- 6 Keilringdübel, geschlitzt
- 7 Krallenringdübel
- A und B = Dübelverbindungen

Dübel im Holzbau

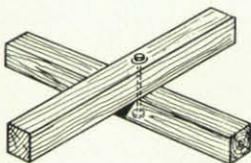
Bei den Dübeln des Holzbaus handelt es sich überwiegend um Ringe oder Scheiben (in der Regel aus Stahl), welche mit Zähnen oder Krallen versehen und wellig oder konisch gestaltet sind.

Dübelverbindungen unterliegen Beeinträchtigungen, die durch ein Arbeiten des Holzes hervorgerufen werden können, weitaus weniger als herkömmliche Holzverbindungen (z. B. Versatz, Überblattungen oder Verzapfungen).

An den Knotenpunkten der Holzverbindungen (Verbindungsstellen) werden Einlaßdübel in vorgefräste Ver-

[109] Eine **einfache Kreuzung** wird mit Hilfe eines Bolzens hergestellt. Nachteilig wirkt sich bei diesem Verfahren aus, daß die Längsachsen beider Hölzer um eine Holzstärke auseinanderliegen und die Zugkräfte lediglich durch den verbindenden Bolzen übertragen werden.

Abb. 80

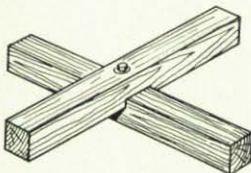


Einfaches Kreuzen durch Verbolzen

Diese Verbindung findet nur bei Verstreben und Verschwerungen oder in solchen Fällen Anwendung, in denen Zug- oder Druckkräfte nicht erwartet werden bzw. nicht auftreten können.

[110] Beim **einfachen Kamm** verlaufen infolge der Kämmung die Längsachsen der Hölzer näher beieinander als bei einer einfachen Kreuzung.

Abb. 81



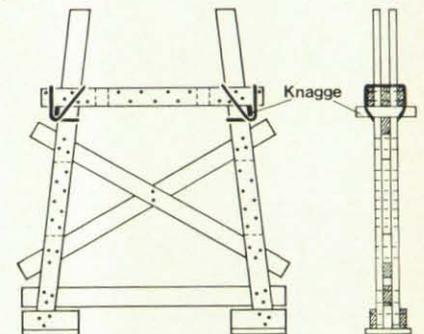
Einfacher Kamm

Verkämmungen mindern die Trag- und Stützkraft eines Holzes. Läßt sich eine Verkämmung nicht umgehen, so darf sie nur an nicht tragenden und nicht stützenden Elementen vorgenommen werden.

ermittelt aus

$$2 \times (11+1) \times 10 d = 2 \times 12 \times (10 \times 0,6) = 24 \times 6.$$

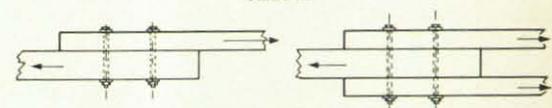
Abb. 76



Genagelter Bretterbock

[105] **Verbolzen:** Neben- und übereinanderliegende Hölzer lassen sich durch Verbolzung miteinander verbinden oder verlängern. Als nachteilig wirkt sich dabei aus, daß die Hölzer nicht achsgerecht liegen. Eine Verbolzung erlaubt auch das Verbinden bzw. Verlängern verschiedenstarker Hölzer.

Abb. 77



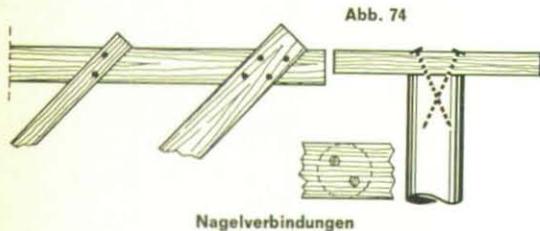
Ein- und zweischnittige Bolzenverbindungen

Für die im Baugewerbe zulässigen Bolzenverbindungen gelten die Bestimmungen der DIN 1052. Diese legen u. a. die zulässige Last der Bolzenverbindungen für Kraftangriffe in Faserrichtung und senkrecht zur Faser (unabhängig von der Güteklasse des Bauholzes) fest.

tiefungen eingelegt oder eingezwängt, während Einpreßdübel ohne vorherige Fräsung oder Bohrung eingetrieben werden.

Dübel, die zum Verbinden von Hölzern verwendet werden dürfen, sind in DIN 1052, Bl. 1 und 2, aufgeführt.

[99] **Nageln:** Nagelverbindungen lassen sich schnell herstellen und finden im Holzbau vielfache Verwendung. Zugelassen sind Drahtstifte oder Nägel mit rundem Schaft nach DIN 1151 und 1156. Nägel mit vierkantigem Schaft sind unbrauchbar, da sie das Holz spalten.



Die Nagellänge ist jeweils so zu bemessen, daß sie die 2 1/2- bis 3fache Holzstärke nicht überschreitet. Müssen mehrere Nägel an einem Knotenpunkt eingeschlagen werden, so sind sie versetzt — jedoch niemals in der gleichen Längsfaser — anzuordnen, um ein Spalten des Holzes zu vermeiden.

Das Einschlagen von Nägeln in Hirnholz ist nach Möglichkeit zu umgehen. Kann dieses nicht vermieden werden, ist die Nagelung schräg — bei zwei Nägeln schräg zueinander — anzusetzen.

[100] Zwei Hölzer lassen sich notfalls durch Holzlaschen anstelle von Stahlaschen verbinden. Die Befestigung der Laschen erfolgt durch Drahtstifte oder Schrauben.

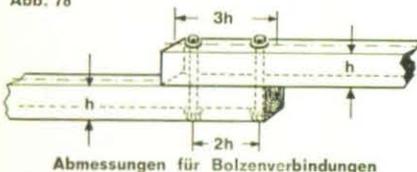
Eine Nagelung, die durch nur eine Lasche in das

82

Hierunter fallen alle zur Scherfläche senkrecht durchgehenden, überwiegend auf Biegung beanspruchte, Verbindungsmittel wie Schraubenbolzen, Rohrbolzen u. a. Der Mindestdurchmesser der Bolzen beträgt 10 mm (3/8"), bei Holzstärken über 8 cm mindesten 12 mm (1/2").

Die zulässige Belastung der Bolzenverbindungen ist der Tabelle 9 „Zulässige Belastung von Holzverbindungen für Kraftangriffe in Faserrichtung“ zu entnehmen. Die zulässige Belastung wird jedoch um 1/4 des Tabellenwertes reduziert, wenn der Kraftangriff rechtwinkelig zur Faser verläuft.

Abb. 78

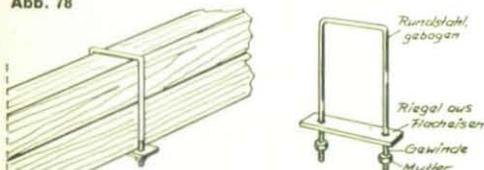


Beide Hölzer werden mit ihren breiten Seiten in einer Länge von 3 h nebeneinandergelegt und mit zwei versetzt angeordneten Bohrungen im Abstand von 2 h versetzt versehen.

Unter die Bolzenköpfe und Muttern werden zur Verteilung des Preßdruckes, der beim Anziehen der Bolzen entsteht, Unterlegscheiben gelegt.

[106] Eine Verbindung zweier neben- oder übereinanderliegenden Hölzer ist auch mit Hilfe von **Zangen** möglich.

Abb. 78

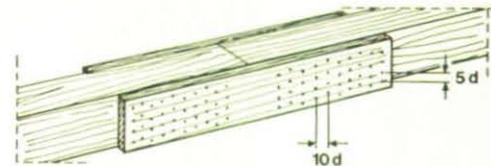


Holzverbindung durch Zangen

86

Holz getrieben wird, bezeichnet man als **einschnittige Verbindung**. Erfasst die Nagelung außer dem Holz beide Laschen, so spricht man von einer **zweischnittigen Verbindung**.

Abb. 75



Nagelbild einer Holzlasche

Die Berechnung des Mindestquerschnittes der Laschen einer auf Zug beanspruchten Holzverbindung erfolgt nach der Formel

$$\frac{\text{Zugbelastung}}{100} \text{ oder } \frac{S}{100} = \text{cm}^2$$

Beispiel: Die erwartete Zugkraft beträgt 6 000 kp. Zu errechnen ist der Holzquerschnitt für beide Laschen und zwar

$$\frac{6\,000}{100} = 60 \text{ cm}^2$$

Daraus ergibt sich ein Querschnitt für jede Lasche von 60 cm².

Laschen werden an der breitesten Seite der zu verbindenden Hölzer angebracht. Weisen diese z. B. die Maße 10 x 14 auf, so beträgt der Querschnitt 140². Die Laschenbreite ist demnach auf 14 cm festgelegt.

Beachte: Die Stärke einer Holzlasche darf aus Sicherheitsgründen 4 cm nicht unterschreiten. In Fortführung des Rechenbeispiels oben wird die Laschenstärke aus dem Mindestquerschnitt (60) und der Laschenbreite (14) ermittelt. Die Laschenstärke beträgt somit

$$\frac{60 \text{ cm}^2}{14 \text{ cm}} = 4,4 \text{ cm.}$$

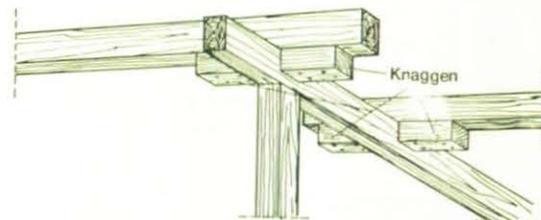
83

Die Zangen bestehen aus U-förmig geschmiedetem Rundstahl. Ihre Enden sind mit Gewinden ausgestattet welche beim Einbau durch einen Riegel aus Flachstahl und zwei Muttern verbunden werden.

Im Gegensatz zu anderen Verbindungen entsteht bei Anwendung der Zangen keine Schwächung des Querschnittes (z. B. durch Bohrlöcher).

[107] **Knaggen** dienen nicht der eigentlichen Holzverbindung, sondern stellen lediglich tragende oder verstärkende Elemente in Verbindung mit anderen Holzkonstruktionen dar.

Abb. 79



Knaggen zur Bremskraftübertragung

Knaggen werden z. B. dort angebracht, wo andere Tragglieder, deren Achsen keine Gerade bilden, zwecks Kraftübertragung verbunden werden müssen.

Zur Weiterleitung der in den versetzt angeordneten Längsträgern wirkenden horizontalen Bremskräfte auf die Endauflager werden Knaggen beidseitig am Tragebalken (Holm) angebracht. Die Knaggen übertragen die Bremskräfte von Träger zu Träger über die Holme der Zwischenstützen.

4.3. Verbindung sich kreuzender Hölzer

[108] Sich kreuzende Hölzer können durch

- einfache Kreuzung,
- einfachen Kamm,
- genagelten Kamm und
- Überblattung

verbunden werden.

87

Günther Stendel ausgeschieden

Nach über 16jähriger Tätigkeit im Warndienst trat der bisherige Leiter der WD-Verbindungsstelle 51, Günther Stendel, in den Ruhestand. Mit ihm schied wieder



einer der alten Mitstreiter des Warndienstes aus, die an dessen Aufbau wesentlich beteiligt waren. Anlässlich seiner Verabschiedung fand ein Empfang statt, zu dem neben dem Kommandeur des dortigen Fernmelderegiments, dem Stellungskommandanten der LV-Stellung Uedem und zahlreichen weiteren Angehörigen der Luftwaffe alle WD-Verbindungsführer der WD-Verb.-Stelle 51 und als früherer Leiter dieser Dienststelle Verw. Dir. Frhr. von Neubeck vom Bundesamt für Zivilschutz eingeladen waren.

Günther Stendel, der als Offizier der ehemaligen Luftwaffe an verschiedenen Fronten eingesetzt war, trat nach harten Nachkriegsjahren, während der er längere Zeit bei der Industrie- und Handelskammer Neuß tätig war, 1958 in den Dienst des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, um als ehemaliger Angehöriger der Luftnachrichtentruppe mit vielfältigen Erfahrungen im Fernmeldebetrieb beim Aufbau des Warndienstes mitzuwirken. Zunächst beim Warnamt I — damals noch in Kiel stationiert — erwarb er sich in den folgenden Jahren maßgeblichen Anteil am Aufbau der WD-Verbindungsstelle 21 in Brockzetel, deren Leitung ihm übertragen wurde. Als Nachfolger von Warnamtsleiter Rolf Blei kam er 1962 nach Ansbach und stellte dort mehrere Jahre seine Arbeitskraft dem Warnamt IX und dem Aufbau des Warndienstes in Nordbayern zur Verfügung. Schließlich wurde ihm die Leitung der WD-Verbindungsstelle 51 in Goch übertragen, die mittlerweile durch ihre Besetzung rund um die Uhr und zusätzliche Aufgaben besondere Bedeutung gewonnen hatte.

Stendel zeichnete sich bei stets korrekter und pflichtbewußter Haltung durch große Aufgeschlossenheit aus, so daß sich die Zusammenarbeit mit den militärischen Dienststellen in Goch und Uedem überaus erfreulich und problemlos gestaltete. Dafür wurde ihm besonderer Dank gesagt und zur Erinnerung an seine Tätigkeit am Niederrhein das Wappen der I. Abteilung des Fernmelderegiments überreicht.

Mit Günther Stendel verliert der Warndienst einen sehr sachkundigen und vielseitig erfahrenen Mann. Wertvolle Beiträge für die Gestaltung von Einsatzvorschriften und Richtlinien für den Warndienst kamen aus seiner Feder. Als älterer Kamerad stand Stendel auch den jüngeren Mitarbeitern immer gerne mit Rat und Tat zur Seite. Sein kameradschaftliches und hilfsbereites Wesen sind im Warndienst bekannt. Die besten Wünsche begleiten ihn nun in den wohlverdienten Ruhestand, den er in Ansbach verbringen wird.

Dienstbesprechung im Warnamt VI

Der Regierungspräsident in Darmstadt hatte eine Dienstbesprechung der KatS-Sachbearbeiter der Stadt- und Landkreise anberaumt, die auf vielfachen Wunsch im Warnamt VI/Usingen durchgeführt wurde.

Die Kreise, die mit einer Ausnahme vollzählig vertreten waren, hatten insgesamt 40 Teilnehmer entsandt. Der RP Darmstadt war durch den Leiter des KatS-Referates, RD Weichsel, und zwei seiner Mitarbeiter, die KatS-Schule Hessen und die Firma Roland Sirenenbau durch je einen Teilnehmer vertreten.

Bei der Besprechung der ersten Tagesordnungspunkte — Nachplanung, Verlegung und Anschluß von Sirenen — wurden die an den Standort zu stellenden Anforderungen und insbesondere die Möglichkeiten des Anschlusses an das Warnnetz sowie die in der Vwv-Alarmdienst geforderte Einschaltung des zuständigen Warnamtes im einzelnen erörtert.

Unter dem Tagesordnungspunkt: Dezentrale Auslösung von Sirenen mittels Ferntastgeräten, wurde die

mit der Richtlinie des Bundesamtes vom 2. 7. 1973 festgelegte Konzeption erörtert. Nach dieser soll neben der Auslösung der Sirenen auf der Orts-ebene auch eine solche auf der Knotenamtsebene erreicht werden und dabei eine möglichst weitgehende Abstimmung auf die neuen Kreisgrenzen erfolgen. In diesem Zusammenhang waren auch die Entwicklung und der Einbau von neuen Einschüben in die Warnferngestelle Gegenstand der Erörterung.

Der Wegfall zahlreicher Warnstellen nach Durchführung der Gebietsreform und die damit zusammenhängenden Fragen bildeten einen weiteren Besprechungspunkt. Die Teilnehmer wurden gebeten, darauf hinzuwirken, daß der Abbau von Warnstellen nur dann in die Wege geleitet wird, wenn sichergestellt ist, daß im Bedarfsfalle die Durchsagen des Warnamtes auf dem schnellsten Wege an alle Stadt- bzw. Ortsteile weitergegeben werden können. Es kann davon ausgegangen werden, daß in einem Ernstfall auch die Außenstellen der Großgemeinden und damit die dort eingerichteten Warnstellen besetzt sind.

Zum Tagesordnungspunkt: Stand des Aufbaues der Warndienst-Meßstellen (WDMSt), wurde auf die Liste dieser unbemannten Meßstellen und ihrer Standorte verwiesen, für deren Aufbau bereits Gestattungs-Verträge vorliegen.

Breiten Raum nahm die personelle Besetzung der geplanten Beobachtungs- und ABC-Meßstellen (BAMSt), ihre provisorische Unterbringung bis zur Fertigstellung von Schutzbauten und ihre Teilnahme an den Übungen des Warnamtes VI ein.

Auf die Notwendigkeit der Erfassung weiterer Helfer und ihrer Ausbildung in der KatS-Schule des Landes Hessen ging der Vertreter der Schule, Herr Schneider, in längeren Ausführungen ein.

Der Leiter des Sachgebietes ABC-Wesen, Herr Engler, gab eine Zusammenstellung der notwendigen Ausstattung der BAMSt mit Zeichengerät, Unterlagen und Schreibmaterial.

Die zahlreichen Fragen, die sich im Laufe der lebhaften Diskussionen ergaben, sowie der Erfahrungsaus-

tausch auf vielen Gebieten bewiesen das große Interesse der Teilnehmer und führten zu dem allseits geäußerten Wunsch, weitere Besprechungen in dieser Form vorzusehen. Der Vertreter des RP stimmte diesem Vorschlag zu.

Mit einer Besichtigung des Warnbunkers, den eine Reihe von Teilnehmern noch nicht kannte, und einem Vortrag im Führungsraum über den Aufbau, die Aufgaben und die Arbeitsweise des Warndienstes fand die Zusammenkunft ihren Abschluß.

-rup-

Erste-Hilfe-Ausbildung

Von den etwa 200 freiwilligen Helfern im Warnamt VI bei Usingen/Taunus haben bereits 60 Damen und Herren — zumeist für den Erwerb eines Führerscheins — eine Erste-Hilfe-Ausbildung erhalten. Trotz dieser recht beachtlichen Zahl blieb zu wünschen, daß noch weitere Mitarbeiter des Amtes in Erster Hilfe ausgebildet werden, damit in einem Ernstfall eine entsprechende Versorgung im Warnamtsbunker gewährleistet ist. Eine Einrichtung zum Schutze der Zivilbevölkerung muß im übrigen hinsichtlich der Vorsorgemaßnahmen mit gutem Beispiel vorangehen.

In diesem Bestreben wurde beim Warnamt wiederum ein Ausbildungsprogramm in Erster Hilfe durchgeführt. Während 20 hauptamtliche Bedienstete an 2 Tagen ihre Ausbildung durch den Malteser-Hilfsdienst erhielten, erlernten 45 freiwillige Helfer die Maßnahmen der Ersten Hilfe in 8 Doppelstunden an den planmäßigen Ausbildungsabenden des Warnamtes durch das Deutsche Rote Kreuz.

In Usingen besteht je eine Dienststelle des MHD und des DRK; daher traten keine besonderen Ausbildungsprobleme auf. Wie erwartet, fanden im Rahmen der Ausbildung die praktischen Anwendungsgebiete der Hilfeleistung allseits das größte Interesse.

Nach Abschluß dieser Ausbildung sind jetzt insgesamt $\frac{2}{3}$ der hauptamtlichen Bediensteten und der freiwilligen Helfer des Warnamtes in Erster Hilfe ausgebildet. Es darf damit gerechnet werden, daß die auf dem Ausbildungssektor auch für die Zukunft vorgesehene Zusammenarbeit des Warnamtes mit dem DRK und dem MHD die guten Kontakte zwischen den Dienststellen und Einrichtungen zum Schutze der Zivilbevölkerung noch vertiefen wird. ms

Bildnachlese zu „Waldbrand gefährdet Warnamt VI“



Die Brandschutzstaffel des Warnamtes VI, bestehend aus 6 hauptamtlichen Bediensteten, leitet die ersten Maßnahmen der Schadensbekämpfung ein.



Freiwillige Feuerwehren der Gemeinden Hoch-Weisel, Weiperfelden, Espa, Maibach, Fauerbach, Bodenrod und Usingen leisten Löschhilfe im Warnamt VI. Unter anderem wurde eine zusätzliche Wasserversorgung mit einer Schlauchstrecke von 1000 m aufgebaut.



Neben der sanitätsdienstlichen Versorgung durch das DRK Butzbach war diese Feldküche um das leibliche Wohl der Teilnehmer bemüht.

- jom



Landesarzt Dr. med. Heinz Engelhardt

Rettungs-Samariter

Kursus für Samariter im Krankentransport und Rettungsdienst / Folge 9

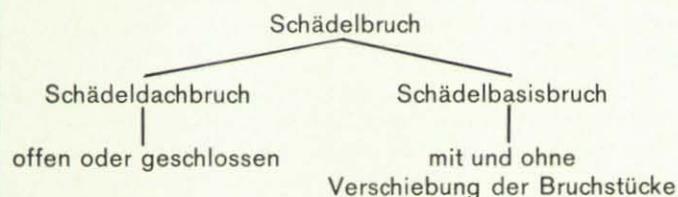
In der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin wird die Anzahl der Kopfverletzungen pro Jahr auf 150 000 bis 200 000 geschätzt. Von diesen Verletzten sind etwa 15% so schwer verletzt, daß sie — wie alle Notfallpatienten — nur bei sachgemäßer Erstversorgung am Unfallort und auf dem Transport eine Chance auf Lebensrettung haben oder vor lebenslangen Folgen ihrer Verletzung bewahrt werden können.

Kopfverletzungen entstehen durch Gewalteinwirkungen auf den Schädel, besonders häufig bei Straßenverkehrsunfällen. Sehr oft sind sie bei tödlich verlaufenden Unfällen die eigentliche Todesursache.

Kopfverletzungen lassen sich in drei Arten unterteilen:

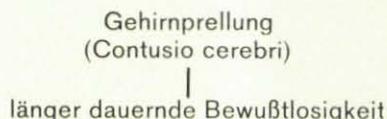
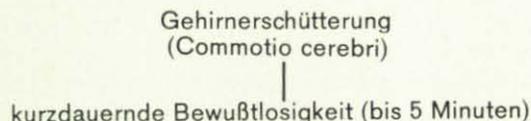
A Verletzungen des Schädels (ohne Gehirnbeteiligung)

Weichteilverletzung (z. B. Kopfplatzwunde)

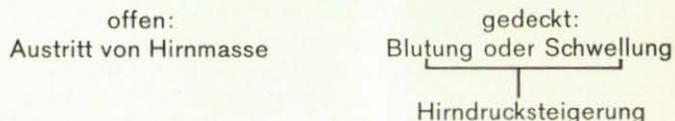


Verletzungen der Weichteile oder der Knochen sind an sich bedeutungslos, entscheidend für die Schwere einer Kopfverletzung ist die Mitverletzung des Gehirns!

B Verletzungen des Gehirns (mit und ohne sichtbare Wunden)



Gehirnquetschung
(Compressio cerebri)

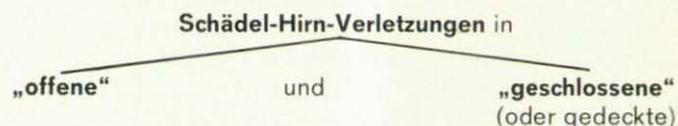


C Schädel-Hirn-Verletzungen

Verletzungen der Kopfweichteile, der Schädelknochen und des Gehirns

Schwere Schädel-Hirn-Verletzungen sind stets mit akuter Lebensgefahr verbunden!

Für die **Erste Hilfe** wichtig ist die Unterscheidung der



Offene Schädel-Hirn-Verletzungen sind Verletzungen mit Eröffnung des Schädels, wobei zwischen Verletzungen **mit** und **ohne** Eröffnung der harten Hirnhaut unterschieden werden kann. Sie entstehen entweder durch grobe, stumpfe Gewalteinwirkung oder durch Eindringen von Fremdkörpern (Geschoß, Messer) in die Schädelhöhle.

Geschlossene oder gedeckte Schädel-Hirn-Verletzungen sind Verletzungen ohne Verbindung der Schädelhöhle mit der Außenwelt.

Bei entsprechendem Unfallhergang besteht der dringende Verdacht auf eine **schwere** Schädel-Hirn-Verletzung, wenn folgende **Erkennungszeichen** vorliegen:

Atemstörung, Bewußtlosigkeit, Schock, Unruhe, Krämpfe, ungleich weite Pupillen.

Bei der offenen Schädelverletzung läßt sich neben einer oder mehreren Wunden oft schon am Unfallort der

Austritt von Blut, Gehirnwasser oder Gehirnmasse aus den Wunden oder aus Nase, Mund oder Ohren feststellen. Nicht selten finden sich in den Schädel **eingedrungene Fremdkörper**.

Atemstörungen bei der Schädel-Hirn-Verletzung entstehen durch direkte Schädigung des Atemzentrums, durch Aspiration von Blut und Erbrochenem bei Bewußtlosigkeit oder durch Mitverletzung des Brustkorbs und der Atmungsorgane.

Bewußtlosigkeit nach einem Unfall ist immer ein Zeichen für eine Mitbeteiligung des Gehirns. Je länger die Bewußtlosigkeit, um so schwerer die Verletzung und um so ernster die späteren Unfallfolgen. Bei einer Gehirnerschütterung dauert die Bewußtlosigkeit nie länger als 5 Minuten; eine länger als 30 Minuten bestehende, primäre Bewußtlosigkeit ist der sichere Hinweis auf eine schwere Schädel-Hirn-Verletzung.

Von einem **freien Intervall** spricht man, wenn nach anfänglicher — meist kurz dauernder — Bewußtlosigkeit der Verletzte zunächst aufwacht und nach einem zeitlich sehr unterschiedlich langen Intervall von Bewußtseinsklarheit erneut schläfrig oder bewußtlos wird. Das „freie Intervall“ ist ein wichtiger Hinweis auf eine Blutung in die Kopfhöhle.

Blutungen in der **Schädelhöhle des Kopfes** entstehen durch Verletzung von Gefäßen der Hirnhäute. Dabei kommt es zur **einseitigen Pupillenerweiterung** (meist auf der Seite der Blutung) und zu **Lähmungen**.

Die **Hirnschwellung** entsteht nach einer Hirnverletzung durch Einlagerung von Flüssigkeit in das Hirngewebe, vergleichbar mit einer Anschwellung bei Prellungen an den Gliedmaßen.

Hirnschwellung und Blutungen in der Schädelhöhle führen bei der geschlossenen Schädel-Hirn-Verletzung zu einer Kompression und damit zu einer Drucksteigerung im Gehirn, die ohne entsprechende Behandlung zum Tode führt.

Die Zeichen der **Hirndrucksteigerung** sind: Die Bewußtlosigkeit bei einseitiger Pupillenerweiterung und der Druckpuls (weniger als 55 Schläge pro Minute). Nach einem freien Intervall macht sich die Hirndrucksteigerung durch starke Kopfschmerzen, zunehmende Benommenheit bis Bewußtlosigkeit und durch den Druckpuls bemerkbar.

Die meisten **Schädel-Hirnverletzten** befinden sich im **Schock**; auf Schockzeichen muß immer geachtet werden. Der bewußtlose Schädel-Hirn-Verletzte kann sowohl **schlaff** sein als auch **Unruhe und Krämpfe** zeigen.

Die **typische Erinnerungslücke** ist ein charakteristisches Phänomen nach dem Aufwachen aus einer unfallbedingten Bewußtlosigkeit infolge Hirnverletzung. Der Verletzte kann sich nicht nur an keinerlei Ereignisse während seiner Bewußtlosigkeit erinnern, er erinnert sich auch nicht an Geschehnisse kurz **vor** Eintritt des Unfalls, als er noch bei wachem Bewußtsein war („retrograde Amnesie“).

Nicht selten bestehen nach dem Aufwachen **Kopfschmerzen, Übelkeit und Erbrechen**.

Als Zeichen des Schädelbasisbruches kennen wir den **Monokel- oder Brillenbluterguß**, den Austritt von Blut oder Hirnwasser aus Nase, Mund und Ohren.

Die **Erstversorgung** von Schädel-Hirn-Verletzten soll möglichst schon am Unfallort beginnen, weil immer Störungen der lebenswichtigen Funktionen vorliegen oder zu befürchten sind.

Sie muß: 1. Die Atmung sicherstellen, 2. den Kreislauf stützen (Schockbekämpfung), 3. die Unruhe dämpfen (medikamentös), 4. frühzeitig Hirnblutungen erkennen, 5. den Notarzt anfordern.

Bei bewußtseinsgestörten Hirnverletzten ist die **Sicherstellung der Sauerstoffversorgung** durch Freihalten und Freimachen der Atemwege dringlich; die beste Maßnahme zur Behebung von Atemstörungen ist die Intubation durch einen Arzt.

Außerdem muß zur Kreislaufstützung und zur Schockbekämpfung durch einen Arzt eine **intravenöse Infusion** angelegt und bei unruhigen Patienten für eine medikamentöse Dämpfung gesorgt werden.

Bei der offenen Schädel-Hirn-Verletzung dürfen in den Schädel eingedrungene **Fremdkörper nicht entfernt** werden (Blutungsgefahr!). Aus einer Wunde austretende Hirnmasse darf nicht in die Schädelhöhle zurückgedrückt werden — auch der Druckverband ist verboten (Gefahr der Hirndrucksteigerung!). Bei ausgetretenem Hirnbrei wird ein Ringpolster um die Wunde gelegt und darüber ein Wundverband angelegt.

Tritt Blut oder Gehirnwasser aus Nase oder Ohren aus, so wird nur eine **sterile Wundvorlage angelegt**. Tamponieren der Nase oder der Ohren ist verboten!

Der Kreislauf wird durch **Puls- und Blutdruckkontrollen** laufend überwacht, um eine Kreislaufverschlechterung oder eine Hirnblutung frühzeitig erkennen zu können.

Die **Lagerung** des bewußtlosen Hirnverletzten erfolgt in Seitenlagerung, bei offenen Verletzungen möglichst auf die unverletzte Seite. Im Schock werden lediglich die Beine hochgelagert, die Kopftieflage sollte vermieden werden.

Der **Transport** wird erst nach vorausgegangener Erstversorgung am Unfallort eingeleitet und nur bei ständiger Begleitung des Verletzten durch einen Samariter durchgeführt. Ausreichende Atmung — bei Schwerverletzten Intubation —, entsprechende Lagerung, Infusion und notfalls medikamentöse Dämpfung sind wesentliche Voraussetzungen für den Transport schwerer Schädel-Hirn-Verletzungen. Der vorsichtige, erschütterungsfreie Transport ist ganz wichtig zur Vermeidung einer Aspiration infolge Erbrechen.

Sanitätsdienst bei 70 Pferderennen

An einem Wochenende im Juli vergangenen Jahres fanden die Deutschen Meisterschaften in der Vielseitigkeits-Reiterei am Siekkrug bei Lage statt, die, wie in den Jahren vorher, auch jetzt wieder von der JUH betreut wurden. Um so größer war die Freude, als man beim Nachrechnen feststellte, daß man zumindest vom Standort Bad Salzuflen bereits das 10. Mal da war und helfen konnte.

Es begann im Jahre 1964, als die ersten KS-Bulli kurz vorher eingetroffen waren. Der Standort machte sich Gedanken, wie man diese „fahrbaren Steuergelder“ nicht durch theoretische „Hin- und Her-Fahrerei“, sondern sinnvoller einsetzen konnte. Der Gedanke an Einsätze bei Großveranstaltungen kam durch den Wunsch der Reiter und ihre Bitte um Unterstützung im Sanitätsdienst. Der Einsatz begann mit etwa 20 Helfern; jetzt sind es bereits 60. Der Standort Bad Salzuflen konnte so viele Helfer nicht mehr allein stellen. Sehr fleißig halfen deshalb die Standorte Herford, Bad Oeynhausen, Detmold und Bielefeld mit, so daß trotz der Urlaubszeit der Einsatz ausreichend besetzt werden konnte. Es lag nahe, dies als eine gemeinsame Fachdienstübung mehrerer Standorte anzusehen und die Oberleitung dem BB zu übertragen, der allerdings gleichzeitig OB von Bad Salzuflen ist.

Wer einmal eine Military besucht hat, weiß, daß diese Prüfung aus drei Teilen besteht: Dressur, Geländeprüfung und Springprüfung. Am zweiten Tag geht das Rennen über eine räumlich große Strecke. Die maximale Ausdehnung betrug etwa 5 km in der Länge und 2 km in der Breite. Es waren insgesamt 10 San.-Fahrzeuge und 1 Küche eingesetzt. Die Helfer leisteten, da am zweiten Tag auch ein Nachtspringen unter Flutlicht erfolgte, etwa insgesamt 1900 Einsatzstunden einschließlich der vielen Vorbereitungsbesprechungen und Planungszeiten. Erstaunlich und erfreulich war die Tatsache, daß bei rund 8000 Besuchern kaum eine Hilfeleistung erbracht zu werden brauchte. Man

sollte sich über jeden Einsatz freuen, an dem im San.-Dienst nichts zu tun ist.

Zur Erinnerung konnte die JUH-Bad Salzuflen in ihrer Unterkunft eine von allen Military-Reitern (mit dem Deutschen Meister und Vizemeister) sowie von allen Funktionären des Olympischen Komitees sowie der Reiterlichen Vereinigung unterschriebenen Karte aufhängen, die eine bleibende Erinnerung ist.

Insgesamt dürfte die Zahl der bisher von der JUH-Bad Salzuflen beschickten Reitturniere bei etwa 70 liegen. Zum 50. Turnier 1972 (ebenfalls bei einer Military am Siekkrug) wurde dem Standort bereits die Bronzene Verdienstmedaille des Provinzialverbandes der Deutschen Reiterei verliehen.

Diese Einsätze haben wegen der vielseitigen Organisation ihre besondere Bedeutung.

Auszeichnung für Bundesausbildungsleiter



In den Räumen der Landesgeschäftsstelle NRW in Düsseldorf überreichte Regierungspräsident Bäumler dem Bundesausbildungsleiter der JUH, Wulfdietrich Peltz, das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz 1. Klasse in Anerkennung seiner Verdienste in der Katastrophenschutz-Ausbildung innerhalb der JUH.

Die Nacht war nicht zum Schlafen da

„Es war Samstag um 19.05 Uhr, als das Telefon klingelte und vom Mannheimer OB Mantel K-Alarm „Übung“ ausgelöst wurde. Am Nachmittag war heftiger Regen und Sturm im Rhein-Neckar-Raum und im vorderen Odenwald registriert worden; also ein realistisches Wetter für einen K-Alarm.

19.25 Uhr. Die ersten Helferinnen und Helfer werden vom Sammelpunkt Christuskirche, ohne auf die Zugehörigkeit zu Zügen und Gruppen zu achten, zu Fahrzeugbesatzungen zusammengestellt und mit ihren PKW auf die Reise geschickt zu einem unbekanntem Anlaufpunkt, der über eine Rallye, gespickt mit Sonderaufgaben, zu erkunden war. Also eine Fahrt ins Ungewisse.

Es mußten anhand der Rallyunterlagen

verschiedene Stationen gefunden und angefahren werden. Dort warteten auf die Fahrzeugbesatzungen die unterschiedlichsten Aufgaben. Z. B. mußte in einer bestimmten Straße eine Straßenlaterne gefunden werden und deren Nummer in der mitgeführten Checkliste vermerkt werden. Manche behaupteten, daß Helfer erst den Laternenmast bis obenhin erklimmen, um dann die gesuchte Nummer am Fuße des Mastes zu finden. Eine böse Überraschung war der erste Kontrollpunkt. Es war der Kfz.-Park der Mannheimer Polizei! Dort mußten sämtliche teilnehmenden PKW, es waren insgesamt 19, durch eine Polizeikontrolle. Hier soll es Helfer gegeben haben, die am liebsten ins nächste Mausloch gefahren wären. Bemängelt wurden u. a. Fahrzeuge,

die zwar mit einer JUH-San.-Tasche, aber ohne den vorgeschriebenen DIN-Verbandkasten ausgerüstet waren. Das gab natürlich Minuspunkte. Genau so gab es Minuspunkte wegen Vorbeifahren an einem am Straßenrand defekt liegendegebliebenen Fahrzeug. Denn schließlich geht Hilfsbereitschaft vor sportlichen Ehrgeiz! Aber nach viel Mühe, eifrigem Suchen und etwa dreistündiger, 20 km langer Fahrt war der Anlaufpunkt endlich gefunden, nämlich im vorderen Odenwald, im Schriesheimer-Tal. Doch wer gehofft hatte, nun Ruhe zu finden, sah sich getäuscht. Es war zwar inzwischen 22 Uhr. Aber es ging weiter. Weiter mit einer Einsatzübung! Zugrundegelegt war die Wetterlage des Tages: Regen und Sturm. Es wurde noch eine Jugendgruppe von 11 Personen im Weiten-Tal vermißt, von der man annahm, daß sie sich vielleicht verlaufen hatte. Vielleicht hatte sie auch Verletzte, durch umstürzende Bäume u. a. Dies bedeutete für die JUH-Helfer wahrscheinlich eine lange Nacht. Zunächst mußten die eigenen Leute versorgt und untergebracht werden. Hierzu wurden drei Zelte aufgebaut und in einer Ev.-Jugendhütte im Wald ein provisorischer OP eingerichtet. Inzwischen wurden die ersten Suchtrupps auf den Weg geschickt. Zur Unterstützung stand noch ein Feuerlöschfahrzeug der 1. KS.-FB-Mannheim mit Notstromausrüstung und Scheinwerfern zur Verfügung. Gegen 5 Uhr (Sonntag) war es dann geschafft, sämtliche Vermißten waren aufgefunden, geborgen, versorgt und auch zwei Transporte ins Krankenhaus gefahren.

Wer nun glaubte, unsere Helfer wären körperlich am Ende gewesen, täuschte sich. Von der angeordneten Ruhe machten nur wenige Gebrauch. Im Gegenteil. Es war ja schon hell, also benutzten viele die Zeit zu einem Waldspaziergang. Die Übungsleitung saß über der Auswertung.

Um 10 Uhr ging es dann weiter mit Abbau und Aufräumarbeiten, vor allem mit dem Fertigmachen von 2 RTWs und 2 KTWs, die als Einsatzfahrzeuge teilgenommen hatten. Punkt 12 Uhr gab es ein Eintopfergericht, das die Feuerwehrküche vorzüglich zubereitet hatte.

400 mal Sauerstoff geliefert

Ein kleines Jubiläum feierte der Standort Löhne. Der seit 10 Jahren bestehende Sauerstoffnotdienst hatte kürzlich seine 400. Lieferung an Kranke ausgeführt.

5. Ringtreffen in Leutkirch



Bei der Übung im Allgäu stand im Hindernis-Parcours auch innerhalb eines elektrischen Weidezaunes eine Kuh.



Siegerehrung der jugendlichen Pokalwettkampf-Teilnehmer. Die Leutkircher Jugendgruppe hatte für ihre Freunde kleine Teppiche mit dem Johanniterkreuz geknüpft.

30 alte Menschen wechselten ihr Heim



Drei Krankentransportwagen der Johanniter-Unfallhilfe brachten — wie das Westfalen-Blatt, Bielefeld, berichtete — 30 alte und kranke Frauen in das neue Altenkrankenheim Dietrich-Bonhoeffer-Haus im Johannisstift. Sechs Helfer der Johanniter hatten ehrenamtlich und unentgeltlich in ihrer Freizeit diese Aufgabe übernommen. Ein Sprecher der Johanniter-Unfallhilfe: „Das war der erste Einsatz dieser Art für uns. Wir können feststellen: wir haben die Bewährungsprobe gut überstanden.“

Hans Kraiker

Medizinische Hilfe der Malteser für Äthiopien wird fortgesetzt

In vorangegangenen Ausgaben des ZS-MAGAZIN wurde über die Arbeit von MHD-Mitarbeitern in Äthiopien berichtet; allerdings aus Zeiträumen, in denen die Freiwilligen der „ersten Stunde“ noch mit erheblichen Anfangsschwierigkeiten zu kämpfen hatten und noch nicht klargestellt war, ob das jeweilige Camp bzw. die in diesem errichtete Gesundheitsstation über die Trockenzeit hinaus besetzt werden würde. Kurz vor Beginn der „großen“ (die „kleine“ ist mitunter größer) Regenzeit wurde jedoch geschlossen dafür gestimmt, die notleidende Bevölkerung — erfüllt von großen, inzwischen geweckten Hoffnungen — nicht ausgerechnet in der Regenzeit wieder sich selbst zu überlassen. Die von der Deutschen Botschaft zum zentralen Punkt aufgeworfene Frage der persönlichen Sicherheit konnte durch Ausrüstung mit Funkgeräten, Meldeabsprachen u. a. befriedigend gelöst werden. Ohnehin gab es kaum jemand, der nicht angesichts der Situation ein Mehr an Risiko auf sich genommen hätte.

Schwerpunktprojekt des MHD war das Anfang des vergangenen Jahres eingerichtete Camp Kabe (mittlere Höhe 3200 m), welches trotz aller Schwierigkeiten erfreulicherweise kontinuierlich besetzt und ausgebaut werden konnte. Die Besonderheiten der wegemäßig geradezu abgeschlossenen Region lagen zum einen darin, daß sie aufgrund einer äthiopisch-journalistischen Fehldarstellung nicht zum offiziellen Katastrophengürtel gezählt wurde (Der betreffende „Reporter“ wurde bei Wiederauftauchen fast gesteinigt!) und in keines der äthiopischen bzw. internationalen Hilfsprogramme integriert war. Zudem war wegen der

mörderischen Anfahrtsbedingungen Hilfe ohnehin nur mit deutschen Spezialfahrzeugen („Unimog“) und ausgezeichneten Fahrern möglich. Hier haben sich Herr Parzefall und Herr Bartsch (beide MHD) sowie THW-Fahrer Verdienste erworben, die nur würdigen kann, wer diese Fahrten mit „kalkuliertem Risiko“ einmal mitgemacht hat. Trotz der relativ kurzen Entfernung von der Provinzhauptstadt Dessie (64 km) wurden in der Regenzeit in Schlamm und Geröll bis zu acht Stunden benötigt; mitunter auch mehrere Tage, wenn es galt, einen bis an die Ladefläche eingesunkenen „Unimog“ mit Hilfe weiterer Fahrzeuge und mit viel körperlicher Arbeit wieder „flott“ zu machen.

An dieser Stelle muß auch die MHD-„Privatarmee“ der FFW-Arbeiter (FFW = Food for Work) gewürdigt

werden, die bei Kälte und Regen selbst nachts nicht zögerten, ohne Feilscherei viele Kilometer ins Gebirge auszurücken, um dann dort mit vollem Einsatz tätig zu sein. Wichtigstes Mitbringsel für die meist inzwischen durchnäßt-durchfrostene Unimog-Besatzung war mitunter Tee mit Rum in Thermosflaschen. Insgesamt war die ständige Organisation der Wegeausbesserung — auch durch an der Strecke wohnende Bauern und Viehzüchter — eine unbedingte Voraussetzung für die Unterhaltung des Kamps Kabe. „Bezahlt“ wurde mit UNESCO- oder CARITAS-MHD-Nahrungsmitteln, mit Decken, bei bessergestellten Ansiedlungen auch in bar.

Als wesentliche Ziel- und Informationsgruppe bestand in Kabe eine baulich desolate, sonst aber verhältnismäßig gute öffentliche Schule (370 Schüler, insgesamt 8 Lehrer) unter Leitung eines äußerst integeren und tatkräftigen Rektors, dessen Kenntnis der Verhältnisse und der lokalen Gewalten und dessen ständige Hilfsbereitschaft für den MHD von wesentlicher Bedeutung waren. Die lokale traditionell-feudale Verwaltung war dagegen verbal freundlich, im übrigen aber — abgesehen vom Steuereintreiben — ineffektiv. Ihr eigentliches Wesen wurde im Laufe fast eines Jahres deutscher Arbeit von der Bevölkerung weitgehend



Eine erste feste Ambulanz konnte in Kabe vom MHD errichtet werden.



Mancher Weg mußte zu Pferd zurückgelegt werden, wenn der Regen eine Fahrt mit dem Unimog unmöglich machte.



Das Innere eines der Wohnzelte, in denen das Pflegepersonal bis zu drei Monate lang wohnen mußte.

erkannt, zumal auch der mit einfachen Transistorengeräten einzufangende Nachrichtenstrom der Deutschen Welle (in Amharisch) und von BBC-London (in Englisch) eine ungeheure Wirkung hatte.

Hilfsprojekte wie Kabe hätte man an vielen Orten in Äthiopien „aufziehen“ können. Im Vergleich zu anderen Landstrichen stand die Region anfangs sogar relativ gut, so daß mitunter das Wort „Fehlentscheidung“ auftauchte. Für den Vorausdenkenden bekam Kabe trotzdem Priorität, da andere — zunächst schlechtergestellt — Regionen streckenmäßig relativ leicht versorgt werden konnten und in äthiopische Hilfsprogramme (insbesondere Getreideversorgung) eingeschlossen waren.

Unterdessen ging Kabe einem Desaster entgegen, welches einzig und allein durch die Arbeit im Camp und dank der nie resignierenden „Unimog-Artisten“ abgewandt werden

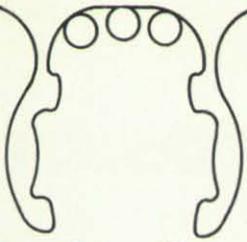
konnte. Da es sich ja um eine, sich seit Jahrtausenden wiederholende „Dürre“-Katastrophe handelte, wurde bei manchen Beurteilern, leider solchen vom Fach, der dann einsetzende gewaltige Niederschlag zum Index für eine alle wesentlichen Schwierigkeiten behebende gute Ernte. In Wahrheit wurde der Großteil der mühevoll eingebrachten Saat (Treff, lokale Getreideart und Hauptbestandteil der Volksnahrung Ingera) buchstäblich die Hänge hinabgewaschen. Medizinisch bestand ein gewaltiger Nachholbedarf — und wird weiterbestehen. Probleme besonderer Häufigkeit waren neben Fehl- und Mangelernährung vor allem

- völlig fehlende bzw. lokal-traditionelle Wundversorgung und schwere Defektheilungen insbesondere am Bewegungsapparat
- Tuberkulose
- Erkrankungen der Augen und der Ohren

- Geschlechtskrankheiten
- nicht-tuberkulöse Lungenprozesse und in deren Gefolge
- bei Kindern eine beträchtliche Anzahl von Gehirnhautentzündungen
- Krätze (bei Kleinkindern mitunter um 20 % einer untersuchten Gruppe) mit schwerer bakterieller Superinfektion und nicht selten Sepsis (Blutvergiftung)
- Knochenmarkentzündungen aufgrund banaler Wunden mit schwersten Defektheilungen
- eine sehr häufige, spezielle Form der Magenschleimhautentzündung, hervorgerufen durch den an sich schon sauren Brotfladen Ingera und das mit diesem gegessene Fleisch-Gewürzgemisch. Diese Nahrung schützt in guten Zeiten vor vielfältigen bakteriellen Darminfektionen; ohne „Pufferung“ durch Milchprodukte oder Medikamente kann sie schwerste Krankheitsbilder auslösen (fachlich: erosiv-hämorrhagische Gastritis mit Gärungsdyspepsie und Malabsorption).

Eigentliche Tropenkrankheiten waren in Kabe dagegen selten. Der Grund hierfür ist das Fehlen der meisten klassischen Überträger (Vektoren) in 3200 m Höhe. Tropenkrankheiten waren — auch wieder vor allem neben einer insuffizienten Wundversorgung — dagegen häufig in unserem späteren Einsatzgebiet, der Danakil—Depression. In Kabe blieben wir einem besonderen Problem konfrontiert, mit dem bereits unsere MHD-Vorgänger zu kämpfen und — wegen der wenig erhaltensamen Impfprozedur — zu leiden hatten: der Tollwut bei Füchsen und Hunden, zuletzt auch bei Hyänen und in Einzelfällen bei bißinfizierten Menschen. Die Tollwut ist nicht nur ein humanmedizinisches Problem: sie ist es gleichermaßen wirtschaftlich (Reißen von Vieh) und ganz besonders psychologisch. Wer einmal das um Mitternacht einsetzende „Konzert“ von Federvieh, Ziegen, Schafen und Eseln gehört hat, hervorgerufen durch aggressiv streunende tollwütige Tiere, versteht, daß diese beim Menschen — einmal ausgebrochen — absolut tödliche Erkrankung einen ganzen Ort paralisieren kann. Ohne Gebrauch von Strychnin und legale Anwendung der „unärztlichen“ Schußwaffe hätte man das Projekt streichen können, nachdem in einer einzigen Nacht 7 von insgesamt 10 Zelten von einem tollwütigen Tier gerissen worden waren.

Fortsetzung folgt



AKTUELLE NACHRICHTEN

Neue Atomwaffen-Techniken

Den stolzen Preis von 195 Millionen DM kostet ein neues Flugzeug der USA, welches zu dem Zweck entwickelt wurde, die atomare Potenz des Landes sicherzustellen. 250 Stück der neuen B-1 wollen die Amerikaner bis zum Jahre 1985 in Dienst stellen. Ein Drittel kleiner als die B-52, kann die Maschine jedoch dreimal mehr Waffen schleppen, darunter ferngesteuerte Luft-Boden-Raketen mit einer Reichweite von 1600 Kilometern. Gleichzeitig mit der Vorstellung der B-1 wurde eine weitere atomare Rüstungsvariante bekannt. Den Amerikanern ist es gelungen, eine aus einem Transportflugzeug an Fallschirmen ausgeworfene Minutemann-Fernrakete in der Luft zu zünden und auf den vorausberechneten Kurs zu bringen. Damit wurde der Beweis erbracht, daß die Amerikaner ihre Atomraketen, die bisher nur aus Silos abgeschossen werden konnten, jetzt von jedem beliebigen Punkt aus von fliegenden Startrampen abschießen können. Damit wurde der Vorsprung, den die Sowjets durch ihre fahrbaren Abschussrampen hatten, wieder ausgeglichen.

Altglas-Wiederverwendung

Eine Glashütte in Niedersachsen läßt seit einiger Zeit in den Haushalten anfallendes Glas in 120 Containern sammeln, die in Norddeutschland aufgestellt wurden und kostenlos geleert werden. Mit dieser umweltfreundlichen Aktion wollen die Glasmacher erreichen, daß künftig — zumindest in ihrem Bereich — weniger Altglas auf die Mülldeponien wandert. Ganz nebenher erhält die Firma mit dem Altglas aber auch tonnenweise einen wertvollen Rohstoff, der nach entsprechender Aufbereitung zur Fertigung neuer Flaschen und Konservengläser Verwendung findet.

SOS-Kapseln

Die Frage, auf welche Weise sich jemand bei einem Unfall selbst gegen erhöhte Risiken dadurch absichern kann, indem er wichtige Daten — für den Helfer und den Notarzt greifbar — mit sich führt, hat bisher eine Anzahl verschiedenster sogenannter SOS-Kapseln, -Medaillen oder -Röhrchen auf den Markt gebracht. Das jüngste Produkt in dieser Reihe ist eine Stahlkapsel, die als Schmuckstück getragen, auf das Uhrarmband aufgeschoben, oder auf andere Weise mitgeführt werden kann. Im Grunde ist diese Kapsel nichts anderes, als ein besonders sicher am Träger verwahrter Gesundheitspaß. Im Inneren befindet sich nämlich ein Schriftband mit allen erforderlichen Angaben, die auch im neuen Notausweis festgehalten sind. Schwierig wird es nur für den Helfer oder Arzt, wenn er bei Verletzungen oder Unfällen diese Angaben braucht. Unter Umständen braucht er sie sehr rasch — wo aber soll er sie finden, ohne den Verletzten über Gebühr umständlich absuchen zu müssen. Ob da nicht der Notfallausweis in der Brieftasche doch nützlicher ist, wird sich — leider — immer erst im Ernstfalle erweisen müssen.

Tankerunfälle können Japans Wirtschaft schädigen

Ein in der Malakka-Straße vor Singapur leckgeschlagener japanischer Supertanker kann zu ernsthaften wirtschaftlichen Konsequenzen für die Japaner führen. In Japan wird befürchtet, daß die umweltschädigenden Folgen dieses Tankerunfalles für die Anliegerstaaten der Straße von Malakka zu einer Sperrung dieses Schifffahrtsweges führen könne. In diesem Falle wäre der japanische Ölnachschub gefährdet; die Fahrzeit der Tanker zu den japanischen Inseln würde sich um ganze drei Tage verlängern und eine entsprechende Verteuerung des Öls nach sich ziehen. Noch gravierender allerdings können die Schäden durch das ausgelaufene Öl werden. Japan ist inzwischen fast völlig von der Erdölversorgung abhängig geworden — gleichzeitig aber wird es durch dieses Erdöl ökologisch bedroht. Während die Schäden vor Singapur erst noch festgestellt werden, sind in der japanischen Inlandsee 53 000 Marinesoldaten und Fischer mit 9 600

Schiffen im Einsatz, um der vor mehreren Wochen ausgelaufenen Ölflut Herr zu werden. Fast das ganze Binnenmeer, größer als der Bodensee, war mit Ölschlamm bedeckt.

Sowjets konservieren mit Bestrahlung

Das Moskauer Institut für Konservenindustrie und Gemüsetrocknung experimentiert mit Atomstrahlen; die Strahlenenergie wird bei der Konservierung verschiedener Lebensmittel genutzt. Die Dosierungen, die natürlich so gewählt werden, daß keinerlei Schäden für den menschlichen Organismus entstehen können, ermöglichen beispielsweise, daß Fleisch bei einer Temperatur von drei bis fünf Grad monatelang lagerfähig ist. Die Lagerfähigkeit von Obst und Gemüse wird durch die Bestrahlung ebenfalls erhöht. Eingemachte, bestrahlte Gurken schmecken noch nach 10 Jahren so, als seien sie erst kürzlich konserviert worden. Bei der Fruchtsaftgewinnung hat man bei Johannisbeeren bisher aus einem Kilo Früchten 500 Gramm Saft gewinnen können. Nach der Bestrahlung mit Gamma-Strahlen, die die Zellen zerstören, erhielt man aus der gleichen Menge Früchte jedoch 650 Gramm Saft.

Wasserstoff als Flugbenzin

Eine Sonderkommission von US-Fachleuten hat eine Grundsatz-Studie zur Möglichkeit der Verwendung von Wasserstoff als Treibstoff für Flugzeuge erarbeitet. Wasserstoff hat nach dieser Studie entschiedene Vorteile: So einen dreimal größeren Heizwert pro Gewichtseinheit als Flugbenzin, es steht Wasser unbeschränkt zur Verfügung, es entsteht keine Luftverschmutzung. Die Flugzeuge könnten ein geringeres Eigengewicht haben, dadurch wieder ergibt sich eine geringere Lärmabstrahlung.

Hinsichtlich der Herstellung von Wasserstoff ergeben sich allerdings noch Probleme, die jedoch technisch nicht unlösbar sind. So müßten beispielsweise die Tanks der Flugzeuge sehr stark isoliert werden, weil der Wasserstoff im flüssigen Zustand mitgeführt werden muß. Im Gespräch ist auch bereits — der besseren Eignung wegen — synthetischer Kohlenwasserstoff, der aus Kohle gewonnen werden kann.

Achtung, Flächenkorrosion!

Die Technischen Regeln für Druckgase haben sich in wesentlichen Punkten geändert

Die Technischen Regeln Druckgase (TRG) geben den Stand der Sicherheitstechnik hinsichtlich Werkstoffe, Herstellung, Berechnung, Ausrüstung, Kennzeichnung, Prüfung und Betrieb der Druckgasbehälter sowie hinsichtlich Errichtung, Prüfung und Betrieb der Füllanlagen für Druckgase wieder. Sie werden vom Deutschen Druckgas-Ausschuß (DGA) aufgestellt und von ihm laufend dem Stand der Technik angepaßt. Die TRG werden herausgegeben durch die Vereinigung der Technischen Überwachungs-Vereine e. V., Essen.

Für den Techniker, insbesondere für den Rettungs- und Bergungstaucher ist wichtig zu wissen, daß der Deutsche Druckgas-Ausschuß die TRG 102 — Druckgase, Gasgemische — mit Beschluß 12/73 in wesentlichen Punkten geändert hat.

Die Änderungen wurden durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Bundesarbeitsblatt, Teil Arbeitsschutz, Nr. 5: Mai 1974, Seite 151/53, veröffentlicht.

Für die Techniker der Hilfsorganisationen im Zivil- oder Katastrophenschutz ist von wesentlicher Bedeutung, daß durch die in Kraft getretene Änderung, die besonderen Maßgaben, die für Druckbehälter gelten, die mit Luft gefüllt sind oder werden und die in der Gruppe 1.1 der Anlage 1 zur TRG 102 genannt sind, um die nachfolgenden 4 Punkte erweitert wurden:



Bild 1: Teilstück einer Druckluft-Taucherflasche.

2 Flaschen für Tauchgeräte zu Sport-, Arbeits- oder Rettungszwecken müssen unmittelbar hinter der Gasbezeichnung gekennzeichnet sein mit „Für Tauchgeräte“ (zulässige Abkürzung: „Druckluft-TG“ oder „Preßluft-TG“). Flaschen für Atemschutzgeräte zu Arbeits- oder Rettungszwecken müssen unmittelbar hinter der Gasbezeichnung gekennzeichnet sein mit „Für Atemschutzgeräte“ (zulässige



Bild 2: Flächenkorrosion an der Flascheninnenwandung.



Bild 3: Teilansicht der Flaschenkorrosion mit lokaler Lochfraßkorrosion.

Abkürzung: „Druckluft-AG“ oder „Preßluft-AG“).

3 Bei Flaschen, die gemäß Maßgabe 2 gekennzeichnet sein müssen, beträgt die Prüffrist 2 Jahre. Das gilt auch für Flaschen, für die nach den bisherigen Bestimmungen längere Prüf-fristen zulässig waren.

4 Jede nach Maßgabe 2 zu kennzeichnende Flasche ist, sofern sie völlig entleert zum Füllen angeliefert

wird, einer Besichtigung des Flascheninneren zu unterziehen. Die Flasche darf nur gefüllt werden, wenn sich das Innere der Flasche in einem einwandfreien Zustand befindet oder der einwandfreie Zustand wieder hergestellt worden ist.

5 Die Maßgaben 2 — 4 gelten sinngemäß, wenn der Druckluft (Preßluft) der Flaschen für Tauch- oder Atemschutzgeräte noch

andere Komponenten beigemischt sind.

Die Notwendigkeit dieser Ergänzungsvorschriften, insbesondere die Festlegungen zu den Ziffern 3 und 4, wird sicher verständlich beim Betrachten der nachfolgenden Untersuchungsergebnisse.

Die im Bild 1 als Teilstück dargestellte Druckluft-Taucherflasche hat einen maximalen zulässigen Betriebsdruck von 200 Atü. Erstmals zugelassen wurde sie im Jahre 1964.

Anhand des Prüfstempels konnte festgestellt werden, daß die letzte Überprüfung im August 1973 durchgeführt wurde. Etwa ein Jahr nach dieser letzten Überprüfung wurde bei einem Tauchgang eine lokale Undichtigkeit festgestellt, die auf ein Loch in der Flaschenwandung zurückgeführt werden konnte. Die Flasche wurde aus dem Verkehr gezogen und aus informativen Gründen weiter untersucht.

Nachdem die Flasche quer zur Längsachse halbiert worden war, wurde im Inneren der Flasche ein halbschalenförmig begrenzter Korrosionsangriff festgestellt, der darauf schließen läßt, daß die Flasche über eine längere Zeit ruhend und in der gleichen Stellung gelagert wurde (siehe Bild 2).

Da es sich bei dem für derartige Flaschen verwendeten Werkstoff um einen ferritischen — meist mangan- oder chrom-molybdänlegierten — Stahl handelt, der nicht korrosionsbeständig ist, kann als Ursache für die festgestellte Flächenkorrosion sowohl die in der Druckluft enthaltene Restfeuchtigkeit als auch eine, durch Temperaturschwankungen hervorgerufene Kondenzwasserbildung, die bei geöffnetem Flaschenventil auftreten kann, in Frage kommen. Feuchtigkeit als Rückstand der Wasserdruckprobe ist bei den

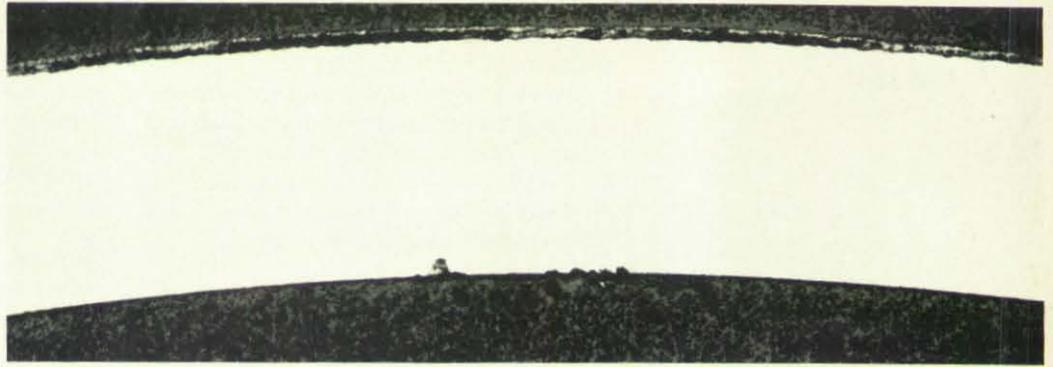


Bild 4: Obere Flaschenwandung mit geringem Korrosionsangriff.

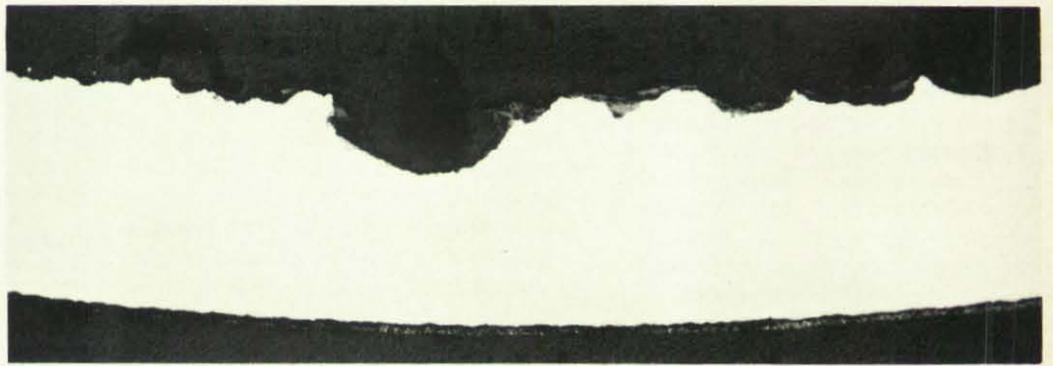


Bild 5: Untere Flaschenwandung mit starkem Korrosionsangriff.

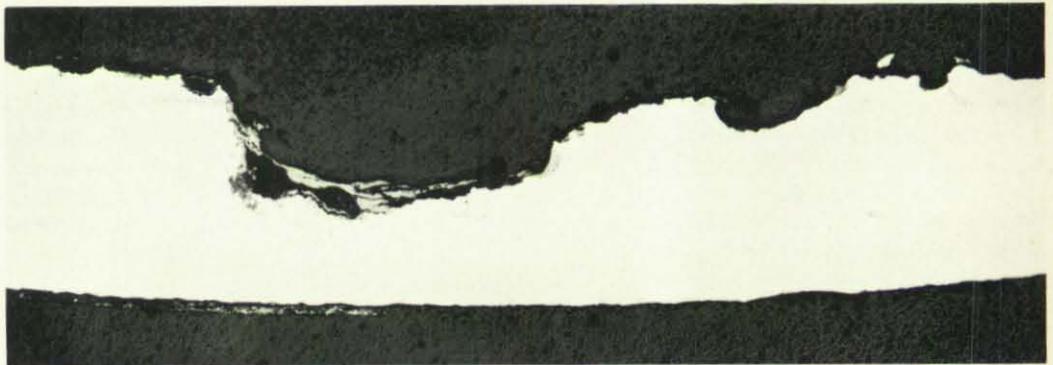


Bild 6: Untere Flaschenwandung mit starkem Korrosionsangriff.

heute üblichen Prüfverfahren in der Regel auszuschließen.

Im Verlauf der weiteren Untersuchungen wurden an einigen Stellen der korrodierten Fläche „Pittings“ — oder auch Lochfraßkorrosion genannt — festgestellt (siehe Bild 3).

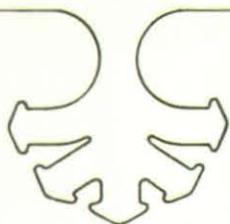
Es handelt sich hierbei um eine auf einen Punkt konzentrierte Korrosionserscheinung, die auch für Taucherflaschen insofern

gefährlich ist, als sie bei den üblichen Prüfverfahren — Sichtprüfung, Messung des Gewichtsverlustes — nur schwer feststellbar ist. Die Lochfraßkorrosion war auch die Ursache für den Ausfall der Flasche.

Daß auch die Flächenkorrosion bei Flaschen, die für hohe Betriebsdrücke vorgesehen sind — im vorliegenden Falle immerhin 200 Atü —, gefährlich werden kann, wird deutlich an den Bildern 4 — 6, die im

Maßstab 6,5:1 die Wandungsdicke der untersuchten Flasche (3,75 mm) wiedergeben.

Bild 4 zeigt die der korrodierten Seite gegenüberliegende Flaschenwandung, an der nur geringe Korrosionsangriffe festgestellt wurden. Die Bilder 5 — 6 dagegen zeigen so starke Korrosionsabtragungen, daß von der ursprünglichen Wandungsdicke teilweise weniger als die Hälfte stehen blieb.



Presseschau DES INLANDS

Vermißtensuche kostet viel Geld

Seit Anfang des Jahres 1974 hat in Bayern jedermann einen gesetzlichen Anspruch auf Rettung. Im Rahmen der Gesetzgebung wurde auch die Bergwacht auf eine neue Basis gestellt. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß künftig für die Rettung aus Bergnot ein „kostendeckendes Benutzungsgeld“ erhoben wird.

Soweit es sich um den Abtransport eines Verletzten handelt, treten die gesetzlichen Krankenkassen für ihre Versicherten ein — Privatversicherte müssen ihre Rechnung zunächst selbst begleichen. Die Grundgebühren — 125,— DM für einen Skiunfall, 250,— DM für einen Bergunfall — werden zudem aufgestockt, weil zusätzliche Leistungsstunden gesondert berechnet werden. Die Grundgebühr umfaßt 10 Leistungsstunden. Auch eine Totenbergung kostet 250,— DM Grundgebühr. Eine besonders kostentreibende Angelegenheit ist immer die Vermißtensuche, sie ist jetzt mit 500,— DM Grundgebühr angesetzt. Die Leistungsstunde eines Bergwachtlers ist mit 25,— DM kalkuliert. Man kann also selbst errechnen, was eine längerdauernde Aktion, an der zudem mehrere Bergwachtmänner beteiligt sind, kosten kann. Der Bergwachtmann selbst bekommt allerdings nur 6,50 DM für seine Einsatzstunde.

(Süddeutsche Zeitung, München)

Sicherheitsbeauftragte an Schulen

Ein Erlaß des Kultusministers von Nordrhein-Westfalen vom 21. Januar 1974 schreibt zwingend vor, daß an den Schulen „Sicherheitsbeauftragte“ zu bestellen sind, die für eine Durch-

führung der Unfallverhütungsmaßnahmen Sorge tragen sollen. Bisher ist es beispielsweise an den Schulen der Stadt Köln noch nicht möglich gewesen, diese Stellen mit ausreichendem Personal zu besetzen. An den 600 Kölner Schulen wurden erst 60 Sicherheitsbeauftragte bestellt.

Falls in Kürze nicht alle Schulen einen Sicherheitsbeauftragten haben, will die Stadtverwaltung die erforderlichen Bestellungen „im Rahmen der Schulaufsicht“ vornehmen.

Die Eigenunfallversicherung der Stadt Köln hat inzwischen an alle Lehrer eine Informationsschrift über Aufsichtspflicht und Haftung zur Verfügung gestellt. Eine Schriftenreihe: „ABC der Unfallverhütung an den Schulen“ wurde speziell für Sicherheitsbeauftragte und Schulleiter herausgegeben. Für die „äußeren Schulangelegenheiten“ wurden von der Stadt die Hausmeister als Sicherheitsbeauftragte der Eigenunfallversicherung ernannt. Diese wurden in einem halbtägigen Kurs von dem zuständigen städtischen technischen Aufsichtsbeamten mit Fragen der Unfallverhütung vertraut gemacht. Noch nicht eindeutig geklärt wurde die Frage, wer als Sicherheitsbeauftragter für die Pausen verantwortlich ist.

(Neue Rhein Zeitung, Köln)

Die Katastrophenwarnung nicht beachtet

Die Macht der Gewohnheit hatte verhindert, daß die Bewohner der nordaustralischen Stadt Darwin eine Warnung vor einem Wirbelsturm ernst nahmen. Doch diesmal zog der Wirbelsturm nicht vorbei. Die ganze Stadt wurde in einen Trümmerhaufen verwandelt, 10 000 Häuser wurden zerstört.

Bisher wurden aus der Stadt, in der 41 000 Menschen wohnten, bereits 20 000 Personen evakuiert.

Vier Tage nach der verheerenden Wirbelsturmkatastrophe gehen die umfangreichen Sucharbeiten weiter. Noch werden 100 Personen vermißt, 48 Todesopfer wurden bereits geborgen. Nach vier Tagen wurde eine 73jährige Frau unter den Trümmern ihres Hauses unverletzt geborgen.

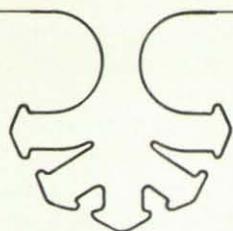
Die zunächst verzweifelte Lage in der Stadt hat sich gebessert, als die Trinkwasser- und Kläranlagen wieder in Betrieb genommen werden konnten. In mindestens 40 Evakuierungsflügen werden täglich etwa 6000 Obdachlose aus Darwin herausgebracht. An Lebensmitteln fehlt es dank der Luftbrücke, die eingerichtet wurde, nicht. Es wird der Ausbruch von Epidemien befürchtet, Hunderte sind bereits nach dem Genuß verschmutzten Wassers an Ruhr erkrankt. Einige Tausend Darwiner, deren Auto noch intakt war, haben auf dem Landwege die Flucht nach Süden angetreten. Um diese Fahrzeuge mit Treibstoff zu versorgen, wurden von Adelaide aus Benzin-Tankwagen nach Norden entgegengeschickt. (NRZ, Essen)

Notstandsplan für Deutsche in Mocambique

Viele weiße Siedler in den portugiesischen Kolonien befürchten, daß es nach den Unabhängigkeitsabkommen zu Bürgerkriegen kommen wird, wenn die verschiedenen Befreiungsbewegungen ihre Machtpositionen festlegen werden. Das Auswärtige Amt in Bonn hat bereits im vorigen Jahre für die deutschen Staatsangehörigen in Mocambique einen Notstandsplan erarbeitet. Dieser Plan sollte eine Anweisung sein für Situationen, die „die Möglichkeit der Gefährdung der persönlichen Sicherheit in sich bergen“.

„Persönliche Schutzmaßnahmen: ... Reisen Sie nie allein, falls möglich, in zwei Wagen. ... Führen Sie auf einem Zettel die Blutgruppen der Mitreisenden mit. ... Beraten Sie mit Ihren Nachbarn über eventuelle Schutzmaßnahmen, orientieren Sie sich über eine eventuelle Ausweichunterkunft in der Stadt. Halten Sie Pässe, Identitätspapiere u. dergl. auf dem laufenden. Deponieren Sie Urkunden, Wertpapiere und Wertsachen sicher. Materielle Schutzmaßnahmen: ... Schaffung eines Sicherheitsraumes innerhalb des Hauses mit ... massiven Fensterläden und verstärkter Tür, der mit Sandsäcken und Notverpflegung, Arznei- und Verbandkasten, Feuerlöscher, Bedienung für eine Sirene oder Glocke auf dem Dach und Telefon ausgestattet sein sollte. Vereinbaren Sie Alarmsignale mit den Nachbarn. Legen Sie Fluchtwege an.“

(DER SPIEGEL, Hamburg)



PRESSESCHAU DES AUSLANDS

Der Wille zur Verteidigung



CIVILT FÖRSVAR

Psychologische Angriffe und psychologische Verteidigung, diese Themen waren Gegenstand einer sehr interessanten Ausstellung im Heeresmuseum in Stockholm. Sie behandelte den weitverzweigten Aufgabenbereich der psychologischen Kriegführung und wurde vom „Schwedischen Verein für psychologische Verteidigung“ durchgeführt.

Besonders für kleinere Länder, die niemals in der Lage sein werden, psychologische Angriffe mit strategischem Zweck auf erfolgreiche Weise zu starten, wie dies die Großmächte können, ist die psychologische Verteidigung eine wesentliche Aufgabe.

In Schweden stützt sich die psychologische Verteidigung vor allem auf sachliche Information und vor allem auf die — sicher nicht immer nachprüfbar — Wahrheit, auch wenn dies nicht immer die ganze Wahrheit ist, keinesfalls auf Schönfärberei. Die Ausstellung zeigte neben Plakaten — hier vor allem aus dem 2. Weltkrieg — auch eine Anzahl schwedischer Informationsbroschüren, die sich an die ganze Bevölkerung oder speziell an die Wehrpflichtigen des zweiten Weltkrieges wenden. Der Kernpunkt der Ausstellung ist die Broschüre: „Wenn es Krieg gibt“.

(Stockholm, Nr. 4/5 1974)

Einsparungen haben negative Folgen

Nach einem Reichstagsbeschluss soll im Rahmen der Reduzierung der Kosten für die Zivilverteidigung die Mannschaftsausbildung um 75 Prozent vermindert werden. Das heißt, daß im

Rahmen der Programmplanung 1974—1979 nur noch 25 Prozent der zum Hilfsdienst heranzuziehenden Mannschaften eine Grundausbildung erhalten sollen.

Das Reichsamt für die Zivilverteidigung hat eine Projektgruppe für Forschung, Versuche und Entwicklung eingerichtet, die u. a. auch die Auswirkungen dieser Einsparungsmaßnahmen auf das künftige System der Ausbildung untersuchen soll.

Den negativen Folgen einer solchen Reduzierung will man mit einigen gezielten Maßnahmen entgegenwirken. So soll die Grundausbildung der Führungskräfte verstärkt werden, außerdem ist eine Erweiterung der Übungstätigkeit der Hilfsdienste vorgesehen. Stellvertretende Gruppenleiter sollen in Gruppen mit un ausgebildeten Mannschaften eingesetzt werden.

Die Durchführbarkeit des Planes, bei einer Mobilisierung die ZV-Organisation ihre Aufgaben auch dann mit einem steigenden Effekt lösen zu lassen, wenn der überwiegende Teil der Mannschaften im Frieden keine Grundausbildung erhalten hat, steht und fällt damit, daß die Führungskräfte die potentiellen Fähigkeiten dieser Mannschaften wahrnehmen und entwickeln können.

Civilt Försvar

(Stockholm, Nr. 4/5 1974)

Säuglings- und Kinderheim mit Luftschuttkeller

ZIVILSCHUTZ

Studiendelegationen des Schweizerischen Bundes für Zivilschutz besuchten in Haifa ein Säuglings- und Kinderheim, welches über einen neuen großen Schutzraum verfügt.

Das Heim nimmt neben Kindern, deren Eltern Militärdienst oder Berufsarbeit leisten, auch solche Kinder auf, die aus anderen Gründen dringend der Pflege bedürfen. Diese Kinder können dort von der Geburt an bis zum schulpflichtigen Alter — oder auch nur vorübergehend — bleiben. Neben der Säuglingsabteilung besteht eine Tageskinderabteilung. Der Luftschuttkeller des Heimes war kurz vor Ausbruch des Jom-Kippur-Krieges fertig eingerichtet und wurde von den Kindern und dem Pflege-

personal während der Kriegsdauer benutzt. Die Kinderbettchen sind jeweils für zwei Kinder berechnet und stehen in drei Reihen übereinander. Sie dienen den Kindern auch zum Aufenthalt und zum Spielen und sind an den Frontseiten mit einem Abschluß aus Gitterstäben versehen, damit die Kleinen nicht herausfallen können. In diesem Luftschuttkeller finden 72 Kleinkinder und 15 Betreuerinnen Platz. Der Luftschuttkeller ist in den Carmelberg eingehauen und verfügt über eine eigene Notstromgruppe.

Zivilschutz

(Bern, Nr. 11/12 1974)

Bodenentsalzung durch Elektrizität

SOWJETUNION HEUTE

In Gebieten mit heißem und trockenem Klima sind die Salzsteppenböden eine wahre Plage; sie verhindern jegliche landwirtschaftliche Nutzung.

Neuerdings wird eine Entfernung des Salzes mit Hilfe von Elektrizität immer mehr bevorzugt, bisher wurden Salzausspülungen durch Wasser — nur in günstig gelegenen Gebieten anwendbar — oder komplizierte physikalisch-chemische Methoden angewandt.

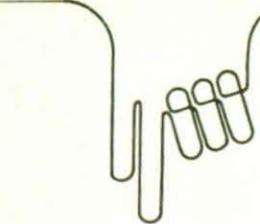
Die Anlagen, bei denen die Entsalzung mit Hilfe der Elektrizität durchgeführt wird, wurden bisher jedoch nur großräumig angewendet, bei kleinen Gebieten lohnte sich ein Einsatz nicht. Eine für die Entsalzung kleinerer Stellen bestimmte fahrbare elektrische Meliorationsanlage ist jetzt von einem sowjetischen Forschungskollektiv der Moskauer Lomonossow-Universität entwickelt worden. Sie wird von einer Gleichstromquelle, die 40 bis 80 Volt Spannung hat, gespeist.

Unter der Stromeinwirkung kommt es im feuchten Erdreich zu elektrolytischen Reaktionen. Die pflanzenschädlichen und schwer löslichen Natrium- und Kaliumsalze verwandeln sich in Gips und Soda, die leicht löslich und ohne weiteres auswaschbar sind.

Unter der Stromeinwirkung verbessert sich auch die Wasserdurchlässigkeit des Bodens. Der Wasserverbrauch beim Auswaschen wird dadurch erheblich vermindert.

Sowjetunion heute

(Moskau/Bonn, Nr. 15/16 1974)



ZEITSCHRIFTEN SCHAU

Allgemeine Schweizerische
Militärzeitschrift
Frauenfeld/Schweiz, Nr. 11/1974

Taktische A-Waffen in der NATO

Die Zeitschrift „Military Review“ veröffentlichte im Jahre 1973 einen Beitrag von Dennis M. Gormley über die taktischen A-Waffen der Nato und die Möglichkeit ihrer Anwendung. Diesen Beitrag greift die Militärzeitschrift in Auszügen wieder auf. Gemessen am Abschreckungswert taktischer atomarer Waffen gewinnt die Frage, wie denn solche Waffensysteme in Europa überhaupt eingesetzt werden können, um einer Bedrohung durch die Streitkräfte des Warschauer Paktes zu begegnen, eine unübersehbare Bedeutung.

In diesem Beitrag von Gormley soll untersucht werden, welche militärische und auch politische Rolle die taktische nukleare Waffe in ihrer Anwendung spielt. Mit vier Kernfragen soll eine Diskussion Klarheit über den Stellenwert der amerikanischen Streitkräfte in Europa schaffen.

Der auszugsweise Beitrag endet mit 3 Vorschlägen für die künftige Konzeption: Abbau der taktischen A-Waffen bei der Nato und die Übernahme der Aufgaben in der Abschreckung durch strategische Raketen der USA; Zurückziehung der weitreichenden Trägerwaffen der USA, einschließlich der Flugzeuge und deren Ersatz durch leichte Maschinen, die unmittelbar zum Schutz der Truppe eingesetzt werden können; Modernisierung der taktischen A-Waffen der Nato in Europa, eine saubere taktische Atomwaffe mit verbesserter Zündtechnik und genauer Zielerfassung müßte entwickelt werden.

Wehrmedizinische Monatsschrift
München, Nr. 4/1974

Narkosemittel für Katastrophensituationen

Mit dem neuen Narkosemittel Ketamin (Ketanest) steht seit dem Jahre 1964 ein Narkosemittel zur Verfügung, welches intravenös und intramuskulär injizierbar ist und sich besonders zur Anwendung in der Katastrophen- und Notfallmedizin eignet.

F. W. Ahnefeld, H. Haug und H. H. Israng sind die Verfasser eines Beitrages, der sich mit den Eigenschaften des neuen Anästhetikums im Hinblick auf seine Eignung beim Massenansturm von Verletzten sowie unter erschwerten Umständen befaßt. Besonders vom medizinischen Gesichtspunkt aus ist der Beitrag von wesentlichem Informationswert. Ketamin kann sowohl als Monoanästhetikum — vor allem bei Kindern — als auch in Kombination oder zur Einleitung mit allen gebräuchlichen Allgemeinanästhetika verwendet werden. Hinsichtlich seiner Verwendung bei Katastrophen oder in Notfällen mit einem Massenansturm von Verletzten ist herauszustellen, daß nur ein relativ geringer apparativer Aufwand erforderlich ist. Unbestritten schafft die Katastrophenorganisation neue Probleme der Organisation, der Indikation und des Ablaufes der Versorgung — trotzdem in der Versorgungsphase medizinische Verfahren zur Anwendung kommen, also auch Anästhesien, die das Risiko gering halten.

Civilforsvars Bladet
Kopenhagen, Nr. 3/4 1974

Freiwillige sind die besten Botschafter

Anläßlich des vierzigjährigen Bestehens des dänischen Zivilschutzverbandes hat Erhard Jacobsen, der Vorsitzende des Verbandes, einen Beitrag geschrieben, der gleichermaßen Rückblick und Ausblick ist. Er stellt die Frage, ob in einem sich weiterentwickelnden Staat überhaupt noch Platz für eine solche Organisation ist.

Unverkennbar sind die Aufgaben des Zivilschutzverbandes zusammengeklümpelt. In der Entwicklung in Richtung einer professionellen Struktur auf allen Gebieten zusammen. Es ist nur natürlich — meint Jacobsen —, daß in Zeiten, in

denen eine kriegerische Bedrohung in weiter Ferne zu liegen scheint, für alles, was mit dem Zivilschutz zusammenhängt, ein nachlassendes Interesse festgestellt werden muß.

Allerdings wird jede Weiterentwicklung in professioneller Richtung die Notwendigkeit von Freiwilligen, die als Botschafter und Brückenbauer zur Bevölkerung hin tätig werden, verstärken.

Wenn man einen Zivilschutz haben will, benötigt man auch eine Organisation, wie es der Zivilschutzverband ist, allein schon deshalb, weil er den Rahmen für die freiwillige Arbeit zur Unterstützung für die Behörden bildet. Mit der Arbeit der Freiwilligen aber erhält die Organisation einen besseren Auftrieb.

Internationale Zivilverteidigung
Genf, Nr. 233/1974

Erste Hilfe beim Einsatz von B-Waffen

Trotz einer weltweiten Ächtung der biologischen Kampfmittel wird, solange es noch kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Völkern dieser Erde gibt, immer die Gefahr bestehen, daß biologische Kampfmittel eingesetzt werden. H. Gnottko hat die erstmals in der Fachzeitschrift „Zivilverteidigung“ veröffentlichte, Abhandlung geschrieben. Sein Anliegen ist es, dem Laien Anleitungen und auch Anregungen für eine Selbsthilfe zu geben. Diese Selbsthilfe soll im Ernstfalle darin bestehen, sich selbst und seine Familienangehörigen vor dem Kontakt mit Krankheitserregern und Giften zu bewahren und — im Falle einer bereits erfolgten Infektion oder Erkrankung — durch richtige Mithilfe bei der Durchführung ärztlicher Maßnahmen eine weitere Verbreitung und möglicherweise den Tod betroffener Personen zu verhüten.

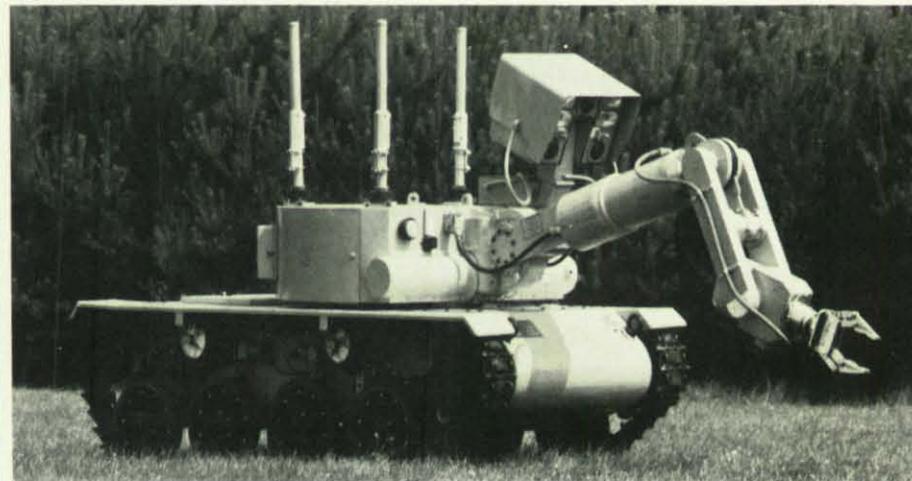
Ausgehend von den Anwendungsformen der biologischen Kampfstoffe gibt Gnottko einen Überblick über die verdächtigen Merkmale, die ein Erkennen von B-Kampfstoffen ermöglichen.

Nach der Aufzählung der vorbeugenden Maßnahmen wird dargestellt, wie man sich bei einem Angriff mit B-Kampfstoffen verhalten soll; unmittelbar danach soll bereits mit der behelfsmäßigen Entseuchung begonnen werden.

WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Friedlicher „Panzer“-Roboter für nuklearen Einsatz

Die Szene im Kernforschungszentrum Karlsruhe könnte aus einem Science-Fiction-Film stammen: Von der Verladerampe eines LKW klettert ein merkwürdiges Raupengefährte, eine Art Mini-Ausgabe von Panzer, grellgelb gestrichen, mit dickem, gelenkigem Greifarm anstelle des Geschützrohres im Turm. Der Mini-„Panzer“ verharrt kurz, auf seinem Turm klappen ein Kasten mit mehreren Scheinwerfern, zwei Stereo-Fernsehaugen und drei Antennen hoch, er dreht den Turm, bewegt mehrmals den Gelenkarm, um zu prüfen, ob alles noch funktioniert, dann rollt er, angetrieben von zwei batteriegespeisten Elektromotoren zur Arbeit. Menschen fehlen der Szenerie. Der „Panzerfahrer“ sitzt in einem eigenen Steuerfahrzeug in deutlicher Entfernung hinter den Armaturen und beobachtet zunächst durch die Panoramascheibe seines Leitstandes.



Später, wenn der Mini-„Panzer“ außer Sichtweite ist, lenkt er ihn über den Bildschirm weiter.

Das ferngesteuerte, geländegängige Manipulatorfahrzeug, von dem die Rede ist, heißt in der technischen Abkürzungssprache schlicht MF-2. Es wurde im Rahmen des vom Bundesministerium für Forschung und Technologie geförderten „Projektes

Nukleare Sicherheit“ von Ingenieuren des Kernforschungszentrums Karlsruhe konzipiert und nach ihren Konstruktionszeichnungen vom Polytechnischen Institut Dr. W. Ständer in Karlsruhe speziell für die Bedürfnisse des im Kernforschungszentrum Karlsruhe stationierten Kerntechnischen Hilfszugs entwickelt. Das MF-2 soll überall dort eingesetzt werden, wo es gilt, radioaktives Material oder radioaktiv verunreinigte Gegenstände unter geländemäßig schwierigen Voraussetzungen zu behandeln oder zu beseitigen. Man muß dabei nicht nur an Transportunfälle mit radioaktiven Substanzen denken. Viel häufiger dürfte es in schwer zugänglichen Werkshallen und beim Umbau kerntechnischer Anlagen zum Einsatz kommen.

Schließlich hat der Mini-„Panzer“ auch noch die Funktion eines „Strahlenspähwagens“. Er wird in strahlenverdächtige Bereiche vordringen, den Strahlenpegel messen und Material- oder Bodenproben aufsammeln. Für diesen Verwendungszweck ist das Raupenfahrzeug mit empfindlichen Strahlenmeßgeräten und einem Temperaturfühler in der Turmfront sowie einem Proben-sammelbehälter im Heck ausgerüstet. Zur weiteren Ausrüstung — neben der schon beschriebenen — gehören eine Mono-Fernsehkamera zur Orientierung auf größere Entfernung und zwei Stereo-Mikrofone zur Geräuschübertragung. Wahlweise können zusätzlich zwei Stereo-Kleinbild-

kameras oder eine Schmalfilmkamera auf dem Schwenk-Neige-Kopf und ferner ein Luftstaubsammler am Turmheck mitgeführt werden.

Das ferngesteuerte Manipulatorfahrzeug ist jederzeit einsatzfähig und zusammen mit dem Steuerfahrzeug rasch transportabel. In besonders dringenden Fällen ist das gesamte System auch lufttransportfähig:

entweder mit dem mittleren Transportflugzeug „Transall“ oder über kürzere Strecken als Außenlast mit mittleren Transporthubschraubern.

Festsauerstoffgeräte mit chemisch gebundenem Sauerstoffvorrat

Bei herkömmlichen Sauerstoffgeräten ist der Sauerstoffvorrat unter hohem Druck (max. 200 bar) in einer Stahlflasche gespeichert. Zur Sauerstoffentnahme werden ein Flaschenventil, ein Druckminderer und eine Dosiereinrichtung benötigt.

Die neuartigen „Festsauerstoffgeräte“ sind völlig anders aufgebaut. Sie enthalten eine oder drei Patronen, in denen der Sauerstoff in chemisch gebundener, fester Form gespeichert ist. Nach Betätigung eines Starters wird reiner und angefeuchteter Sauerstoff erzeugt. Schwere Hochdruckbehälter und Armaturen erübrigen sich also. Da die Patronen jahrelang lagerfähig sind, kann man sie ähnlich wie ein Verbandpäckchen bereithalten, bis man sie eines Tages plötzlich braucht. Jede Patrone erzeugt etwa 60 Liter Sauerstoff und gibt 15 Minuten lang ca. 4 l/min O₂ ab.

Für Festsauerstoffgeräte gibt es vielfältige Anwendungsmöglichkeiten. Vor allem für das Rettungswesen und den Krankenwagendienst bedeutet dieses neuartige Verfahren der Sauerstoffherzeugung einen großen Gewinn. Auch Ärzte haben es so einfacher, für Herzranke und Verunglückte in ihrem Notfallkoffer Sauerstoff bereitzuhalten. Zum „Zünden“ der Patrone braucht man nur auf den Startknopf zu drücken; der sofort freiwerdende Sauerstoff entströmt durch einen Schlauch und kann durch die zugehörige Maske inhaled oder — zur Anreicherung der Beatmungsluft — einem Beutelbeatmer zugeführt werden. Eine wichtige Rolle spielt Festsauerstoff auch für die Luftfahrt, um in größeren Höhen gegen Sauerstoffmangel gerüstet zu sein. Für Flugzeuge werden Spezialpatronen verwendet, die auch bei veränderten Druckverhältnissen und Temperaturen einsetzbar sind.

Verbrauchte Patronen werden einfach ausgewechselt. Ersatzpatronen kann man sich auf dem Versandwege schicken lassen. Da Festsauerstoffgeräte nicht — wie Stahlflaschen — der Druckgasverordnung unterliegen, nicht in Füllstationen gefüllt werden müssen und keine Wartung brauchen, ist auch der Sauerstoffnachschub denkbar unkompliziert.

Machtpolitik und Friedensstrategie

Von Lothar Ruehl
Hoffmann und Campe Verlag,
Hamburg
DM 34,—

Ruehl versucht, in seinem Buch die Ursachen des veränderten Verhältnisses zwischen den USA und der UdSSR — den beiden Weltmächten, die seit 1945 zur Vorherrschaft aufgestiegen sind — aufzuzeigen. Modelle für die Begrenzung internationaler Konflikte sind immerhin seit einigen Jahren bereits ebenso Hauptthemen der großen Politik wie die Vorstellung von einer „weltumspannenden Friedensordnung“ oder einer „kollektiven Sicherheit“. Gegenstand der Studie Ruehls sind auch die Revolution der Nuklearwaffen, die von dieser Revolution bewirkten Umwälzungen im strategischen Denken und — neben anderen Themen — die neuen Formen der politisch-militärischen Hegemonie.

Unter diesen Vorzeichen behandelt der Verfasser die internationalen Krisen und die begrenzten Kriege. Er untersucht und wertet die beiden großen Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt in bezug auf deren Strategie und Politik in Europa. General Steinhoff schrieb zu diesem Buch eine Einführung. Er bescheinigt dem Verfasser, es sei „ein politisches Sachbuch von hoher Qualität“ entstanden.

Sicherheitstechnik und ihre Anwendung im Kulturgüterschutz

Von Walter Schuster
Verlag Hermann Böhlaus Nachf., Wien
DM 48,—

Diese vom österreichischen Bundesdenkmalamt herausgegebene Schrift ist ein Handbuch des Unfallschutzes, das sich an alle diejenigen wendet, die in der Denkmalpflege und im Kulturgüterschutz arbeiten. Die Unfallverhütung in diesem Bereich dient dem Schutz des Lebens und

der Gesundheit gefährdeter Personen, aber auch dem Schutz der Kulturgüter selbst:

Bei Unfällen werden zumeist auch Sachwerte beschädigt oder vernichtet. Außerdem ist die Einsatzfähigkeit des Personals bei der besonderen Gefahrensteigerung im Katastrophen- und Kriegsfall nur dann gewährleistet, wenn entsprechende Sicherheitsvorkehrungen getroffen sind. Der erste Abschnitt behandelt Gefahrensituationen unter „gewöhnlichen Verhältnissen“, der zweite Teil beschäftigt sich mit den besonderen Gefahrenlagen bei Naturkatastrophen, Katastrophen infolge menschlicher Tätigkeit (Brände, Explosionen) und bei Kriegseinwirkungen. Bei der Vielzahl denkbarer Unfallgefahren kann die Aufzählung der Sicherheits- und Schutzmaßnahmen sich nur auf Beispiele beschränken. Der Zweck des Buches besteht darin, dem großen Personenkreis der im Kulturgüterschutz Tätigen die Bestimmungen und Regeln der Unfallverhütung vor Augen zu führen und den Blick für die in ihrer Umwelt lauernden Gefahren zu schärfen.

Unser Jahrhundert im Bild

Bertelsmann Lexikon-Verlag
DM 34,—

Dieser zum ersten Mal 1964 erschienene Bildband bietet mit mehr als 2200 Abbildungen die wahrhaft universale „Besichtigung eines Zeitalters“. Die vergangenen sieben Jahrzehnte einer sich beschleunigenden Weltgeschichte mit allen ihren Veränderungen, Umbrüchen, oft nur kurzzeitig auftauchenden Gestalten und Ideen treten dem Betrachter, durch Fotos und andere Dokumente zu neuem Leben erweckt, vor Augen, wenn er dieses Buch durchblättert. Nicht nur die politische Entwicklung wird bildlich dokumentiert, auch die Alltagswelt, auch Mode, Kunst und Freizeitvergnügen. Der Bezeichnung „unser Jahrhundert“ werden die Leser je nach Lebensalter eine unterschiedliche subjektive Färbung geben. Ein junger Zeitgenosse wird die illustrierte Weltgeschichte dieses Jahrhunderts mit anderen Augen sehen als ein älterer: Für einen 70jährigen gehören die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg noch zu „seiner“ Zeit, die er bewußt erlebt hat; für einen 30jährigen ist schon der Nationalsozialismus graue Vergangenheit.

Zum Verständnis des historischen Hintergrundes der Illustrationen enthält das Buch alles, was man sich wünschen kann: eine brillant geschriebene Einleitung von Golo Mann, Einführungstexte namhafter Historiker zu den einzelnen Zeitabschnitten, nicht zuletzt ausführliche und sehr informative Bildtexte.

Pormetheus wird nicht sterben Energie für Heute und Morgen

Von Robert Gerwin
ECON Verlag, Düsseldorf — Wien
Leinen DM 22,—, Broschur DM 20,—

Seit der Öl-Krise des vergangenen Winters sind die Diskussionen um die Energieversorgung nicht mehr verstummt. Minister rufen zur Sparsamkeit beim Energieverbrauch auf; Strom, Kohle, Gas und Heizöl erleben Preisbewegungen wie nie zuvor. Neben den Politikern bemühen sich Wissenschaftler und Techniker um Problemlösungen, die weit in die Zukunft reichen. Bekannte Energien sollen zugänglicher oder sicherer gemacht werden; neue Energien sollen entdeckt und ausgewertet werden.

In dem vorliegenden Buch macht der Autor dem Leser die wissenschaftlichen und technischen Zusammenhänge, die hinter den Energieproblemen stehen, verständlich. Kritisch analysiert er die wissenschaftlichen Grundlagen und die verschiedenen Verfahren herkömmlicher und künftiger Energieerzeugung. In lebendiger Weise zeigt er auf, was getan werden muß, damit das einst von Prometheus den Menschen gebrachte Feuer nicht erlischt. Das Buch vermittelt Fakten und fundierte Sachinformationen und beleuchtet dabei auch den gesellschaftspolitischen Hintergrund einer sinnvollen Energiepolitik.

Empfehlenswerte Hand- und Taschenbücher

Müller/Sommer
Druckgase 14. Erg.-Lieferung
Deutscher Fachschriften-Verlag,
Braun & Co. KG, Wiesbaden-Dotzheim
Erg.-Lieferung DM 60,52
Gesamtpreis DM 159,—

Dr. Friedrich Etmer
Notstandsrecht der Bundesrepublik
Deutschland —
16. Ergänzungslieferung
Verlag R. S. Schulz, München
Erg.-Lieferung DM 42,—
Gesamtpreis einschl. Ergänzung
DM 54,50

Handbuch des Rettungswesens

Erste Hilfe, Rettungsdienst und Krankentransport

Loseblattsammlung,
v. d. Linnepe Verlagsgesellschaft KG,
58 Hagen, Postfach 2260,
Subskriptionspreis DM 91,80

Mit der Herausgabe dieses Werkes wurde eine Lücke geschlossen. Eine solche Übersicht über alle Gebiete des Rettungswesens hat es bisher nicht gegeben. In zwei Ordnern, Format 19 × 24,5 cm, ist auf rd. 1000 Seiten das Grundwerk untergebracht. Ergänzungsseiten werden folgen. Das Werk bietet: Kommentare und Materialsammlung, medizinische Grundlagen, Rechtsgrundlagen, Organisation im öffentlichen und im betrieblichen Bereich, Personal und Ausbildung, technische Anforderungen und Ausstattung, Forschung, Dokumentation, Statistik, Bibliographie. Die Autoren des Handbuches sind namhafte Ärzte, Juristen, Ingenieure, Finanz- und Beratungsfachleute, erfahrene Organisatoren, Sachkenner und Praktiker aus allen Bundesländern.

Die übersichtliche Gliederung in zahlreiche Hauptabschnitte mit jeweils einer Vielzahl von Untertiteln erleichtert das Auffinden der gesuchten Komplexe. Darüber hinaus wird offenbar, welchen weitgespannten Inhalt der Begriff „Rettungswesen“ inzwischen erhalten hat. Er reicht von der Laienhilfe im weitesten Sinne mit allen dafür erforderlichen Maßnahmen der Motivierung und Information über die organisierte Hilfe, also den Rettungsdienst im öffentlichen wie im betrieblichen Bereich, bis hin zur Krankenhausversorgung der Bevölkerung.

Dieses neue große Sammelwerk für alle im Rettungswesen tätigen Mitarbeiter und Institutionen wird, dessen kann man sicher sein, einen wesentlichen Beitrag zur Harmonisierung und Koordinierung des Rettungswesens leisten. Denn hier werden verbindliche Informationen und Kenntnisse über alle wesentlichen Sachgebiete des Rettungswesens vermittelt. Als Loseblattsammlung angelegt, will das Handbuch für den öffentlichen und betrieblichen Bereich des Rettungswesens erstmals eine zeitlos gültige und umfassende Basis für die praktische Durchführung aller Hilfs- und Rettungsdienste schaffen.



Wenn es, wie die Herausgeber versichern, laufend ergänzt und aktualisiert wird (die erste Ergänzungslieferung mit 70 Seiten wurde bereits ausgeliefert), unterstützt und fördert es die Zusammenarbeit zwischen allen Trägern der Rettungsarbeit in Bund, Ländern, Kommunen und Betrieben. Der Inhalt dieses Werkes macht deutlich, daß sich gegenwärtig innerhalb des Rettungswesens, aber auch gegenüber demselben, ein Wandlungsprozeß vollzieht. Es beginnt mit den Führerscheibewerbern, die aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Ausbildung in „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ in den Kreis der am Rettungswesen Beteiligten einbezogen worden sind. Es deutet sich ferner an durch die Verwissenschaftlichung der Ersten Hilfe, die das Anforderungsprofil des professionellen Ersthelfers grundlegend verändert hat. Es manifestiert sich in den anstehenden gesetzlichen Vorschriften (Gesetz über den Beruf

des Rettungssanitäters, Gesetz über die Beförderung von Personen mit Krankenkraftwagen, Landesgesetze über den Rettungsdienst), und es offenbart sich in der Wandlung, die das Rettungswesen auf dem Wege vom ursprünglichen historischen Selbstverständnis hin zur öffentlichen Aufgabe vollzieht.

Für das Handbuch, das in Zusammenarbeit mit den am Rettungswesen beteiligten Behörden, Institutionen und Organisationen entstand, zeichnen als Herausgeber: Dr. med. Arno F. Biese, Ministerialrat im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf; Roderich Lüttgen, Abteilungsleiter im Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes, Bonn; Dr. jur. Paul Versen, Direktor, Vorsitzender des Erste-Hilfe-Ausschusses des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V., Heidelberg; Horst Kerutt, Publizist und Verleger, Hagen.

Kats-Zentrum Köln eröffnet



In Köln wurde am 23. Januar das neue Katastrophenschutzzentrum in Dienst gestellt. Es ist neben dem 1972 entstandenen Zentrum in München die einzige Einrichtung dieser Art in der Bundesrepublik. Rund 700 freiwillige Helfer des ABC-Dienstes, des Fernmelde-Dienstes, des Bergungs-Dienstes und des Sanitäts-Dienstes sind hier mit ihrer Ausstattung untergebracht. Der weitläufige Gebäudekomplex (im Bild links die imposante Heizungsanlage) beherbergt auch die Versorgungsbasis des örtlichen Katastrophenschutzes der Stadt Köln. Fast alle Reparaturen können an Ort und Stelle ausgeführt werden, was für die Einsatzpräsenz von erheblichem Vorteil ist. Im Bild links unten der Fernmelde-mechaniker bei der Arbeit; unten ein Blick in die Schreinerei. Über die Eröffnung des Katastrophenschutz-zentrums berichten wir im Innern dieser Ausgabe.

